

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Verteilungsk(r)ampf

ab Seite 22

Interview:
Mit Ohropax gegen Alarmglocken

Soziologe Flecker über die wachsende Ungleichheit und mögliche Alternativen

8

Schwerpunkt:
Reichtum sticht Moral

Zentrale Thesen aus Thomas Pikettys viel diskutiertem Buch „Das Kapital“

18

Schwerpunkt:
Stamm und Apfel

Welche Hürden einen Aufstieg ohne Erbe erschweren

14



8



12



30



34

Schwerpunkt:

Mit gerechter Verteilung zu Freiheit 12

Besteuerung von Vermögen, die Entlastung der Arbeit, der Ausbau sozialer Dienste und Arbeitszeitverkürzung als Mittel.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm 14

Ungleiche Startbedingungen bestimmen schon von Geburt an die Aufstiegschancen von Menschen in unserer Gesellschaft.

Das Erbe der Ungleichheit 18

Die zentralen Thesen aus Thomas Pikettys viel diskutiertem Buch „Das Kapital“ im Überblick.

Viele Beschäftigte, wenig Einkommen 20

Trotz Rekordbeschäftigung nimmt die Schieflage bei den Einkommen in Österreich deutlich zu.

Vermögensschieflage zulasten der ArbeitnehmerInnen 22

Über Erbschaften und Schenkungen und warum sie die wichtigsten Ursachen für die Ungleichheit in unserer Gesellschaft sind.

Migration als Widerstand 26

Warum der Norden von der Armut im Süden profitiert und damit für die Migration von Millionen Menschen mitverantwortlich ist.

Die Perlenkette im Schrebergarten 28

In der hitzigen Diskussion rund um gerechte Verteilung haben sich unzählige Mythen gebildet. Eine Auswahl im Realitätstest.

Eine Frage der Gerechtigkeit 30

Über die ungleiche Verteilung von Arbeit und wie als nicht „normal“ angesehene ArbeitnehmerInnen auf dem Abstellgleis landen.

Ohne Sozialstaat keine Umverteilung 32

Wem Umverteilung ein Anliegen ist, kommt an einem gut ausgebauten Sozialsystem wie dem österreichischen kaum vorbei.

Mythos Bettelmafia 34

Für bettelnde Menschen sind Almosen zumeist die einzige Einkommensquelle. Ein Plädoyer für das Geben.

Armut jenseits der griechischen Grenze 36

Geringe Staatsverschuldung und harte Währung kennzeichnen Bulgariens Wirtschaftspolitik. Die Zeche bezahlen die Menschen.

Revival für ein Reizthema 38

Arbeitszeitverkürzung bedeutet mehr Verteilungsgerechtigkeit und für die ArbeitnehmerInnen ein Plus an Lebensqualität.

Interview:

Die Alarmglocken läuten, aber viele schützen sich mit Ohropax 8
Soziologie-Professor Jörg Flecker über ungerechte Verteilung und Reichtum, der genutzt werden sollte.

Porträt:

Being Branko Milanović 16
Der gebürtige Belgrader ist einer der weltweit angesehensten Forscher auf dem Gebiet der Einkommensverteilung.

Kurzkrimi:

Angleichung 40
Ein Kurzkrimi von Anni Bürkl.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Standards:

Standpunkt: Leistung muss sich lohnen!	4
Veranstaltung: Mehr Netto vom Brutto	5
Aus AK und Gewerkschaften	6/7
Historie: Die zweite Einkommensverteilung	11
Zahlen, Daten, Fakten	24
Wir sind Europa	42
Rück-Blog	44
Nicht zuletzt – von ÖGB-Präsident Erich Foglar	45
Man kann nicht alles wissen Erklärungen aller grün-markierten Worte.	46

blog.arbeit-wirtschaft.at

www.twitter.com/arbeit.wirtschaft

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Cholesterin, Ungleichheit und Verteilung

Redaktion intern

„Österreich gehört zu den europäischen Ländern mit der größten Ungleichheit bei der Verteilung des Vermögens.“ Mit diesen Worten stellt Jörg Flecker das positive Bild Österreichs als einer relativ gleichen Gesellschaft infrage. „Das stimmt absolut nicht“, hält der Soziologe fest.

Umverteilung und Ungleichheit sind denn auch unsere spätsommerlichen Schwerpunkte. Neue Impulse in diese Diskussion brachte der Franzose Thomas Piketty, dessen zentrale Thesen wir Ihnen vorstellen (S. 18). Ungleichheit ist wie Cholesterin? So zumindest sieht es Branko Milanović, der frühere Leiter der Forschungsabteilung

der Weltbank, dem wir ein Porträt widmen (S. 16). Umverteilung wirft eine Reihe von Fragen auf, denen wir in dieser Ausgabe nachgehen: Wie gerecht sind Einkommen (S. 20), Vermögen (S. 24), Arbeit (S. 30), Zeit (S. 38) oder Aufstiegschancen (S. 14) in unserer Gesellschaft verteilt? Warum braucht es überhaupt Umverteilung (S. 12) und warum spielt der Sozialstaat dabei eine zentrale Rolle (S. 32)? Halten die Argumente der KritikerInnen dem Realitätscheck stand (S. 28)?

Wie gehen wir mit jenen um, die wie BettlerInnen außerhalb des Verteilungskreislaufs des Sozialstaats leben (S. 34)?

Wie steht es um Verteilung in Bulgarien (S. 36) und wie mit jener auf globaler Ebene (S. 26)?

Die Kolumne „Nicht zuletzt“ kommt diesmal von ÖGB-Präsident Erich Foglar. Im „Rück-Blog“ lesen Sie Interessantes aus unserem ExpertInnenblog blog.arbeit-wirtschaft.at.

Auch in Zukunft finden Sie uns auf unserer Homepage www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und [twitter.com/AundW](https://www.twitter.com/AundW). Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: aw@oegb.at.

Für das Redaktionskomitee
Sonja Fercher



Sonja Fercher
Chefin vom Dienst

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Leistung muss sich lohnen!

Die Leistung: Wie ein ewiges Mantra wird dieses Wort immer wieder beschworen. Ja, es wird gar als Widerspruch konstruiert. Auch Vermögende sollen zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen einen gerechten Anteil leisten? Leistung muss sich lohnen, lautet die Antwort. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer? Wenn sie wirklich gleich viel leisten, verdienen sie auch gleich, lautet die Antwort. Migrantinnen und Migranten haben schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt? „Integration durch Leistung“ lautet die Antwort. Ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung? Können ja nicht/nicht mehr so viel leisten, sie dennoch zu beschäftigen können wir uns nicht leisten.

Gebrochenes Versprechen

Leistung, egal, wo man hinsieht. Es scheint so, als müsste man dieses Wort nur laut genug aussprechen – und a Ruh is. Und es stimmt ja auch: Leistung muss sich lohnen, ja, sie sollte sogar Spaß machen, wie ich meine. Aber wird sie denn auch wirklich gerecht belohnt? Oder ist es nicht vielmehr so, dass nach wie vor jene bessere Chancen in der Gesellschaft haben, die ein „gutes Erbe“ im Hintergrund haben: viel Geld oder ähnlich wertvolle Ressourcen, die „richtige“ Bildung, die „richtige“ Herkunft, die rich-

tige Sprache, den Zugang zu den entscheidenden Karriere-Netzwerken oder auch das richtige Geschlecht? Kurz: Es stimmt schlichtweg nicht, dass unsere Gesellschaft dieses Versprechen einhält, dass sich Leistung lohnt.

Kürzungen im Mantel von Reformen

Sprechen wir über Leistung! Besser gesagt: Sprechen wir darüber, dass sie sich für viel zu viele Menschen in Österreich eben nicht lohnt. Sprechen wir darüber, dass wir eben nicht in einer „relativ gleichen Gesellschaft“ leben, wie wir uns allzu gerne vormachen. Sprechen wir darüber, ob wir uns das leisten können – und vor allem: ob wir das wollen?

Wir leben in einem Land, das zu den reichsten EU-Mitgliedsstaaten gehört und auch in internationalen Rankings regelmäßig einen Spitzenplatz belegt. Nicht spitze ist Österreich allerdings, wenn es um die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen geht. Es ist nicht spitze, wenn es um ein ausreichendes Angebot an Jobs geht, die das Überleben sichern. Es ist nicht spitze, wenn es um Bildung geht. Es ist nicht spitze, wenn es um das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen oder Pflegeeinrichtungen geht. Und es ist nicht spitze, was viele andere Verteilungsthemen betrifft, wie Sie in der aktuellen Ausgabe ausführlich nachlesen können.

Spricht man all diese Probleme an, erscheint sogleich ein zweites Mantra: das Krisenmantra. Dieses lautet: „Wir können uns das eben nicht leisten, Krise und leere Kassen und so.“ Dass ausgerechnet die Wirtschaftskrise zum Vorwand für Angriffe auf den Sozialstaat verwendet wird, entbehrt nicht einer gewissen Ironie, ja ich bin sogar versucht zu sagen, es ist eigentlich zynisch. Denn es war gerade der gut ausgebaute Sozialstaat, der in der Krise noch schlimmere Folgen für viele Menschen in Österreich abwenden konnte. Vieles spricht für einen weiteren Ausbau des Sozialstaats, wie Sie ebenfalls in einem Beitrag nachlesen können. Alles spricht für eine Bildungsexpansion. Und doch leben wir in einem der reichsten Länder in der EU, ja gar in der Welt – und dennoch sind Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich ein Dauerbrenner.

Entlastete Arbeit

Wer soll das alles bezahlen? Sicher ist, dass Einkommen aus Arbeit entlastet werden müssen und nicht noch stärker belastet werden dürfen. Am ungerechtesten ist die Verteilung in Österreich bei Vermögen, dennoch werden diese nach wie vor viel zu wenig besteuert. Gerade weil sich Leistung lohnen muss, ist es also nur fair, dass auch die Vermögenden einen Beitrag zum Budget leisten.

Mehr Netto vom Brutto

Die vom ÖGB gestartete Kampagne „Lohnsteuer runter!“ findet großen Zuspruch. Bereits mehr als 120.000 Menschen unterstützen mit ihrer Unterschrift die Aktion.

Der **ÖGB kämpft** für eine spürbare Lohnsteuersenkung. Durch die kalte Progression bleibt den Menschen trotz guter Lohn- und Gehaltserhöhungen zu wenig im Geldbörstel übrig. „Zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs werden die Lohnsteuereinnahmen heuer dem Staat mehr Geld einbringen als die Mehrwertsteuer. Jetzt geht es um eine gerechte Entlastung der ArbeitnehmerInnen und Pensionistinnen und Pensionisten“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar beim offiziellen Startschuss der ÖGB-Kampagne „Lohnsteuer runter!“ Anfang Juli.

Volle Unterstützung erhält der ÖGB dabei von Österreichs Betriebsrätinnen und Betriebsräten, Personalvertreterinnen und -vertretern sowie Jugendvertrauensrätinnen und -räten, aber auch von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Bisher haben mehr als 120.000 Menschen die Aktion unterschrieben. „Mit jedem Like, mit jeder Weiterempfehlung an Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde und Bekannte, mit jeder einzelnen Unterschrift kommen wir unserem Ziel näher“, sagte ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser.

ÖGB-Vizepräsident Norbert Schnedl kündigte an, dass die Kampagne erst dann endet, wenn die ArbeitnehmerInnen mehr Netto vom Brutto haben.

Expertinnen und Experten aus ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammer erarbeiten zurzeit ein Modell für die Entlastung der ArbeitnehmerInnen. Dieses soll den Belegschaftsvertreterinnen und -vertretern im Rahmen einer Konferenz am 18. September präsentiert werden.

Mehr Infos, Unterschriften-Formulare und Infos zur Konferenz unter: www.lohnsteuer-runter.at



Mehr als 120.000 Unterschriften aus ganz Österreich gibt es schon. Auch in der ÖGB-Zentrale gibt es die Möglichkeit für BesucherInnen, mit ihrer Unterschrift die Forderungen der Kampagne zu unterstützen.



ÖGB-Vizepräsident Norbert Schnedl, ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser und ÖGB-Präsident Erich Foglar (von links) beim Auftakt der Kampagne für mehr Netto vom Brutto.



Bereits mehr als 188.000 Unterschriften und 50.000 Likes auf Facebook sprechen eine eindeutige Sprache: Die Menschen fordern eine rasche Steuerentlastung.



Alle können mitmachen: Unterschriften werden unter anderem in Betrieben und auf Dienststellen, in Vereinen und Schwimmbädern gesammelt. Auch im Internet kann man unterschreiben.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Jasmin Fichtinger, Philipp Starlinger,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender
Vorsitz), Sonja Fercher (CvD), Thomas Angerer, Gerhard
Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Andreas
Gjecaj, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik,
Florian Kräftner, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley,
Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Cornelia Breuß, Elke Radhuber,
Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara
Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic,
Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuz-
berger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Clara Akinosoye, Anni Bürkl,
John Evers, Astrid Fadler, Erich Foglar, Christian Illitz, Thomas
Jarmer, Harald Kolerus, Markus Marterbauer, Christine
Mayrhuber, Michael Mazohl, Gabriele Müller, Maja Nizamov,
Brigitte Pellar, Miriam Rehm, Silvia Rocha-Akis, Christa Schlager,
Matthias Schnetzer, Martin Schürz, Georg Sever, Irene Steindl,
Paul Sturm, Norman Wagner

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@
oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,—;
Ausland zuzüglich € 12,— Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,—.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

Barbara Prammer (1954–2014)

Nationalratspräsidentin, engagierte Feministin

„Eigentlich wünsch ich mir nur noch viel
Zeit“, sagte Barbara Prammer erst vor
wenigen Monaten in einem Interview.
Viel zu wenig Zeit wurde ihr gegeben,
viel zu früh schied Barbara Prammer aus
dem Leben. Ob es um die Gleichstel-
lung der Frauen, Demokratie oder den
Kampf gegen Rassismus ging: Sie war
ein leuchtendes Beispiel für alle, die für
ihre Überzeugungen eintreten und auch
unter schwierigen Bedingungen nicht
davon abweichen.

Geboren wurde Barbara Prammer
am 11. Jänner 1954 in Ottnang am
Hausruck in Oberösterreich, einer Berg-
arbeitergemeinde mit langer sozialde-
mokratischer Tradition. 1991 wurde sie
nicht nur in den oberösterreichischen
Landtag, sondern auch gleich zur Zwei-
ten Landtagspräsidentin gewählt.

1995 war sie die erste Frau in der
oberösterreichischen Landesregierung.
Von 1997 bis 2000 war Barbara Pram-



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

mer Bundesministerin für Frauenange-
legenheiten und KonsumentInnen-
schutz. Im Oktober 1999 wurde Barbara
Prammer in den Nationalrat gewählt,
im Jahr 2004 wurde sie Zweite Präsi-
dentin, am 30. Oktober 2006 wurde sie
dann Nationalratspräsidentin – und war
somit die erste Frau an der Spitze des
Nationalrates. Es liegt nun an uns, ihr
Engagement weiterzutragen.

Norbert Scheed (1962–2014)

Bezirksvorsteher, Kämpfer für Gerechtigkeit und gegen rechts

Norbert Scheed hatte immer ein klares Bild
von der Zukunft der Stadt und seines Be-
zirks und setzte sich für die Umsetz-
ung auch persönlich sehr intensiv ein. Er er-
hob seine Stimme stets klar gegen rechts.
Nie wurde er müde, für Gerechtigkeit
und die Anliegen der ArbeitnehmerInnen
zu kämpfen.

Norbert Scheed wurde am 17. August
1962 in Neunkirchen geboren. Er absol-
vierte die Sozialakademie und trat im
Jahr 1983 in die GPA ein. Im Jahr 1989
wurde er Landessekretär der GPA Wien,
die er bis zu seinem Wechsel in die Kom-
munalpolitik im Jahr 2006 als Regional-
geschäftsführer leitete. Ab 1989 war er
Kammerrat, im Jahr 1991 wurde er auch
Mitglied im Vorstand der AK Wien. Das
1994 von ihm verfasste Memorandum
zur ArbeitnehmerInnenförderung in



© Houdiek / PID

Wien war die Initialzündung für die im
Jahr darauf erfolgte Gründung des Wie-
ner ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds
(WAFF), dem er bis zum Jahr 2006 als
Vorstandsvorsitzender und Vizepräsident
angehörte. Wir wünschen Norbert
Scheid ein letztes Glückauf!

GPA-djp:

Gegen „Praktika“-Missstände

Neue Plattform www.watchlist-praktikum.at soll Rechte von Betroffenen durchsetzen.

Schlecht oder gar nicht bezahlt und überhäuft mit Arbeit: Praktikantinnen und Praktikanten, die in den Sommerferien Berufserfahrung sammeln und etwas Geld verdienen wollen, werden oft ausgenutzt. Jetzt können sie sich wehren. Die neue Internetplattform „watchlist-praktikum.at“ ist seit Anfang Juli online und bietet Jugendlichen die Möglichkeit, „schwarze Schafe“ anonym aufzudecken und Missstände zu schildern.

Bereits Tausende Aufrufe und eine Vielzahl an Einträgen, mit genauen Schilderungen, seit dem Start der Internetplattform bestätigen die Notwendigkeit der Initiative. Mit der Watchlist sollen Missbräuche durch Arbeitgeber bei „Praktika“ eingedämmt werden, sie soll aber jungen Menschen auch den Einstieg ins Berufsleben erleichtern. „Ein guter und fairer Berufseinstieg ist die Grundlage für die Lebens- und Kar-

riereplanung junger Menschen. Wir unterstützen die Generation Praktikum im Kampf um faire Bedingungen für junge Menschen“, so Karl Proyer, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier). Die Berichte bzw. Vorwürfe werden an die zuständigen Gebietskrankenkassen weitergeleitet, um die betroffenen Betriebe auch prüfen zu können.

Die gute Nachricht für Jugendliche, die eigentlich in einem ganz normalen Arbeitsverhältnis gearbeitet haben: Sie erhalten rückwirkend nicht nur ihr Gehalt, sondern ihnen wird diese Zeit auch als Versicherungszeit angerechnet.

Es ist seit Jahren kein Geheimnis mehr, dass „Praktika“ viel zu oft gar nicht bezahlt werden und die Praktikantinnen und Praktikanten nicht sozialversichert werden. Unzählige Studien beweisen, dass es sich bei diesen unbe-

zahlten oder stark unterbezahlten „Praktika“ in der Regel nicht um Ausbildungsverhältnisse handelt. Je mehr Betroffene sich in die Plattform eintragen, desto wahrscheinlicher wird es, dass unbezahlte Praktika in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören.

Österreich ist keine Ausnahme, eine Vielzahl von Studien beweist, dass ein Großteil der Praktika für Schülerinnen und Schüler und Studierende unterbezahlt oder unbezahlt absolviert werden muss. Rückenwind bekommen die Initiatorinnen und Initiatoren jetzt auch aus Brüssel: Die EU-Abgeordnete Evelyn Regner brachte eine Anfrage an die EU-Kommission ein, in der sie auch konkrete Maßnahmen im Kampf um die soziale Absicherung junger Beschäftigter fordert.

Weitere Infos finden Sie unter: www.gpa-djp.at

Arbeiterkammer:

Immo-Spekulation Riegel verschieben!

Die AK erwartet bis Herbst Vorschläge zur Mietrechtsreform und eine deutliche Entlastung der MieterInnen.

„Spekulationen mit Zinshäusern müssen eingedämmt werden“, verlangt AK-Präsident Rudi Kaske. „Die Vorkommnisse rund um die Räumung in der Wiener Mühlfeldgasse sind eine groteske Konsequenz rücksichtsloser Spekulation.“ Seit dem Jahr 2000 dreht sich das Preiskarussell für Wiener Zinshäuser stark. Finanzinvestoren und Immobilienfonds verlangen ihr Geldvermögen in Zinshäusern und treiben so die Preise in die Höhe. Aufgrund der starken Wohnungsnachfrage können sie auch hohe Mieten verlangen. Das wiederum treibt auch alle anderen Mieten im privaten Wohnungsmarkt immens in die Höhe. „Die Leidtragenden sind Mieterinnen und Mieter, sie finanzieren die Spekulationspreise der Verkäufer“, so Kaske.

Allein im Vergleich zum Jahr 2013 sind die Mieten doppelt so stark gestiegen wie die Gesamtteuerung. Das WIFO hat die Entwicklung zwischen 2000 und 2011 im Auftrag der AK unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Die privaten Mieten sind in elf Jahren geradezu explodiert. Sie sind um zwei Drittel mehr gestiegen als die allgemeine Teuerung. Die privaten Neuvermietungen sind zwischen 2005 und 2011 sogar doppelt so stark gestiegen wie die Teuerung und die Löhne (knapp 28 Prozent im Vergleich zu 13 Prozent). Die Mieten bei den Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen stiegen im selben Zeitraum aber nur im Ausmaß der Inflation (13,7 bzw. 13,4 Prozent).

Die AK erwartet bis zum Herbst Vorschläge zur Mietrechtsreform. „Ich erwarte mir von Justizminister Brandstetter bei den Vorschlägen, dass Wohnen tatsächlich billiger wird“, so AK-Präsident Kaske. Um die MieterInnen zu entlasten, braucht es klare Mietobergrenzen für private Altbau-Mietwohnungen. Außerdem muss die Wohnbauförderung wieder zweckgebunden und an die Teuerung angepasst werden, damit mehr leistbare Wohnungen gebaut werden können. Weitere Forderungen der AK: weg mit den befristeten Mietverhältnissen; Betriebskosten senken, indem Versicherungskosten und Grundsteuer für MieterInnen fallen; Maklergebühren für MieterInnen streichen; klare Erhaltungsregeln für VermieterInnen festlegen.

„Die Alarmglocken läuten, aber viele schützen sich mit Ohropax“

Es ist Zeit für eine Kehrtwende, sagt der Soziologie-Professor Jörg Flecker.

ZUR PERSON

Univ.-Prof. Dr. Jörg Flecker



Ist seit März 2013 Professor für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien. Der 1959 in Graz geborene Wissenschaftler studierte zunächst Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität

Wien und gelangte über einen Postgraduate-Lehrgang am Institut für Höhere Studien zur Soziologie. Zwischen 1991 und 2013 war Flecker wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA). Seine Schwerpunkte sind der Wandel der Beschäftigungssysteme im internationalen Vergleich, dynamische Vernetzungen von Organisationen und die Qualität der Arbeit, die Transformation öffentlicher Dienstleistungen in europäischen Wohlfahrtsstaaten und Arbeit in transnationalen Wertschöpfungsketten.

Ungleichheit und ungerechte Verteilung nehmen weltweit zu. Wird diese Schere noch weiter aufgehen?

Jörg Flecker: Die Gefahr besteht. Es gibt eine Tendenz zu zunehmender Armut und Umverteilung nach oben. Ohne politische Gegenmaßnahmen und gesellschaftlichen Widerstand könnte es weiter in diese Richtung gehen.

Wo liegen die Gründe für diese Entwicklungen?

Das liegt zum einen am Finanzmarktkapitalismus seit der Liberalisierung der globalen Finanzmärkte. Der Druck, hohe Renditen zu erzielen, setzt sich in Kürzungen der ArbeitnehmerInnen-Einkommen, der Flexibilisierung der Be-

schäftigung und einem wachsenden Niedriglohnbereich fort. Der zweite Grund ist die Dominanz neoliberaler Vorstellungen. Der Staat hat durch Privatisierung und Deregulierung Einflussmöglichkeiten abgegeben. Vormalig öffentliche Dienstleistungen werden privat erbracht und dabei Profit angestrebt. Hier haben sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert, die Einkommen sind gesunken. Als dritten Punkt möchte ich das nennen, was **Colin Crouch** als „Postdemokratie“ bezeichnet hat: Die Demokratien funktionieren nur der Form nach, aber die Entscheidungen sind inhaltlich stark von Lobbyisten und Großunternehmen beeinflusst. Jene, die private Reichtümer haben, bringen ihre Interessen viel stärker durch.

Wann müssen bei der Ungleichheit von Arbeit und Vermögen die Alarmglocken läuten?

Sie läuten schon, aber viele schützen sich mit Ohropax dagegen. Eine Studie der Europäischen Zentralbank hat vor Kurzem gezeigt, dass Österreich zu den europäischen Ländern mit der größten Ungleichheit bei der Verteilung des Vermögens gehört. Das Bild einer relativ gleichen Gesellschaft in Österreich, das viele noch im Kopf haben, stimmt also absolut nicht.

Welche Indikatoren für Ungleichheit gibt es noch?

Ein weiterer Indikator ist die Lohnquote: Seit Mitte der 1970er-Jahre ist sie kontinuierlich gesunken – von circa 75 Prozent

Anteil des ArbeitnehmerInneneinkommens am Volkseinkommen auf unter 65 Prozent. Die Nettolohnquote ist noch stärker gesunken, weil die Steuer- und Abgabenbelastungen auf ArbeitnehmerInneneinkommen höher sind als auf Gewinneinkommen. Zudem gibt es rund 200.000 „Working Poor“ und einen wachsenden Niedriglohnbereich – und das bei steigenden Lebenshaltungskosten. Daran ist deutlich erkennbar, wie sehr die Schere auseinandergeht.

Ist es Zeit für eine Kehrtwende?

Ein Grund zur Umkehr wäre zu sagen: Man kann in einem reichen Land Armut aus moralischen Gründen nicht akzeptieren. Auch verlieren bei großer Ungleichheit alle – sogar die Reichen. Oder: Wir können uns die großen privaten Reichtümer und ihr Anwachsen einfach nicht mehr leisten, weil dadurch der Wirtschaft Nachfrage entzogen wird – und das schadet der Konjunktur und führt zu Arbeitslosigkeit.

Was ist gefährlicher: die reicher werdenden Reichen oder die ärmer werden Armen?

Wir sehen an beiden Enden eine Gefährdung der Demokratie. Kleine Gruppen von reichen und damit mächtigen Personen können politische Entscheidungen bestimmen, die somit der demokratischen Willensbildung entzogen werden. Das führt zum Verlust des Vertrauens in die politischen Institutionen. Die Leute sagen dann: Die da oben richten sich's ja eh! Da haben wir bereits ein massives



Viele haben das positive Bild im Kopf, wonach Österreich eine relativ gleiche Gesellschaft ist. In der Realität aber stellt der Soziologe Jörg Flecker eine „Tendenz zu mehr Armut und Umverteilung nach oben“ fest.

Problem. Und dann ist es nur mehr ein kleiner Schritt zur Gefährdung der Demokratie durch Desinteresse oder den Wunsch nach dem sogenannten „starken Mann“, nach autoritären Lösungen.

Der ÖGB fordert Vermögenssteuern. Wie sollten diese gestaltet sein?

Österreich hat im OECD-Vergleich eine sehr niedrige Besteuerung von Vermögen. Wenn Umverteilung nach oben läuft, ist es schwer, die Steuereinnahmen nur von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Niedrigverdienenden zu bekommen, weil es da an Masse mangelt. Es ist schwierig, an die Vermögen heranzukommen – das verweist wieder auf die Finanzmärkte. Es wäre ein Gesamtpaket nötig, bei dem man nicht nur große Vermögen effektiver besteuert, sondern auch sagt: Die Freizügigkeit des Kapitals, die Deregulierung des globalen Finanzmarktes war ein Irrweg.

Halten Sie die Senkung des Einkommensteuersatzes für eine sinnvolle und ausreichende Maßnahme gegen Ungleichheit?

Ändert man etwas an der Besteuerung, betrifft das immer nur die, die genügend Einkommen haben, um Steuern zu zahlen. Die größte Problematik besteht aber bei den ganz niedrigen Einkommen und den Menschen ohne Erwerbseinkommen. Ich denke eher, dass man bei den Mindesteinkommen, also den Kollektivvertragseinkommen, ansetzen muss und auch bei den Transferzahlungen wie Mindestsicherung, Arbeitslosengeld und Pensionen.

Wäre ein Mindestlohn nach deutschem Vorbild sinnvoll?

In Deutschland wird der gesetzliche Mindestlohn eingeführt, weil das Tarifvertragssystem löchrig geworden ist und der Anteil derer, die unter einen Branchentarifvertrag fallen, stark zurückgegangen ist. In Österreich ist die Situation eine andere: Für die meisten Beschäftigungsverhältnisse gibt es – solange es wirklich Anstellungsverhältnisse sind, die dem Arbeitsrecht unterliegen – einen kollektivvertraglichen Mindestlohn. Daher wird argumentiert, dass keine Notwendigkeit besteht. Auch gibt es die Befürchtung, dass gesetzliche Mindestlöhne politisch oder von außen und ohne demokratische Legitimation reduziert werden könnten, wie es etwa in Griechenland passiert ist. Eventuell könnte andererseits ein gesetzliches Mindestmaß dazu beitragen, die niedrigeren Kollektivvertragslöhne in die Höhe zu kriegen. Wichtig ist, dass die kollektivvertraglichen Mindestlöhne immer wieder über eine neue Mindestschwelle gehoben werden.

Was halten Sie von einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Das ist eine berechtigte Forderung in einer Gesellschaft, die grundsätzlich sehr reich ist. Man könnte fragen, warum diejenigen, die in Familien hineingeboren werden, wo es Besitz an Unternehmen, Großgrund etc. gibt, so viel besser gestellt sind als Personen, die in Familien hineingeboren werden, wo es nur Schulden und kein Bildungskapital gibt. Man kann argumentieren: Es braucht eine gesell-

schaftliche Solidarität, die allen Bürgerinnen und Bürgern einen Anteil an dem von allen erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum sichert.

Und was spricht dagegen?

Es spießt sich meist an der Höhe des Grundeinkommens. Einerseits besteht die Gefahr, dass es, wenn es durchgesetzt würde, sehr niedrig wäre. Dann würden die „Überzähligen“, die vom Kapitalismus als Arbeitskräfte und Konsumentinnen und Konsumenten nicht gebraucht werden, gerade noch am Leben gehalten. Bei einem ausreichend hohen Grundeinkommen wird befürchtet, dass sich die Menschen nicht am Produktionsprozess beteiligen. Bei hoher Arbeitslosigkeit ist das aber nicht unser Problem. Außerdem halte ich diese Gefahr für gering, weil Arbeit nicht nur Einkommen, sondern auch soziale Kontakte und gesellschaftliche Anerkennung gewährt. Eine Alternative wäre, die Mindestsicherung stark anzuheben, aber die Verpflichtung, eine Erwerbstätigkeit anzunehmen, aufrechtzuerhalten.

Hängen die Verteilung von Vermögen und die Verteilung von Arbeit zwangsweise zusammen?

Nein, im Gegenteil. Es gibt viele extrem reiche Menschen, die nicht arbeiten müssen – das ist das gesellschaftlich akzeptierte arbeitslose Einkommen. Und große Reichtümer kann man nicht erarbeiten. Weniger akzeptiert ist sonderbarerweise das arbeitslose Einkommen der Leute, die keinen Job bekommen – da hat man gleich eine „Sozialschmarotzer“-Diskussion.

Wie ist das bei den Erwerbstätigen?

Dort gibt es riesige Bandbreiten. Bei den Selbstständigen gibt es unter anderem Ein-Personen-Unternehmen mit niedrigem Einkommen, die sich trotz sehr viel Arbeit schwer über Wasser halten können. Zu den Unselbstständigen zählen auch die „Working Rich“, etwa Vorstandsmitglieder mit Millioneneinkünften. In Österreich gibt es einen zaghaften Versuch, Jahreseinkommen über 500.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgabe anzuerkennen, weil es de facto Anteil am Gewinn ist. Auf der anderen Seite stehen die Niedriglöhne, die Armutslohne. Und dann ist da noch der große Bereich der Erwerbslosigkeit: Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit seit den 1950er-Jahren.

Welche Möglichkeiten der Umverteilung gibt es noch?

Man könnte die Arbeitszeit betrachten. Es liegt nahe, die Arbeitszeit zwischen denen, die sehr lange arbeiten, und denen, die bei der Erwerbsarbeit auf null gesetzt sind, umzuverteilen – also den gesellschaftlichen Reichtum zur Arbeitszeitverkürzung zu nutzen und so in Zeitwohlstand zu verwandeln. Österreich hat insgesamt lange und in Teilbereichen sehr lange Arbeitszeiten. Lange Arbeitszeiten machen krank, das ist arbeitsmedizinisch deutlich nachgewiesen und nicht nur unter dem Gesichtspunkt des menschlichen Leids höchst problematisch, sondern auch in Bezug auf die Kosten, die im Sozial- und Gesundheitssystem entstehen. Insofern sollte man diskutieren, was man für mehr Zeitwohlstand tun kann.

Wie stellen Sie sich das vor?

Die Möglichkeit, in Kollektivverträgen für Zeit anstelle von Gehalts- und Lohn-erhöhungen zu optieren, ist ein erster Schritt. Man muss sich das aber leisten können. Diejenigen, die Schwierigkeiten haben, ihre Miete zu zahlen und die Wohnungen zu heizen, können das natürlich nicht. Bei denen, die besser verdienen, ist die Präferenz für mehr Zeit aber sehr verbreitet. Es wäre denkbar zu sagen: Wir machen eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Einkommen – und das soll bewusst

zu einer Umverteilung von oben nach unten in der Vermögens- und Einkommensskala führen, auch mit begleitenden Umstellungen bei den Steuern und den Sozialabgaben.

Blickt man nach Lampedusa, nähert sich da die Ungleichheit in menschlicher Form. Stehen wir unter Druck, bei der Umverteilung global zu denken?

Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir können uns nicht mit Scheuklappen auf Österreich beschränken. Ich würde im ersten Schritt auf Europa schauen: Was hat die Politik hier an Katastrophen verursacht in den sogenannten Krisenländern? Was hat sie mit verursacht an Arbeitslosigkeit, Armut, Verlust von Lebensperspektiven bis hin zum Anstieg von Selbstmordraten? Da braucht es eine europäische Perspektive, eine europäische Solidarität. Die nationalistischen Tendenzen zeigen sich darin, dass in den Medien von „Pleite-Griechen“ geschrieben wurde oder diskutiert wird, ob Menschen aus anderen Mitgliedsstaaten Anspruch auf soziale Leistungen haben sollen. Sie gipfeln in rassistischen Handlungen, wenn wie in Frankreich Roma ausgewiesen werden. Die europäischen und globalen Verflechtungen sind sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesellschaftlicher Hinsicht so stark, dass es keinen Sinn hat, Ungleichheit nur in einem Land zu betrachten. Für alle Themen gilt: Uns sollte die Situation in Spanien und Griechenland genauso interessieren wie die in Kärnten und Vorarlberg.

Und die globale Perspektive? Afrika, aber auch der Nahe Osten liegen vor unserer Haustür.

Die globale Ebene ist auch enorm wichtig, weil im Süden massive Armut zu finden ist und dort die Unterschiede noch viel größer sind. Das wirft wiederum die Frage auf: Welche Effekte haben europäische Politik, Handelspolitik oder die Subventionierung der Landwirtschaft in dem Zusammenhang? Hier werden z. B. in Afrika Lebensgrundlagen zerstört. Viele Menschen, die deshalb mit Booten nach Europa flüchten, lassen auf dem

BUCHTIPP

Alexandra Weiss:

Systemfehler

Spaltungsrhetorik als Entpolitisierung von Ungleichheit

ÖGB Verlag, 2014

176 Seiten, € 24,90

ISBN: 978-3-99046-037-5



Bestellung:

www.besserewelt.at

Weg ihr Leben. Und dann wird über Frontex versucht, diese Menschen draußen zu halten – insgesamt also eine zynische Politik.

Der Zwang zur Gewinnmaximierung scheint weit gediehen zu sein, Konzerne scheinen weiter an Macht zu gewinnen. Herrscht hier nicht schon ein Gefühl der Ohnmacht in der Bevölkerung?

Natürlich gibt es ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit, weil die großen Konzerne deutlich mehr Macht haben als – vor allem kleinere – Nationalstaaten. Die EU könnte ein Gegengewicht bilden, wenn sie nicht durch Lobbyismus und Einfluss der Konzerne am Gängelband dieser Wirtschaftsinteressen hänge. Es wird aber auch massiver Widerstand gegen weitere Verschlechterungen geleistet, beispielsweise in der Diskussion um TTIP (Anm.: das geplante Freihandelsabkommen mit den USA). Und es gibt einen starken Widerstand der Zivilbevölkerung und einzelner Regierungen, die etwas bewirken können. Man hört jetzt weniger von Protestbewegungen wie Occupy, aber diese Bewegungen haben Zulauf bekommen. Sie sind auch Bewegungen für mehr Demokratie und dafür, dass man das Leben wieder selber in die Hand nehmen kann.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Alexandra Rotter für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Die zweite Einkommensverteilung

1963 verteidigte Sozialminister Anton Proksch in einer Broschüre des ÖGB-Verlags die Verteilungsfunktion des Sozialstaats gegen vielfache Angriffe.

Anton Proksch war von 1956 bis 1966 Sozialminister in den ÖVP-SPÖ-Regierungen nach dem Staatsvertrag. Die unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen traten jetzt deutlicher hervor. Damals ging es nicht um den Abbau des Sozialstaats, sondern um seinen Aufbau, und das Budgetdefizit war kein Top-Thema. Abgesehen davon muten aber die Argumente der GegnerInnen staatlicher Verteilungspolitik zugunsten der kleineren Einkommen ziemlich aktuell an. Proksch fasste sie folgendermaßen zusammen:

„Dreizehn Milliarden an Sozialleistungen; heuer um eine Milliarde Schilling mehr als im Vorjahr“, ... „Sozialaufwand am meisten gestiegen“ ... sind dann Schlagzeilen für Artikel, in denen man zwar – weil es nicht anders geht – den sozialen Fortschritt begrüßt, aber gleichzeitig mit dem Finger droht, es doch endlich genug sein zu lassen.

Wenn jedoch die Vertreter der Arbeiter und der Angestellten, allen „guten Rat schlägen“ zum Trotz, an dem Verlangen nach Verbesserung der Sozialleistungen festhalten, wird rasch die Sturmfabne hochgezogen ... Immer und immer wieder werden die Dinge so dargestellt, als ob den Unselbständigen im Wege der zweiten Einkommensverteilung größere Vorteile zukämen als den Selbständigen. ... Immer wieder dasselbe Spiel: Alle Ausgaben des Staates sind vertretbar, selbst die rasche Verdoppelung der Staatsschulden schadet der Währung

nicht; aber zu den gesteigerten Ausgaben auf dem Sozialsektor schauen alle Missgünstigen sauer drein und schütteln die Köpfe.

Das steht am Beginn von Prokschs Broschüre „Die sozialen Lasten“, die 1963 vom ÖGB-Verlag herausgebracht wurde. Er unternahm darin den Versuch, so der Verlag in einem Begleitschreiben zu den Belegexemplaren für die Zeitungsredaktionen, *das Vorurteil zu zerstören, soziale Verwaltung müsse zwangsläufig zu „kollektivistischen“ Maßnahmen führen, in deren weitgespanntem Rahmen der einzelne nicht berücksichtigt werden könne.* Der Sozialminister, so der Verlag weiter, mache die Bedeutung der „zweiten Einkommensverteilung“, der sozialstaatlichen Umverteilung durch öffentliche Wohlfahrt klar.

Besonders die Darstellung des Pensionswesens und seiner fünf Träger zeigt, wie sehr die Gemeinschaft zur Sicherheit der Existenz jedes einzelnen beitragen kann. Verteilungspolitik beschränke sich darüber hinaus nicht auf die Sozialversicherung: *Die von allen politischen Richtungen als wichtig erkannte Familienpolitik wird durch die Kinder- und Familienbeihilfe unterstützt, deren Entwicklung aus der Ernährungsbeihilfe der Nachkriegs- und Hungerjahre heute kaum mehr bekannt ist. Auch die lebenswichtige und hochpolitische Frage des Volkwohnbaus findet in dieser Broschüre Erörterung.*



© Bildarchiv des ÖGB

In den Jahren des „kleinen österreichischen Wirtschaftswunders“ nach dem Staatsvertrag sah der ÖGB die Chance, den ArbeitnehmerInnen mehr Lebensqualität zu verschaffen. Der Ausbau des Sozialstaats hatte daher einen hohen Stellenwert.

Die zentrale Aussage sei aber *der Hinweis des Verfassers, dass die „sozialen Lasten“ allesamt von den Werkstätigen getragen werden, da alle Staatszuschüsse und alle Unternehmeranteile letztlich aus den Leistungen der Arbeitenden stammen.*

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Mit gerechter Verteilung zu Freiheit

Wesentliche Schritte sind die Besteuerung von Vermögen, die Entlastung der Arbeit, der Ausbau sozialer Dienste sowie Arbeitszeitverkürzung.

Markus Marterbauer

*Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK Wien*

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges besaß das oberste Prozent der Haushalte in Frankreich 60 Prozent des gesamten Vermögens, in Großbritannien sogar fast 70 Prozent, ein Großteil davon war ererbt. Mit diesen und vielen anderen Daten besticht Thomas Piketty in seinem grandiosen Buch „Capital in the Twenty-First Century“, das Anfang Oktober auf Deutsch erscheint (siehe „Das Erbe der Ungleichheit“, S. 18–19). Um 1900 erbte die abgehobene Vermögensaristokratie mehr, als der Großteil der Bevölkerung im ganzen Leben durch Erwerbsarbeit – meist als Dienstbotinnen und Dienstboten für die Reichen – verdienen konnte. Diese extreme Ungleichheit äußerte sich in einzementierten sozialen Strukturen, wirtschaftlichem Niedergang und gesellschaftlicher Instabilität.

Piketty sieht unsere reichen Gesellschaften heute auf ähnliche Probleme zusteuern. Denn die Vermögen der privaten Haushalte werden bald wieder das Fünf- bis Sechsfache der jährlichen Wirtschaftsleistung betragen. So erfreulich dieser rasche Anstieg ist, so gefährlich ist die enorme Konzentration dieses Vermögens: Heute besitzt ein Prozent (37.000 Haushalte) in Österreich bereits wieder 37 Prozent des Vermögens, das heißt etwa 470 von insgesamt 1.250 Milliarden Euro. Die Verteilung der Einkommen ist zwar weniger ungleich als jene der Vermögen, doch in den USA beträgt der Anteil des obersten Prozents aufgrund der enormen Einkommen der

Supermanager und Superrentiers bereits wieder ein Viertel – und damit so viel wie vor der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre.

Schlecht für den Sozialstaat

Die negativen Folgen zunehmender Ungleichheit sind offensichtlich: Wachsen die Einkommen aus Arbeitsleistung nicht, die leistungslosen Einkommen aus Vermögensbesitz hingegen rasch, entstehen falsche Anreize und der Wohlstand sinkt. Konkret: Sinken die Einkommen jener, die viel konsumieren, dann fehlt die Nachfrage nach Gütern sowie Dienstleistungen und Arbeitslosigkeit entsteht. Nehmen die Einkommen jener zu, die den Großteil sparen, und sind Vermögen stark konzentriert, dann wird risikoreich veranlagt. Das wiederum mündet in spekulative Blasen auf den Finanzmärkten und löst schwere wirtschaftliche Krisen wie in den 1930er-Jahren oder seit dem Jahr 2007 aus. Das ungleiche Wachstum der Einkommen hat auch für den Sozialstaat negative Konsequenzen: Ruht seine Finanzierung primär auf den schwach steigenden Lohneinkommen und nicht auf den stark wachsenden Vermögen, dann ist er gefährdet. Die starke Konzentration der Vermögen führt zu einer Verschiebung der Macht zugunsten einer kleinen Elite, die Medien und öffentliche Meinung kontrolliert und ihre Klientelpolitik in den Hinterzimmern betreibt. Dadurch sind letztlich Demokratie und Freiheit gefährdet.

Emanzipatorische Kräfte wie Gewerkschaften und soziale Bewegungen müssen der Gefährdung der demokratischen Strukturen und der Freiheit der

Einzelnen jetzt entschieden entgegen treten. Das bedeutet zunächst, dass sie sich dafür einsetzen müssen, dass Daten über die Verteilung von Vermögen, Einkommen und Lebenschancen in besserer Qualität vorliegen – und dass diese einfacher zugänglich sind. Vor allem bei den Vermögen arbeiten die Reichen und ihre InteressenvertreterInnen vehement an der Verschleierung: Sie versuchen, den automatischen Informationsaustausch zwischen den europäischen Steuerbehörden in Bezug auf die Kapitaleinkommen zu hintertreiben, das Bankgeheimnis gegenüber dem Finanzamt aufrechtzuerhalten, an der unzeitgemäßen Bewertung von Immobilien festzuhalten und Vermögenserhebungen wie jene der Oesterreichischen Nationalbank möglichst zu behindern. Transparenz ist die wichtigste Voraussetzung für eine Diskussion auf Faktenbasis. Nur Aufklärung über die Verteilung der Reichtümer schafft Bewusstsein für die Notwendigkeit der Veränderung.

Milliardenaufkommen

Der wichtigste Ansatzpunkt der Verteilungspolitik besteht heute in einer Besteuerung hoher Vermögen, Erbschaften und Einkommen. In Zahlen ausgedrückt: Bei einem Vermögen von 1.250 Milliarden Euro, davon 730 Milliarden bei den Millionärshaushalten, bei einem jährlichen Erbvolumen von 20 Milliarden Euro, ganz überwiegend im obersten Zehntel, bei absurd hohen Einkommen des obersten Prozents, das mehr als der Bundespräsident (23.000 Euro pro Monat) verdient, ist mit dieser Besteuerung in

jedem Fall ein Milliardenaufkommen erzielbar. Damit ist auch eine deutliche Entlastung der Abgaben für die Masse der ArbeitnehmerInnen finanzierbar.

Sozialstaat gibt Sicherheit

Ein zweiter Ansatzpunkt aktiver Verteilungspolitik besteht in der Weiterentwicklung des Sozialstaates. Dieser stellt eine der größten Errungenschaften der Zivilisation dar. Er bietet der arbeitenden Bevölkerung zum ersten Mal einen Teil jener Sicherheit, die sonst nur die Reichen aufgrund ihrer breiten Vermögensbasis genießen. Den großen Herausforderungen unserer Zeit wie die demografische Verschiebung, veränderte Familienstrukturen und zunehmende Ungleichheit der Verteilung der Einkommen kann am wirkungsvollsten mit einem Ausbau sozialer Dienstleistungen begegnet werden. Wir müssen im österreichischen Sozialstaat deshalb das Angebot an Krippen und Kindergärten, Ganztagschulen und Sozialarbeit, Heimhilfen und Pflegeeinrichtungen ausbauen. Zusammen mit dem sozialen Wohnbau und dem öffentlichen Verkehr sind das jene öffentlichen Leistungen, die die Lebensbedingungen der unteren und mittleren Einkommensgruppen wesentlich verbessern.

Dabei muss uns ein Grundsatz immer bewusst sein: Gute sozialstaatliche Leistungen sind nur mit einer relativ hohen Abgabenquote finanzierbar. Es gibt nur zwei Alternativen: Entweder entscheiden wir uns für ein Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem österreichischer Qualität mit einem hohen Abgabenniveau – oder für ein System wie in Osteuropa mit einem niedrigen Steuerniveau in Kombination mit einem **inferioren** Sozialsystem. Wir dürfen deshalb keinesfalls in die Falle jener konservativen SteuersenkerInnen gehen, die zunächst auf Senkung der Abgabenlast drängen, um dann die Sozialleistungen wegen Unfinanzierbarkeit kürzen zu können.

Ein dritter Ansatzpunkt der Verteilungspolitik besteht in einer Verkürzung der Arbeitszeit (siehe auch „Revival für ein Reizthema“, S. 38–39). Der Wohlstand in unserer Gesellschaft ist so hoch, dass die Frage berechtigt ist, ob wir die Steigerung der Arbeitsproduktivität in

Form von höheren Reallöhnen oder in Form von mehr Freizeit nutzen wollen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit eröffnet mehr Zeit für die Familie, trägt zu besserer Gesundheit bei, schafft höhere Lebensqualität und verwirklicht ein Stück Freiheit in der Arbeitsgesellschaft. Vor allem eine „kurze Vollzeit“ im Ausmaß von etwa 30 Wochenstunden gleichermaßen für Frauen und Männer, wie er als Wunsch in Befragungen immer wieder erhoben wird, könnte einen entscheidenden Anstoß für eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern bilden.

Arbeitszeitverkürzung ist eines der wirkungsvollsten Instrumente zur Sicherung von Beschäftigung. Deshalb sind die Vorstöße von PRO-GE und GPA-djp so vorbildhaft, die in den jüngsten Kollektivvertragsabschlüssen in der Elektroindustrie und im Stahl- und Bergbau mit der Freizeitoption genau diese Wahlmöglichkeiten eröffnet haben: Die kollektivvertraglich vereinbarten Lohnerhöhungen können unter gewissen Bedingungen auch in Form kürzerer Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Wir müssen diesem Vorbild in vielen anderen Bereichen folgen, etwa indem Anreize für die Verringerung der enormen Zahl an Überstunden gesetzt werden.

Der in unserer Gesellschaft erarbeitete Reichtum gibt einer aktiven Verteilungspolitik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung, der Kinder und Älteren erheblichen Spielraum. Solidarität zwischen den gut verdienenden Angestellten mit Monatseinkommen in Höhe von mehreren Tausend Euro mit den Jugendlichen, den Frauen und den Durchschnittsverdienern ist ein wesentliches Element des politischen Erfolges. Durchgesetzt muss die Verteilungspolitik aber vor allem gegen die Interessen der Vermögenden und der SpitzenverdienerInnen werden.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor

markus.marterbauer@akwien.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at



Wachsen die Einkommen aus Arbeitsleistung nicht, die leistungslosen Einkommen aus Vermögensbesitz rasch, sinkt der Wohlstand.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

Soziale Mobilität beschreibt gesellschaftlichen Auf- und Abstieg. Ungleiche Startbedingungen begrenzen die Aufstiegschancen aber schon von Geburt an.

Matthias Schnetzer

Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK Wien

Das reiche Establishment Monacos ist seit geraumer Zeit in Aufruhr, denn unter die feine Gesellschaft mischen sich jüngst die neuen Superreichen. Aus China und Russland, von der Wall Street und aus dem Londoner Finanzbezirk strömen sie an die Mittelmeerküste und lassen die alteingesessene Elite die Nase rümpfen. Unweit der Villen ankern sie ihre riesigen Yachten, feiern Partys bei lauter Musik und entsprechen damit so gar nicht dem vornehmen Geschmack der oberen Zehntausend. Hinter vorgehaltener Hand echauffiert sich der alte Geldadel über den Verlust traditioneller Gepflogenheiten im Kreise der Reichen.

Ungeschriebene Verhaltensregeln

Soziologinnen und Soziologen würden sagen, die Neureichen haben einen anderen Habitus als jene, die in reichen und einflussreichen Familiendynastien aufgewachsen sind. Der Habitus einer Person bezeichnet nach **Pierre Bourdieu** ein System von Grundhaltungen und Verhaltensweisen. Er markiert aber auch die unsichtbaren Grenzen, die den Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft gezogen sind. Die entscheidende Prägung findet bereits in der Kindheit statt und wird vor allem durch das familiäre und soziale Umfeld bestimmt. Die Vertrautheit mit den Gepflogenheiten und den ungeschriebenen Verhaltensregeln sei eine Voraussetzung für den Aufstieg in gewisse soziale Kreise, erklärt der

deutsche Eliteforscher Michael Hartmann. Der Habitus ist sozusagen die gläserne Decke sozialer Klassen.

Auch ohne jemals von Pierre Bourdieu gehört zu haben, spüren Kinder aus Arbeiterfamilien instinktiv, was der Habitus bedeutet. Eine Akademikerin aus einem Berliner Arbeiterbezirk erzählt der deutschen „Zeit“ über die schwierigen Anfänge ihrer Studienzzeit: „Die Studierenden, wie die sich ausdrückten! Es kam mir so unnatürlich vor.“ Die kannten bereits alle Theaterstücke und Bücher, die im Unterricht vorkamen. Die hatten alle eine Bibliothek zu Hause, sie selbst nur alte Schulbücher. „Als Tochter einer alleinerziehenden Mutter, die sich als Putzfrau ihren Lebensunterhalt verdienen musste, weiß ich, wie schwierig es ist, soziale Barrieren zu überwinden“, sagt auch eine Frau, die es bis in die Vorstandsetage bei Siemens Österreich geschafft hat. Die ehemalige Generaldirektorin und studierte Volkswirtin Brigitte Ederer unterstützt deshalb die Initiative „Arbeiter-Kind.at“, die Kindern aus Arbeiterfamilien bei alltäglichen Stolpersteinen in ihrer Ausbildung hilft.

Dass solche Initiativen ihre Berechtigung haben, beweist ein Blick auf die soziale Herkunft von Akademikerinnen und Akademikern in Österreich. Demnach erreicht mehr als die Hälfte der Kinder aus Akademiker-Haushalten wieder einen Universitätsabschluss, während dies nur elf Prozent jener Kinder gelingt, deren Eltern einen Lehrabschluss haben. Aktuelle Forschungsergebnisse der WU Wien zeigen, dass bereits die vorschulische Betreuung den

BUCHTIPP

Chrystia Freeland:

Die Superreichen

Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite
Westend, 2013

368 Seiten, € 23,70

ISBN: 978-3-8648-9045-1



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

wichtigen Unterschied für den späteren Bildungsweg macht. „Eltern geben ihre Bildung schon ab dem ersten Geburtstag an ihre Kinder weiter“, erklärt Wilfried Altzinger, Wirtschaftsprofessor an der Wirtschaftsuniversität.

Rastignacs Dilemma kehrt zurück

Neben der Bildungsvererbung spielen Vermögensübertragungen eine wesentliche Rolle für die Einschätzung sozialer Mobilität. Thomas Piketty hat in seinem Buch „Capital in the Twenty-First Century“ festgestellt, dass Erben heute wieder so wichtig wird wie in der feudalen Aristokratie des 19. Jahrhunderts (siehe „Das Erbe der Ungleichheit“, S. 18–19). Exemplarisch für diese Epoche ist **Honoré de Balzacs** Roman „Vater Goriot“, in dem der talentierte, aber mittellose Eugène de Rastignac vom Aufstieg in die feine Pariser Gesellschaft träumt. Dieser merkt schnell, dass Studium, Talent und Fleiß diesen Traum nicht ermöglichen, sondern nur geschickte Heiratspolitik und



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Wer hat, dem wird gegeben: Während die einen ohne prall gefüllte Koffer ins Leben starten, können die anderen auf ein vielfältiges Erbe bauen.

damit verbundene Erbschaften. Seit geraumer Zeit gewinnt das Dilemma Rastignacs wieder an Aktualität, denn große Erbschaften sichern den Verbleib in der sozialen Exklusivität. Das ist kein rein österreichisches Phänomen, denn Piketty beschreibt die Entwicklung des globalen Kapitalismus im 21. Jahrhundert.

Natürlich sind auch in Österreich Erbschaften vor allem für die reichsten Haushalte von beträchtlicher Bedeutung. Während die untere Hälfte der Haushalte kaum nennenswerte Erbschaften erhält, erben die reichsten zehn Prozent der Haushalte durchschnittlich mehr als 300.000 Euro. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der EU sind diese leistungslosen Einkommen in Österreich noch dazu steuerfrei. Dem **Matthäus-Effekt** folgend gilt: Wer hat, dem wird gegeben. Wer bereits mit Vorteilen ins Leben startet, kann später mit weiteren Privilegien rechnen.

Begüterte Familiendynastien weisen oft eine jahrhundertelange Geschichte von Reichtum auf. Anhand seltener Nachnamen haben ForscherInnen die Stammbäume von reichen Familien historisch analysiert und festgestellt, dass Vermögen, Bildung, sozialer Status und politische Macht über viele Generationen weitervererbt werden. Der britische Ökonom Gregory Clark untersuchte englische Familien vom 19. Jahrhundert bis heute und stellt eine beeindruckende Diagnose. Die Nachfahren von sehr reichen Familien anno 1850 haben in der heutigen Generation immer noch rund viermal so große Vermögen wie die durchschnittliche britische Familie. In der wissenschaftlichen Literatur wird ein

weiterer Kanal genannt, der soziale Mobilität eingrenzt: das soziale Netzwerk. Es dient nicht nur bei der Arbeitssuche, sondern auch beim Eintritt in bestimmte Gesellschaftsschichten als Strickleiter. Kinder aus wohlhabenden Familien können oft auf die weitläufigen Netzwerke ihrer Eltern vertrauen, um sich bessere Positionen auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen. Diese Möglichkeit bleibt Kindern aus weniger privilegierten Familien oft verwehrt. Der Apfel fällt somit auch beruflich nicht weit vom Stamm. Das ist ein weiteres der zahlreichen kleinen Puzzleteile, die dazu führen, dass sozialer Auf- oder Abstieg in Österreich die Ausnahme bleibt.

Der Traum, durch Arbeit reich zu werden – der sprichwörtliche Aufstieg vom Tellerwäscher zum Millionär –, bleibt bei einer neutralen Betrachtung der Fakten lediglich Stoff für die Filmindustrie. Die Hälfte der ArbeiterInnen verdient in Österreich selbst im besten Verdienstalder zwischen 40 und 50 Jahren nicht mehr als 2.100 Euro brutto im Monat. Die vereinzelt, selbst ernannten „Selfmade-Milliardäre“ dienen zwar immer wieder als plakative Beispiele für soziale Durchlässigkeit. Dem Großteil der Gesellschaft sind beim Aufstieg aber enge Grenzen gesteckt.

Schiefes Spielfeld ebnen

Es ist schwierig, ein gewünschtes Niveau an sozialer Mobilität zu definieren und einen Grad der Durchlässigkeit als Ziel wirtschaftspolitischer Maßnahmen festzulegen. Allerdings muss die Diskussion um Chancengleichheit für alle Kinder unabhängig

von ihrem finanziellen Familienhintergrund ins Zentrum rücken. Denn die Vererbung von Bildung, beruflichen Möglichkeiten und großen Vermögen erzeugt Startvorteile für die einen – und schier unüberwindbare Barrieren für die anderen. Das Ziel einer nach Gerechtigkeit und Fairness strebenden Gesellschaft muss somit das Ebnen dieses schiefen Spielfelds sein. Die Bildungspolitik spielt dabei eine wichtige Rolle, wobei die Reformära Kreisky beispielhaft deren positive Auswirkungen für eine Ausweitung sozialer Mobilität belegt.

Die wissenschaftliche Forschung zeigt aber vor allem die Relevanz frühkindlicher Förderung auf. Die öffentliche Bereitstellung sozialer Dienstleistungen im Rahmen der Vorschulförderung ist nicht nur eine Grundvoraussetzung für einen raschen Wiedereinstieg von Müttern in das Erwerbsleben, sondern auch für Chancengleichheit der Kinder. Die Bandbreite politischer Lösungsansätze reicht zudem von hohen Steuern auf Vermögensübertragungen bis hin zu alternativen Formen von Eigentum und demokratischer Kontrolle, wie Thomas Piketty in seinem Bestseller schreibt.

Internet:

Mehr Info unter:
tinyurl.com/oeks25d

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
matthias.schnetzer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Being Branko Milanović

Statistiker. Ökonom. Buchautor. Branko Milanović ist einer der weltweit angesehensten Forscher auf dem Gebiet der Einkommensverteilung. Ein Porträt.

Maja Nizamov

Freie Journalistin

Auf den ersten Blick sieht Branko Milanović mehr wie ein gemütlicher Mathematiklehrer aus und weniger wie ein weltweit angesehener Wirtschaftswissenschaftler. Der ehemalige Ökonom der Forschungsabteilung der Weltbank ist Ende August Stargast beim Forum Alpbach. Seit über 30 Jahren beschäftigt sich der gebürtige Serbe mit der Verteilung und Ungleichheit von Einkommen. Er wird gerne mit seiner Paradedeformation zitiert: „Ungleichheit ist wie Cholesterin.“ Dabei unterscheidet man wie beim Cholesterin zwischen guter und schlechter Ungleichheit. Gute Ungleichheit bietet den Menschen einen Anreiz, Risiken einzugehen, härter zu arbeiten, mehr zu lernen, um mehr Geld zu verdienen. Sie schafft Leistungsanreize und kurbelt die Wirtschaftsdynamik an. Anders liegen die Dinge jedoch bei der schlechten Ungleichheit. Diese festigt bestehende Strukturen und lähmt die Gesellschaft, beispielsweise wird ärmeren Gesellschaftsschichten aufgrund von Geldmangel der Zugang zur Bildung verwehrt. Aber wer ist denn jetzt eigentlich dieser Branko Milanović?

Statistik statt Studentenpartys

Milanović wurde am 24. Oktober 1953 in Belgrad geboren. Bereits relativ früh konnte er sich für soziale Themen begeistern, er entdeckte schnell seine Vorliebe für Zahlen und interessierte sich für soziale Zusammenhänge. Dementsprechend entschied er sich, Wirtschaftswissenschaften zu studieren, und inskri-

bierte an der Wirtschaftsuniversität in Belgrad. Die jugoslawische Teilrepublik Serbien konnte selbst damals eine hohe Wirtschaftswachstumsrate verzeichnen, der gesellschaftliche Wohlstand – auch der seiner eigenen Familie – stieg von Jahr zu Jahr.

Milanović mochte empirische Wirtschaftswissenschaften und spezialisierte sich auf Statistik, bis er es verstand, sein Wissen und Verständnis aus Sozialthemen und Zahlen zu kombinieren.

„Ich habe angefangen, zu überprüfen, ob die paar Einkommensdaten, die ich hatte, mit der Kurve übereinstimmen würden. Damals benutzten wir noch Papier, Stift und Taschenrechner, um die Größe jeder Gruppe und ihren Anteil am Totaleinkommen zu berechnen. Dann wandten wir eine statistische Funktion an, um zu sehen, ob die Zahlen stimmen oder nicht. Es schien mir, dass sich irgendwie das Geheimnis, wie Geld unter den Menschen verteilt wird oder wie Gesellschaften organisiert sind, vor mir offenlegen würde. Ich habe viele Nächte damit verbracht, diese Zahlen durchzugehen. Ich habe das lieber gemacht, als mit Freunden auszugehen.“

1977 schloss Milanović sein Studium an der Wirtschaftsuniversität Belgrad ab und knüpfte mit einem Doktorat an, das er 1987 erfolgreich beendete. In seiner Dissertation behandelte er die Einkommensungleichheit im ehemaligen sozialistischen Jugoslawien – vier Jahre nach seiner erfolgreichen **Defensio** zerfiel die Sozialistische Föderative Republik. Milanović forschte weiter zur Einkommensverteilung in Osteuropa

BUCHTIPP

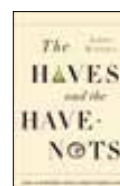
Branko Milanović:

„**The Haves and the Have-Nots. A Brief and Idiosyncratic History of Global Inequality**“.

Basic Books, New York 2011

258 Seiten, € 20,80

ISBN: 978-0-46503-141-2



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

in der Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zerfall der Sowjetunion. Indem jedoch die Staaten nach und nach der Europäischen Union beitraten, verlor dieses Thema an Bedeutung. Daher begann Milanović, sich der Einkommensverteilung auf globaler Ebene zu widmen.

Rezepte für eine gerechtere Welt

Ab 1990 arbeitete er in der Forschungsabteilung der Weltbank in Washington und beschäftigte sich mit der Analyse von Armut, Ungleichheit und Haushaltsbefragungen. Seit 1996 lehrt er an Universitäten und Hochschulen, so war er als außerordentlicher Professor an der **Johns Hopkins University** und als **College-Park-Professor** an der Universität von Maryland tätig. Seit 2014 lehrt er am **Graduate Center der City University of New York**.

2011 veröffentlichte Milanović sein Buch „The Haves and the Have-Nots“, in dem er in drei Essays und 26 Kurzge-



Anfangs beschäftigte sich der gebürtige Belgrader Branko Milanović mit Ungleichheit im damals noch „sozialistischen“ Jugoslawien, heute ist es die Ungleichheit auf globaler Ebene.

schichten, sogenannten „Vignettes“, einen Überblick über die globale Ungleichheit gibt. Dabei differenziert Milanović zwischen drei Arten der Ungleichheit: zwischen den Bürgern eines Staates, zwischen verschiedenen Nationen und zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Welt.

Im 21. Jahrhundert angekommen sind die Menschen so reich wie noch nie. Global betrachtet beziehen neun Prozent der Weltbevölkerung rund 50 Prozent des Gesamteinkommens, die ärmsten zehn Prozent hingegen nur 0,7 Prozent. Bildlich gesprochen: Um das zu verdienen, was die Reichsten in einem Jahr erarbeiten, müssten die Ärmsten fast 200 Jahre lang arbeiten.

Globale Ungleichheit reduziert

Auch wenn es uns genau gegenteilig erscheint, die derzeitige Entwicklung betrachtet Milanović als positiv. So konnten Indien, China und Indonesien mit einem großen Aufschwung punkten, viele Arme konnten ihre Situation deutlich verbessern. China verzeichnete in den vergangenen 30 Jahren das rasanteste Wirtschaftswachstum eines Landes in der Geschichte, viele Menschen haben den Sprung in die mittlere Gesellschaftsschicht geschafft. Durch diese Faktoren ist die globale Ungleichheit reduziert worden – 50 Prozent der ehemals Armen sind der Armut entkommen.

Sollte sich dieser Trend die kommenden Jahrzehnte fortsetzen, könnte die globale Ungleichheit substanziell sinken. Allen positiven Prognosen zum Trotz dürfen jedoch Dritte-Welt-Länder

wie Nigeria oder Bangladesch nicht vergessen werden. Denn diese verzeichneten keinen Aufschwung und könnten mit ihrem Bevölkerungswachstum und der gleichzeitigen wirtschaftlichen Stagnation die globale Ungleichheit in die Höhe schießen lassen. Auch wenn man Europa, Lateinamerika und die USA betrachtet, nimmt die Ungleichheit wieder zu: In Europa und den USA stagnieren die Einkommen, und für Osteuropa war die 1990er-Jahre ein Desaster.

Umverteilung und Wachstum

Milanović spricht drei mögliche Lösungsvorschläge an, um die Ungleichheit zu mildern. Einerseits gäbe es die Möglichkeit einer größeren und nachhaltigen Umverteilung von Reich zu Arm. Eine zweite Lösung wäre eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums von armen – vor allem afrikanischen – Staaten. Damit könnte man sowohl die Armut als auch die Ungleichheit in den Griff bekommen. Der dritte – und laut Milanović effektivste – Vorschlag ist die Migration. Eine Grenzöffnung der USA und von Europa würde Millionen von MigrantInnen anziehen, deren Einkommen steigen würden. Gleichzeitig würde dies aber zwei große Probleme mit sich bringen: einerseits einen Zusammenstoß von verschiedenen Kulturen und Religionen, andererseits sinkende Einkommen der BürgerInnen im Ankunftsland.

Bereits während seines Studiums musste Milanović feststellen, dass er mit dieser Thematik auf wenig Gegenliebe stieß. Das Tito-Regime hieß dieses

Forschungsgebiet nicht gut. Schließlich lebte man dort von der Ideologie einer klassenlosen Gesellschaft und wollte von einer Ungleichheit nichts wissen. Auch in den USA musste der Ökonom nach seiner Ankunft erfahren, dass die Erforschung der Einkommensunterschiede ein tabuisiertes Thema war und sich keine Organisationen und Institute finden wollten, die seine Projekte finanziell fördern würden. Projekte, die sich mit Armut beschäftigen, hingegen schon, wie diese Anekdote aus seiner Zeit in einer Washingtoner Ideenfabrik zeigt: „Ich war bei einem Think-Tank in Washington“, erzählte Milanović in einem Interview. „Der Präsident dieses Think-Tanks sagt zu mir: ‚Also, Sie können tun, was immer Sie wollen, aber sagen Sie bloß nicht Ungleichheit. Nehmen Sie dafür das Wort Armut. Denn wir haben viele reiche Leute in unserem Vorstand, und wenn sie das Wort Armut sehen, fühlen sie sich gut, denn sie sind wirklich nette Leute, die sich um die Armen sorgen. Wenn sie das Wort Ungleichheit sehen, regt sie das auf, denn man möchte ihnen Geld wegnehmen.“

Einkommensungleichheit ist ein heikles Thema, denn allein schon der Begriff stellt die Legitimität des eigenen Einkommens infrage.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das Erbe der Ungleichheit

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat die Debatte über Ungleichheit im ökonomischen Mainstream verankert. Seine zentralen Thesen im Überblick.

Martin Schürz
Ökonom in Wien

Manche gesellschaftlichen Veränderungen bemerken Menschen leider erst, wenn es schon zu spät ist. Zumindest auf die ungleiche Verteilung von Vermögen scheint diese Feststellung eindeutig zuzutreffen. Zwar faszinieren oder erschrecken seit längerem Listen zu Milliardären und Millionären. Welche Folgen ihr sagenhafter Reichtum für die Gesellschaft und insbesondere die Demokratie hat, blieb bislang allerdings unbeachtet. Mit seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ gibt der französische Ökonom Thomas Piketty nun allen, die sich um eine gerechtere Gesellschaft bemühen, solide Daten für die Verteilungsdebatte in die Hand.

Piketty beschreibt die Einkommens- und Vermögensverhältnisse seit dem 18. Jahrhundert. Sein historischer Blick erweist sich als sehr aufschlussreich. Denn Piketty zeigt auf, dass die langfristige wirtschaftliche Entwicklung durch zwei Elemente gekennzeichnet ist: massive soziale Ungleichheit und bescheidene Wachstumsraten. Die Aufschwungphase nach dem Zweiten Weltkrieg hingegen stellt nur eine kurze Unterbrechung dieses Trends dar.

Piketys grundlegende These lautet: Verteilung ist das größte Problem der Gesellschaft – oder besser gesagt die Tatsache, dass die Reichen reicher werden. Bislang konnte diese Meinung von den Eliten als neidvolles Ressentiment diffamiert werden. Die akribisch gesammelten empirischen Datensätzen

des Ökonomen vom renommierten Pariser Forschungsinstitut EHESS machen dies nun deutlich schwerer.

Gegen Reichtumsrelativierer

Piketty hält fest, dass es die Reichen sind, die Aktien, Anleihen und Unternehmensbeteiligungen haben. Sie können also stets auf ihr Vermögen zurückgreifen, während der Rest der Bevölkerung bestenfalls die Arbeitskraft zur Verfügung hat. Entsprechend können nur Reiche beträchtliche Vermögenseinkommen erzielen. Zudem bringen die großen Vermögen die höheren Renditen, was wiederum die Ungleichheit erhöht.

Der Franzose beschreibt die Einkommens- und Vermögensverhältnisse seit dem 18. Jahrhundert und beleuchtet, wie stark konzentriert der Reichtum in den Händen von wenigen ist. Besonderes Augenmerk muss seines Erachtens auf das reichste Tausendstel, die vermögende Elite, gelegt werden. Konservative ideologische Zugänge engen das Thema des Reichtums ein oder weiten es ins Nebulöse aus – und relativieren damit zugleich Reichtum. Gerne werden Reiche nur mit Wohlhabenden verglichen. Es ist ein erwünschter Nebeneffekt, dass die Lebenssituation der gesamten unteren Hälfte von dieser Debatte verdeckt wird. Beliebt ist es auch, vom Reichtum der Alten und den fehlenden Chancen der Jungen zu sprechen. Vergessen werden dann die BezieherInnen von Mindesteinkommen unter den Alten sowie die privilegierte Generation der ErbInnen. Problematisch ist auch die Unterscheidung zwischen Ländern, etwa

BUCHTIPP

Thomas Piketty:

**Das Kapital
im 21. Jahrhundert**

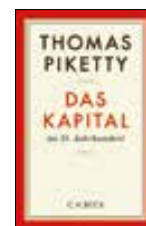
C. H. Beck, 10/2014

912 Seiten, € 30,80

ISBN: 978-3-406-67131-9

Vorbestellung:

www.besserewelt.at



zwischen armem Süden und reichem Norden. Damit wird Armut in den „reichen Ländern“ relativiert. Globale Verteilungsfragen müssen von der Diskussion über Wohlstand in einem Land unterschieden werden.

Entzaubertes Wachstum

Piketys viel zitierte Formel lautet $r > g$, wobei r die Rendite auf Vermögen bezeichnet und g das Wirtschaftswachstum. Historisch war die Rendite auf Vermögen fast immer höher als das Wirtschaftswachstum. Aber auch wenn das BIP wächst, bedeutet das nicht automatisch, dass für alle der Lebensstandard steigt. Zwar mag grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit größer sein, dass bei einem höheren Wirtschaftswachstum auch die Einkommensarmen besser leben können. Zwingend ist es allerdings keineswegs, wie nicht zuletzt die Entwicklung der letzten Jahren belegt: Die Wachstumszuwächse landeten alle bei den Reichen.

Die Anteile der Reichen am gesamten Einkommen und Vermögen in einem Land sind beträchtlich. Man

Unsere Gesellschaft beginnt jener des 19. Jahrhunderts mit völlig verfestigten Sozialstrukturen zu ähneln, warnt der französische Ökonom Thomas Piketty.



würde erwarten, dass sich diese Konzentration in den Händen weniger deutlich verringert hat. Dem ist aber nicht so: Im 18. und 19. Jahrhundert besaßen die Top-10-Prozent ganze 90 Prozent des gesamten Vermögens, die Top-1-Prozent immer noch 60 Prozent. Heute haben die reichsten zehn Prozent „nur“ 60 bis 70 Prozent und das reichste ein Prozent „nur“ 20 bis 30 Prozent. Die untere Hälfte hat weiterhin fast nichts (unter fünf Prozent).

Einkommensungleichheit wird im Kapitalismus ideologisch mit dem Prinzip der Meritokratie begründet: Es soll mehr verdienen, wer mehr leistet. Ungleichheit liefere einen Anreiz, mehr zu leisten. Reichtum ist dann so etwas wie der Jackpot für alle, die sich übermäßig anstrengen und besonders talentiert sind. Doch wie passt die enorme Konzentration von Vermögen in den Händen weniger zu diesem leistungsbezogenen Zugang?

Es wird immer deutlicher, dass das Versprechen der Meritokratie nicht den gesellschaftlichen Realitäten entspricht – und auch nie eingelöst wurde. Sie befeuerte lediglich Hoffnungen, denn wenigstens kurz konnte man glauben, dass die Sieger nicht schon am Start feststehen. Piketty entzaubert eben dieses Versprechen vom gesellschaftlichen Aufstieg der Leistenden. Denn der Weg nach oben ist immer verstellter, die Ungleichheit wird immer eklatanter (siehe auch „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“, S. 14–15). Ja, unsere Gesellschaft beginnt jener des 19. Jahrhunderts mit völlig verfestigten Sozialstrukturen zu ähneln. Entscheidend ist in

einer solchen Welt das geerbte Vermögen und nicht die Leistung.

Erben steht denn auch im Zentrum des Piketty-Buches. Bei den leistungslosen Erbschaften kollabiert die Legitimation der Ungleichheit über Leistung. Im 19. Jahrhundert haben zehn Prozent der Bevölkerung mehr in Form von Erbe und Schenkungen gehabt, als die untere Bevölkerung in ihrem Leben verdiente. Im 20. Jahrhundert hatten Kriege und Steuern die Bedeutung der Erbschaften sinken lassen. Der Anteil der reichen ErbInnen, die allein von ihrer Erbschaft leben konnten, sank auf zwei Prozent. Doch im 21. Jahrhundert dreht sich dies wieder. Die Kohorten der ab 1970 Geborenen können wieder größere Erbschaften erwarten. Geerbt wird das Vermögen des wohlhabenden Teils der Nachkriegsgeneration. Piketty prognostiziert, dass die Gruppe jener Menschen, die nicht arbeiten müssen, weil sie von der Erbschaft leben können, auf zwölf Prozent anwachsen wird. Mit der steigenden Bedeutung von Erbschaften wird auch die Gesellschaft ungleicher.

Sogar bei den statistischen Fragen macht Piketty die Verschränkung von Politik und Interessen der Vermögenden sichtbar. Gute Statistiken zur Verteilung haben ein subversives Potenzial, denn sie machen sichtbar, was Vermögende so gerne unter den Teppich kehren würden: die unbegründete Ungleichheit.

Die Französische Revolution war es, die ein Vermögenssteuerregister ermöglichte und großartige Debatten zum Erbrecht einleitete. Piketty fordert vor diesem Hintergrund, dass die Steuerbehörden alle Informationen bekommen sollten,

die es ihnen ermöglichen, das Nettovermögen der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu berechnen. Diese Forderung entspringt keineswegs dem Wunsch, im Nachkasten zu schnüffeln (siehe auch „Die Perlenkette im Schrebergarten“, S. 28–29). Vielmehr ist sie die Basis für Gerechtigkeitsdebatten.

Globales Problem

Das Problem der Vermögenskonzentration ist ein globales, eine koordinierte Vorgangsweise von den G-20 wäre eine angemessene wirtschaftspolitische Reaktion darauf. Piketty plädiert für eine globale Vermögenssteuer. Er macht klar, dass eine rationale Rechtfertigung des ansteigenden Reichtums nicht zu haben ist. Gerechtfertigt wäre nur jene Ungleichheit, die zum sozialen Nutzen beiträgt. Unbekannt ist, wie viel an Ungleichheit eine Gesellschaft aushält. Der Anstieg ist jedenfalls für die Demokratie bedrohlich, denn es entstehen neue soziale Verkrustungen. Die Gefahr besteht, dass sich eine privilegierte Schicht von Rentiers, Erben und Supermanagern immer weiter vom Rest der Bevölkerung entfernt – wenn wir nicht schon mitten in dieser Entwicklung sind.

Internet:

Beitrag von Thomas Piketty im A&W-Blog „Warum eine globale Vermögenssteuer hilft, die Ungleichheit zu verringern“:

tinyurl.com/ljwg7bx

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion
aw@oegb.at

Viele Beschäftigte, wenig Einkommen

Obwohl noch nie in der Zweiten Republik so viele Menschen einen Job hatten wie heute, nimmt die Schieflage bei den Einkommen deutlich zu.

Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis
WIFO

Erwerbseinkommen bilden für den Großteil der Menschen die Grundlage ihres wirtschaftlichen Lebens: In Österreich hatten 2013 73,5 Prozent der Männer und 63,1 Prozent der Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren eine sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigung. Von diesen 3,9 Millionen Menschen sind 3,5 Millionen unselbstständig beschäftigt, die restlichen üben eine selbstständige Tätigkeit aus. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der unselbstständig und selbstständig Erwerbstätigen sogar noch um knapp 360.000 erhöht, und zwar trotz Finanzkrise.

Ungleiches Wachstum

Noch nie in der Zweiten Republik waren so viele Menschen unselbstständig beschäftigt wie heute. Dennoch entwickelt sich die Summe der Arbeitseinkommen¹ deutlich schwächer als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen: Während erstere zwischen 2000 und 2010 durchschnittlich um 2,9 Prozent pro Jahr zunahm, erhöhten sich Letztere im selben Zeitraum um durchschnittlich 4,5

Prozent pro Jahr – und das, obwohl der Einbruch der Gewinne und Vermögenserträge im Krisenjahr bei fast 16 Prozent lag². Umgelegt auf die Zahl der unselbstständig Beschäftigten wuchsen die ArbeitnehmerInnenentgelte brutto um 2,3 Prozent pro Jahr, das entspricht einer realen jährlichen Zunahme von 0,6 Prozent. Aufgrund der Lohnsteuer- bzw. der Sozialversicherungsstatistik ist die Zahl der Beschäftigten statistisch dokumentiert und damit sowohl die Pro-Kopf-Einkommensentwicklung als auch die Verteilung der Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit bekannt. Bei der Anzahl der Unternehmens- und Vermögenseinkommensbeziehenden, aber vor allem bei der Verteilung dieser Einkommen tappen wir im statistischen Dunkeln. Grund dafür ist die Form der Besteuerung, die über das Unternehmen abgewickelt wird. Die Steuerstatistik gibt somit keine Auskunft darüber, an welche Personen die ausgeschütteten Gewinne fließen bzw. wie hoch die Nicht-Lohn-Einkommen jener Personen insgesamt sind, die solche Zuflüsse haben³. Diese Lücke lässt sich über einen Umweg schließen: Die Europäische Zentralbank erhebt Finanzen und Konsum der privaten Haushalte (Household Finance and Consumption Survey, HFCS). Hier werden von den privaten Haushalten neben der Verschuldung alle Sach- und Finanzvermögensbestände erhoben, sodass laufende Einkommen aus diesen Beständen ermittelt werden können und real existierenden Haushalten zurechenbar sind.

International ist in den vergangenen Jahrzehnten eine steigende Erwerbs-Einkommensungleichheit vorhanden⁴, die

¹ Beschäftigtenzahl mal Bruttoverdienste.

² Sozialbericht 2011–2012.

³ Guger, A./Mayrhuber, Ch./Scheiblecker, M.: Möglichkeiten zur Ermittlung und Systematisierung der Nicht-Lohn-Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung in Österreich, WIFO-Monografie, Juni 2014, tinyurl.com/poh2pjq

⁴ Siehe etwa OECD, *Divided We Stand – Why Inequality Keeps Rising*, Paris 2011.

⁵ Mayrhuber, Ch./Leoni, Th./Marterbauer, M.: *Entwicklung und Verteilung der Einkommen: Grundlagen zum Sozialbericht 2010*, WIFO-Monografie, tinyurl.com/ofcqhqt

BUCHTIPP

Barbara Lavaud, Barbara Marx, Eva Scherz:
Wir verdienen mehr!
ÖGB Verlag, 2013
156 Seiten, € 24,90
ISBN: 978-3-7035-1507-1



Alois Guger et al.:
Umverteilung im Wohlfahrtsstaat
Sozialpolitische Studienreihe
324 Seiten, € 25,00
ISBN: 978-3-7035-1639-9



Bestellung:
www.besserewelt.at

sich in den Einkommensdaten der Lohnsteuerstatistik auch für Österreich bestätigt. Dieser Trend ist einerseits durch die Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung und der destandardisierten Beschäftigungsverhältnisse wie Teilzeitjobs oder geringfügige Beschäftigung getrieben. Andererseits ist er vom stärkeren Wachstum der Hochlöhne verursacht: Die 20 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen hatten deutliche Einkommenszuwächse, während die Einkommen der (unteren) Hälfte der Lohnsteuerpflichtigen Einkommensrückgänge verzeichneten. Arbeitsplätze geschaffen wurden meist in eher gering bezahlten Dienstleistungsbereichen, wo noch dazu der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch und die Bezahlung unterdurchschnittlich ist.

Die Verteilungsschieflage bei Selbstständigen, soweit sie überhaupt in der



Am gerechtesten sind Einkommen bei vollzeitbeschäftigten Männern verteilt.

Einkommensteuerstatistik erfasst sind, ist noch größer als bei den Unselbstständigen⁶: Die Verteilungsschiefelage ist hier zwischen Gewerbetreibenden und freien Berufen und hier jeweils wieder zwischen Frauen und Männern besonders groß.

Verteilungsschiefelage

Anhand eines wichtigen Maßes für Verteilungen lassen sich die Schiefagen der genannten Einkommen und Vermögen nachvollziehen: Der Gini-Koeffizient hat einen Wert zwischen 0 und 1, wobei null absolute Gleichverteilung bedeutet, während beim Wert 1 eine Person/ein Haushalt alles besitzt. Bei den Bruttoerwerbseinkommen weisen vollzeitbeschäftigte Männer die egalitärste Verteilung auf, dort beträgt er 0,33⁶. Zum Vergleich: Bei allen aktiv Beschäftigten beträgt er 0,45. Am größten ist die Verteilungsschiefelage bei den freiberuflich Tätigen, dort beträgt der Koeffizient 0,55. Die finanzielle Lebensgrundlage bilden neben dem Erwerbseinkommen auch staatliche Leistungen (Familienleistungen, Arbeitslosigkeitsleistungen etc.). Die verfügbaren Haushaltseinkommen (Erwerbs- und Kapitaleinkommen zuzüglich Transfers abzüglich Steuern und Abgaben) sind bei den Haushalten unselbstständig Erwerbstätiger gleichmäßiger verteilt als bei Selbstständigen. Dennoch erwirtschafteten 20 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten verfügbaren Pro-Kopf-Haushalts-

einkommen nach 2008 einen zunehmend niedrigeren Anteil am Gesamteinkommen, während das Gegenteil auf die 20 Prozent der Haushalte mit den höchsten verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen zutrifft. Insbesondere das Erwerbseinkommen ist im unteren Einkommensbereich deutlich zurückgegangen, wodurch die Haushalte in einem größeren Ausmaß auf Transfers (insbesondere Arbeitslosenleistungen) angewiesen sind. Bei den mittleren Haushaltseinkommen haben sich die Einkommensanteile seit 2007 hingegen relativ konstant entwickelt. Am größten ist die Ungleichverteilung bei den Vermögensbeständen: Die erwähnte HFCS-Statistik zeigt, dass zehn Prozent der Privathaushalte in Österreich über ein Nettovermögen von weniger als 1.000 Euro verfügen, während die reichsten zehn Prozent der Haushalte ein Nettovermögen von 542.000 Euro besitzen.

Neuaustrichtung der Politik

Der vorhandene Trend zu steigenden Verteilungsschiefagen, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen und damit sozialen Chancengleichheit breiter Bevölkerungsschichten einhergeht, muss durch eine Neuaustrichtung der Politik gebremst werden. Wichtige Ansatzpunkte hierfür sind:

» Eine Ausweitung des lohnpolitischen Verhandlungsspielraums, d. h. eine stärkere Ausrichtung der Lohnsteigerungen am Produktivitätswachstum und am Anstieg der Verbraucherpreise. Dies

wurde im Schnitt der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht erreicht.

» Von den Sozialversicherungsbeiträgen und der Einkommensteuer geht eine im internationalen Vergleich hohe Belastung für BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen aus, die es zu reduzieren gilt.

» Erhöhung der Progressivität des Steuersystems: LeistungsträgerInnen leisten Beiträge im Sinne ihrer Leistungsfähigkeit. Bei der Lohn- und Einkommensteuer ist dieses Prinzip verwirklicht, nicht aber bei den Nicht-Erwerbseinkommen. Nicht die Besteuerung an der Quelle, sondern eine Besteuerung der Personen, die Erträge aus Vermögen bekommen, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

» Vermögensübertragungen verändern ebenfalls die ökonomische Leistungsfähigkeit der betroffenen Personen und sind damit ebenfalls bei der Behebung der Verteilungsschiefelage in Österreich einzubeziehen.

Internet:

Sozialbericht 2011–2012:
tinyurl.com/k2hujd5

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorinnen
Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at
Silvia.Rocha-Akis@wifo.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁶ Sozialbericht 2011–2012.

⁷ OECD, 2014, Taxing Wages, tinyurl.com/pjpm8a

Die Vermögensschiefelage belastet vor allem die ArbeitnehmerInnen

Wichtigste Ursachen für Ungleichheit sind Erbschaften und Schenkungen

Christa Schlager und Miriam Rehm

Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK Wien

Über die Verteilung von Vermögen war in Österreich lange Zeit sehr wenig bekannt. Da keine Vermögenssteuer erhoben wird und es auch keine anderen Aufzeichnungen gibt, tappten die ForscherInnen lange Zeit im Dunkeln, wie es um den privaten Reichtum in Österreich bestellt ist. Bis die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) begann, im Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB) Vermögensdaten privater Haushalte in groß angelegten Studien zu erheben. Anlass dafür war, dass die EZB herausgefunden hatte, dass hohe Schulden-, aber auch hohe Vermögensbestände die Stabilität der Finanzmärkte beeinträchtigen können. Aber auch die Bevölkerung und die Wissenschaft sind interessiert daran, wie ungleich der Reichtum in diesem Land verteilt ist – und welche Konsequenzen dies hat. Inzwischen gibt es erste tiefer gehende Studien von der Universität Linz und der Wirtschaftsuniversität Wien auf Basis der erhobenen Daten der Zentralbank. Die Forschungsergebnisse belegen die extrem ungleiche Verteilung von Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkommen. Schon die Erstauswertung der OeNB zeigte eine sehr starke Ungleichverteilung der Vermögen privater Haushalte in Österreich. Dabei unterschätzte diese Studie auch nach eigenem Dafürhalten die tatsächliche Schiefelage, da besonders vermögende Haushalte bei der Erhebung unterrepräsentiert waren. Ein Forschungsteam der Universität Linz errechnete daher im Auftrag der Arbeiter-

kammern Wien und Oberösterreich diese fehlenden Vermögen an der Spitze.

Da die Reichsten in den bisher bekannten Daten untererfasst wurden, wirkt sich die Korrektur der Uni Linz vor allem auf das oberste Prozent der Reichen aus. Das Vermögen dieser kleinen Gruppe verdoppelt sich auf fast 470 Milliarden Euro. Ein Prozent der österreichischen Haushalte besitzt somit über ein Drittel (38 Prozent) des gesamten Privatvermögens. Die reichsten zehn Prozent nennen insgesamt über zwei Drittel (69 Prozent) des gesamten Haushaltsvermögens ihr Eigen. Den restlichen 90 Prozent der Haushalte bleibt somit knapp ein Drittel (31 Prozent) des Vermögens. Das Netto-Gesamtvermögen (also das Vermögen abzüglich Schulden) aller österreichischen Haushalte beträgt 1,25 Billionen Euro. Damit ist es rund 4-mal so hoch wie die jährliche Wirtschaftsleistung (BIP) Österreichs.

Ein Prozent hat mehr als alle anderen

Diese Ergebnisse werden noch drastischer, wenn man sich das durchschnittliche Nettovermögen der Haushalte ansieht. Die Hälfte der österreichischen Haushalte verfügt über weniger als 74.000 Euro Nettovermögen, für drei Viertel der Bevölkerung liegt diese Grenze bei etwa 247.000 Euro. Während ein Großteil der österreichischen Haushalte somit über Vermögen in Form von beispielsweise einem Eigenheim, einem Auto und einigen Ersparnissen nicht hinauskommt, nimmt das Vermögen am oberen Ende der Verteilung sehr rasch zu. Millionärshaushalte finden sich erst unter

BUCHTIPP

Joseph Stiglitz:

Der Preis der Ungleichheit

Siedler, 2012

512 Seiten, € 25,70

ISBN: 978-3-8275-0019-9

Bestellung:

www.besserewelt.at



den obersten fünf Prozent. Mit einem durchschnittlichen Nettovermögen von 12,7 Millionen Euro ist das reichste Prozent enorm vermögend. Ein Prozent der österreichischen Haushalte verfügt damit in Summe über deutlich mehr Reichtum als die unteren 90 Prozent der Haushalte zusammen.

Reiche Haushalte erben mehr

Große Bedeutung für die ungleiche Verteilung von Vermögen haben Erbschaften und Schenkungen. In den meisten Fällen können sehr große Vermögen erst durch Vererbung über Generationen hinweg aufgebaut werden – die Geburtslotterie bestimmt, wer sehr reich wird. Die Daten der vorliegenden Studien zeigen, dass Erbschaften in Österreich noch ungleicher verteilt sind als das Gesamtvermögen.

Rund 35 Prozent aller österreichischen Haushalte haben bereits mindestens einmal geerbt. Bei vermögenden Haushalten traten Erbschaften noch dazu deutlich öfter auf. Von den reichsten zehn Prozent erhielten über zwei Drittel (72 Prozent) Erbschaften. Bei den vermögensärmsten 40 Prozent der



Da keine Vermögenssteuer erhoben wird und es auch keine anderen Aufzeichnungen gibt, tappeten die ForscherInnen lange Zeit im Dunkeln, wie es um den privaten Reichtum in Österreich bestellt ist.

Haushalte erbt hingegen nur etwa jeder Zehnte. Reiche Haushalte erben nicht nur öfter, sondern auch mehr. Gerechnet zum Gegenwartswert (also inflationsbereinigt) erhielten die vermögendsten zehn Prozent der Haushalte im Durchschnitt etwa 310.000 Euro. Für die vermögensärmsten 40 Prozent betrug das Erbe hingegen nur etwa 14.000 Euro.

Die 35 Prozent jener Haushalte, die eine Erbschaft erhielten, verfügen über mehr als 62 Prozent des gesamten Nettovermögens. Allein die Erbschaften summieren sich auf ein knappes Drittel des Gesamtvermögens. Dabei wird die Höhe der Erbschaften mit Sicherheit unterschätzt, da Angaben zu Erbschaften von den vermögendsten Haushalten öfter verweigert wurden bzw. ganz fehlen.

Zunahme erwartet

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien berechnete, dass die Anzahl und Höhe der Erbschaften aufgrund der demografischen Struktur Österreichs in den kommenden Jahren noch deutlich zunehmen werden. Die Wissenschaftler rechnen daher mit einem Anstieg des übertragenen Vermögens von 9,5 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf über 14 Milliarden Euro jährlich bis 2020. Durch diesen Anstieg der Erbschaften wird die Verteilung der Vermögen in den kommenden Jahren noch ungleicher werden.

Dies hat enorme gesellschaftliche Konsequenzen. Viele Studien zeigen schon jetzt, dass es nicht egal ist, welcher Eltern Kind man ist. Die Bildung vom Elternhaus, die Wohngegend, die Schul-

wahl und nicht zuletzt die finanziellen Mittel der Familie spielen eine enorme Rolle für die individuellen Lebenschancen eines Kindes (siehe auch „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“, S. 14-15). Wenn sich die bestehende Schieflage noch weiter zuspitzt, nimmt die Durchlässigkeit in der Gesellschaft weiter ab. Die Reichen bleiben reich und die Armen arm. Dies war und ist in Adelsgesellschaften so, widerspricht aber den Vorstellungen einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft. Hier sollten alle Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht die Möglichkeit bekommen können, in der Gesellschaft aufzusteigen und Erfolg zu haben. Um dies zu gewährleisten, heißt es, von den vermögenden Haushalten zu denen mit wenig Vermögen umzuverteilen.

Die Forschungsergebnisse zur Vermögensverteilung in Österreich zeigen eindrucksvoll, dass die Schieflage beim Reichtum enorm ist. Die ungleiche Steuerbelastung von Einkommen aus Arbeit gegenüber Kapitaleinkommen verstärkt diese Schieflage zusätzlich. So ist weithin bekannt, dass Österreich bei der Besteuerung von Vermögen international zu den Schlusslichtern gehört, bei der Besteuerung von Arbeit hingegen zu den Spitzenreitern. Eine notwendige Entlastung der ArbeitnehmerInnen kann nur mit höheren vermögensbezogenen Steuern gegenfinanziert werden. Denn die Spielräume im Budget sind begrenzt. Notwendige Strukturreformen können nicht ad hoc erfolgreich umgesetzt werden. Zudem werden zusätzliche Mittel im Bildungswesen und zur Pflege älterer Menschen gebraucht.

Mithilfe der jetzt vorliegenden Vermögensdaten können die Aufkommen aus unterschiedlichen Vermögenssteuermodellen berechnet werden. Die Universität Linz berechnete verschiedene Steuertarife und kam mit großzügigen Freibeträgen auf ein potenzielles Aufkommen zwischen zwei und fünf Milliarden Euro pro Jahr. Zusätzlich könnte eine Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuern laut Berechnungen einer Studie der WU Wien rund 550 Millionen Euro jährlich einbringen. Durch eine sinnvolle Ausgestaltung dieser Steuern mit großzügigen Freibeträgen wäre die breite Mehrheit der österreichischen Haushalte gemäß diesen Studien von diesen Steuern auch gar nicht betroffen.

Dies zeigt, dass eine Erhöhung vermögensbezogener Steuern finanzielle Mittel für die dringend notwendige steuerliche Entlastung für ArbeitnehmerInnen liefern kann. Damit wäre nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig ein wichtiger Schritt für eine offene und soziale Gesellschaft gesetzt.

Internet:

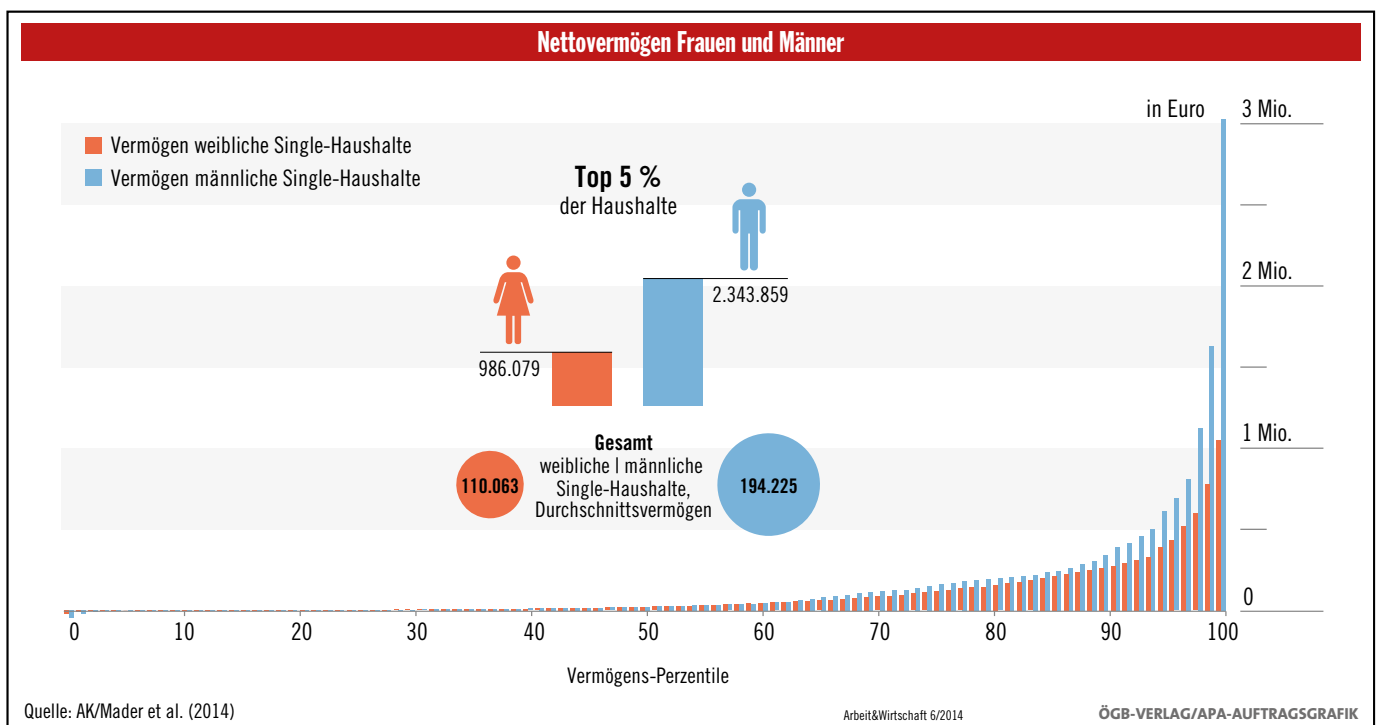
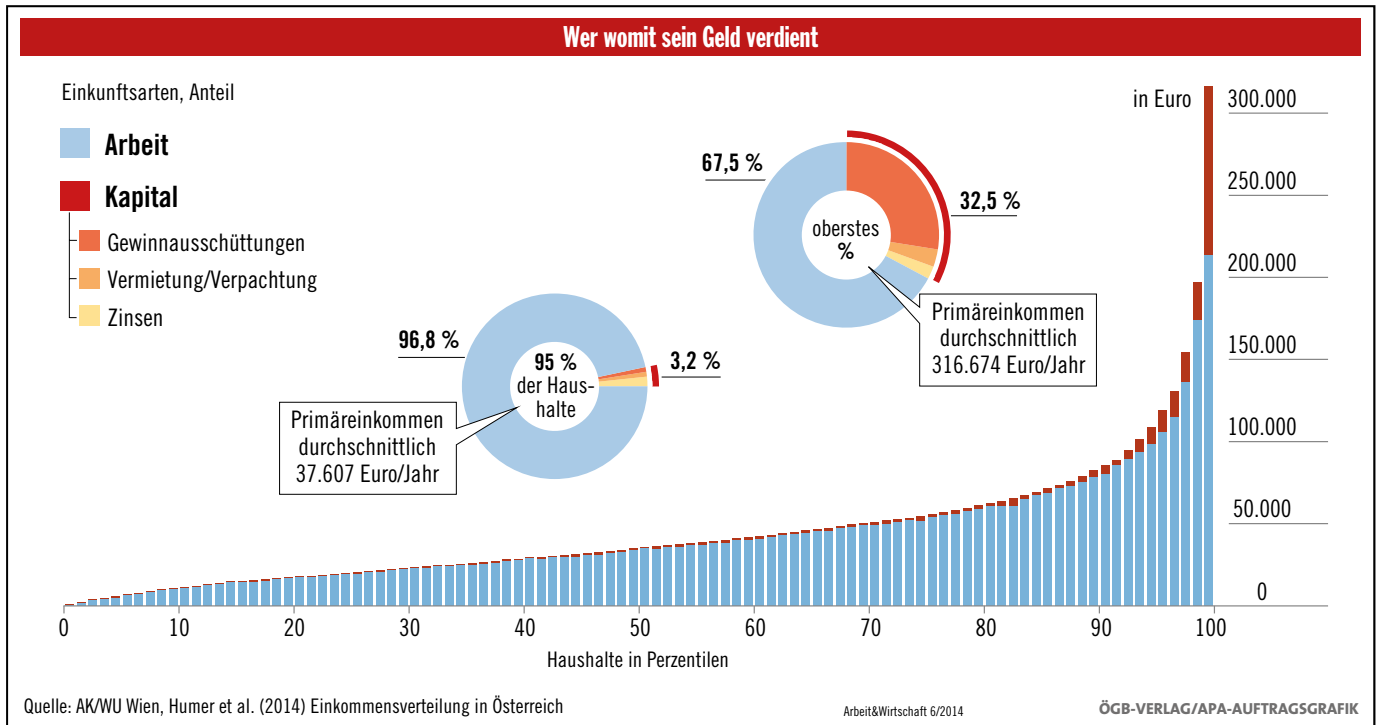
Die Broschüre „Top-Vermögen und Einkommen in Österreich“ ist erhältlich unter:

tinyurl.com/qjhzwd

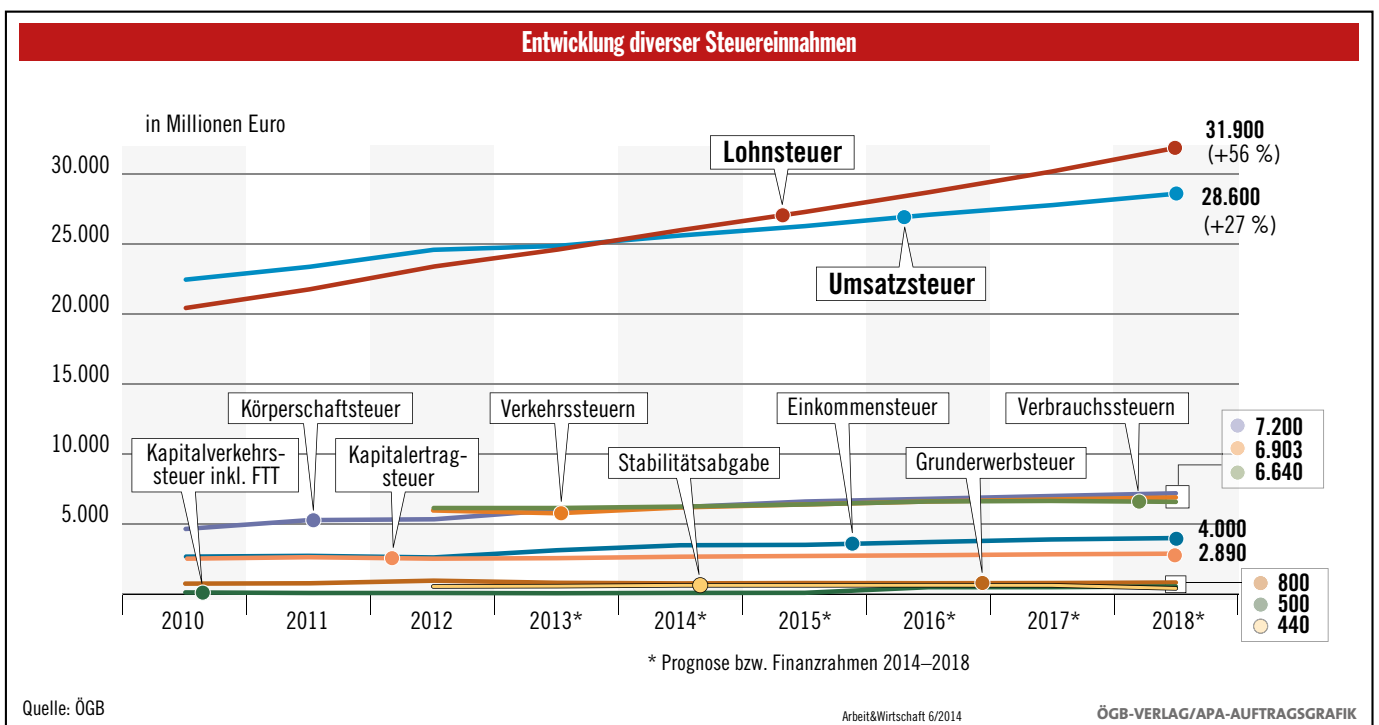
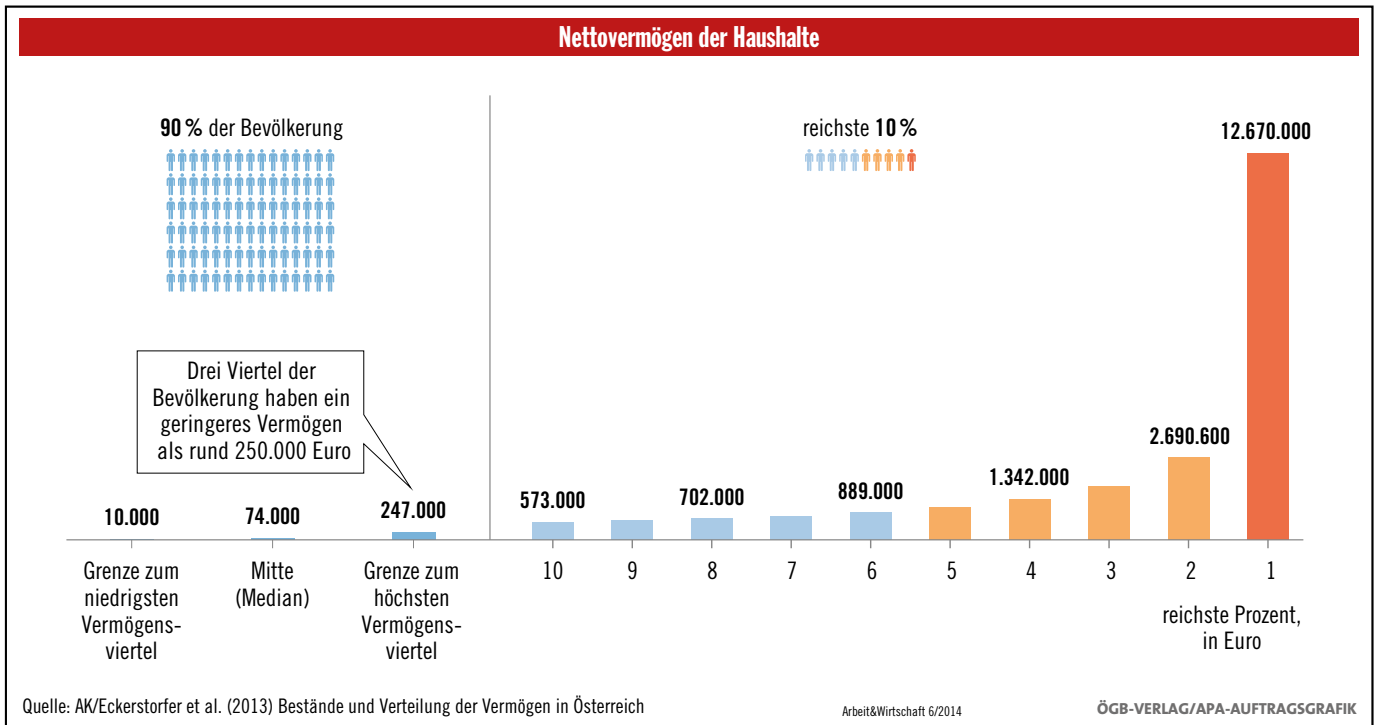
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorinnen
christa.schlager@akwien.at
miriam.rehm@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

*Einkommen und vor allem Vermögen sind in Österreich sehr ungleich verteilt.
Brandaktuelle Studien bestätigen das aufs Neue.*



Die Verteilung der Privatvermögen, von Einkommen aus Vermögen und von Vermögen zwischen Frauen und Männern ist sehr ungleich. Zugleich treffen Steuern immer mehr die „kleinen Leute“. Höchste Zeit, die Lohnsteuern runter zu bringen!



Migration als Widerstand

Neokoloniale Praktiken zwingen Millionen Menschen im globalen Süden zur Migration. Nun kämpfen die Länder des Nordens mit den Folgen ihres Handelns.

Irene Steindl
Freie Journalistin

Von Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, sind es elf Flugstunden bis nach Amsterdam. Für Emmanuel Mbolela hat die Reise in seine neue Heimat in Europa sechs Jahre gedauert. Dabei war Europa nicht sein ursprüngliches Ziel. Überhaupt wollte er seine Heimat nicht verlassen, seine Familie und Freundinnen und Freunde nicht zurücklassen, um auf seiner Flucht das Erleben zu müssen, was ihn sein Leben lang prägen wird. Doch Emmanuel hatte keine Wahl. Er musste 2002 aus seinem Land flüchten, weil er mit friedlichen Mitteln für eine demokratische und gerechte Gesellschaft gekämpft hat. Das Exil war der einzige Ausweg, sein Leben zu retten. In seinem Buch „Mein Weg vom Kongo nach Europa“ erzählt der ehemalige Flüchtling, was es bedeutet, sein Leben zu riskieren, um sich in Sicherheit zu bringen. Er spart dabei nicht mit Kritik an der Europäischen Union und an den westlichen Industriestaaten, die sich immer stärker gegen die mitverursachte Migration abschotten – mit fatalen Folgen.

Zerstörung der Länder

Mehr als 51 Millionen Menschen waren Ende 2013 laut dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit auf der Flucht. Das waren sechs Millionen Menschen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Die größte Mobilitätsrate weltweit gibt es in Afrika. Die extreme globale Un-

gleichverteilung materieller und sozialer Ressourcen hat Menschen in Bewegung gesetzt, die selbst die Todesgefahr nicht scheuen, um in Europa Arbeit und Einkommen zu finden. „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ ist zum Slogan einer neuen Migrationsbewegung geworden. Er macht deutlich, dass es die durch Industriestaaten dominierte Weltwirtschaft und die Ausbeutung von Bodenschätzen und Ressourcen sind, welche die instabile und kritische Situation vieler Länder bedingen. Viele Menschen aus dem globalen Süden sehen sich angesichts ihrer Lebensumstände gezwungen, zu migrieren. „Afrika wurde von multinationalen Konzernen und internationalen Finanzinstitutionen arm gemacht. Diktaturen werden von den westlichen Ländern unterstützt, bewaffnete Konflikte entfacht, um natürliche Ressourcen zu plündern, und Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen“, kritisiert Emmanuel Mbolela.

Seine Heimat, die Demokratische Republik Kongo, gehört zu den ärmsten und gefährlichsten Ländern der Welt. Seit Jahren herrscht Bürgerkrieg – stellvertretend für den Kampf um Rohstoffe. Dabei könnten gerade diese das Land zu einem der reichsten Länder Afrikas machen. Neben Gold, Öl, Diamanten oder Kupfer werden 80 Prozent der weltweiten Coltan-Vorkommen im Land vermutet – ein wesentlicher Bestandteil für Mobiltelefone. Bereits 2001 haben die Vereinten Nationen in einem Bericht festgehalten, dass Dutzende westliche Unternehmen von den systematischen Rohstoff-Plünderungen in der Demokratischen Republik Kongo profitieren und die Massaker an der Bevölkerung

BUCHTIPP

Emmanuel Mbolela:
Mein Weg vom Kongo nach Europa
Zwischen Widerstand, Flucht und Exil
Verlag Mandelbaum, 2013
192 Seiten, € 19,90
ISBN: 978-3-85476-441-0



Bestellung:
www.besserewelt.at

mit verantwortlich. Die chaotische Situation im Kongo ist vergleichbar mit jener zahlreicher anderer afrikanischer Staaten. Ein Großteil der für die Industriestaaten wichtigen Rohstoffe befindet sich auf den afrikanischen und asiatischen Kontinenten.

Vom Abbau der Bodenschätze profitieren vor allem westliche Konzerne und Investoren. Bevölkerungsteile, meist aus dem ländlichen Raum, werden vertrieben oder umgesiedelt und verlieren dadurch ihre Lebensgrundlage. Seit der weltweiten Finanzkrise hat auch das „Land Grabbing“, also der Ausverkauf fruchtbarer Böden, explosionsartig zugenommen, berichtet Dieter Behr vom Netzwerk „Afrique-Europe-Interact“. Das gekaufte oder gepachtete Land wird meist günstig erworben und für exportorientierte industrielle Landwirtschaft oder für Pflanzen zur Produktion von Agrotreibstoffen genutzt. Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und ViehzüchterInnen verlieren dadurch den Zugang zu Land und Wasser, sprich ihre Existenzgrundlage. Seit



Je mehr der globale Süden von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt wird, desto stärker wächst der Druck auf die dort lebenden Menschen, ihre Heimat zu verlassen.

der Krise werden die Ackerflächen als neue Anlageformen und für Spekulationen genutzt. Die Finanzkrise habe eine gewaltige neokoloniale Enteignungswelle von Land, vor allem in Afrika, in Gang gesetzt, berichtet Dieter Behr.

Wohlstand durch Ausbeutung

Das Wirtschaftssystem hat der Bevölkerung des globalen Nordens materiellen Wohlstand gebracht. Dieser beruht allerdings zu einem bedeutenden Teil auf der Ausbeutung von Ressourcen des globalen Südens und der Zerstörung von Landwirtschaft und Umwelt. Je mehr die Länder des globalen Südens von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt werden, desto stärker wächst der Druck, die Heimat zu verlassen. „Notwehr“ nennt der Schweizer Globalisierungskritiker Jean Ziegler das Handeln von Emmanuel Mbolela und vielen Tausenden Menschen aus Zentralafrika und anderen Weltgegenden, die mittels Flucht in die Festung Europa ihr Leben zu retten versuchen – sei es aufgrund von Krieg, politischer Verfolgung, Armut oder Hunger.

Die Europäische Union bzw. ihre Mitgliedsstaaten reagieren auf die wachsende Migration aus dem globalen Süden mit Abschottung und der Verschärfung ihrer Grenzschutzpolitik. „Die EU bezahlt die Länder des **Maghreb**, damit sie den Wachhund für Europa spielen“, kritisiert Emmanuel Mbolela. Denn um die „illegale“ Einreise schon vor den Außengrenzen der EU zu verhindern, finanziert die EU zahlreiche Flüchtlingslager in Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, in der Türkei oder der Ukraine. Vier Jahre

hat Emmanuel in einem der Lager in Marokko verbracht. Er hat miterlebt, wie Flüchtlinge, mit oder ohne Asylbescheid, in die Wüste abgeschoben wurden, wie Frauen vergewaltigt und Flüchtlinge aufgrund von Fremdenhass ermordet wurden. „Indem die EU Marokko Geld dafür gibt, die Grenzen zuzumachen und dicht zu halten, nimmt sie das Massensterben auf dem Mittelmeer und in der Wüste in Kauf. Die unmenschliche Behandlung in den Durchgangslagern ist eine Folge der EU-Grenzpolitik“, kritisiert Mbolela, der selbst nur durch Zufall dem Tod auf dem Meer entkommen ist.

Zeitalter der irregulären Migration

Die Grenzen der EU werden immer undurchlässiger, die Wege dorthin immer länger, teurer und gefährlicher. Doch die Abschottungspolitik führt nicht dazu, dass weniger Menschen nach Europa einwandern, sondern nur, dass sie dies vermehrt auf irregulärem Weg tun. Eines machen die steigenden Flüchtlingsströme klar: Migration lässt sich nicht regulieren. Keine noch so gefährliche Überfahrt, kein noch so hoher Stacheldrahtzaun wird Menschen davon abhalten, nach einem besseren Leben zu streben. Dieter Behr sieht darin einen Akt der Emanzipation und des Widerstands: „Migration, verstanden als soziale Bewegung, trägt immer auch das Moment der (Wieder-)Aneignung materieller und immaterieller Ressourcen in sich. Die weltweit dominierenden ‚ökonomischen‘ Migrantinnen und Migranten wandern gegen das Ausbeutungsgefälle in die Akkumulationszentren und fordern, oftmals ohne jegliche politische Artikula-

tion, ihr Recht auf Einkommen und selbstbestimmtes Leben.“

2008 ist es Emmanuel Mbolela gelungen, über das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR politisches Asyl in Holland zu bekommen. Doch auch mit Papieren, einem fast abgeschlossenen Studium der Wirtschaftswissenschaften und europäischem Boden unter den Füßen ist das Leben als Migrant nicht einfach. Diskriminierungen und Vorurteile, kaum Aussicht auf Arbeit oder entsprechende Entlohnung gehören auch in Europa zum migrantischen Alltag. Emmanuel's Kampf für ein Recht auf Bewegungsfreiheit und auf ein menschenwürdiges Leben geht weiter. Mit seinem Buch möchte er Stimmlosen eine Stimme geben, wie er sagt. Es ist ein Aufschrei, um auf die Missstände der Migrationspolitik aufmerksam zu machen und dagegen Widerstand zu leisten. „Ungleichheit ist kein Naturzustand“, wie Jean-Jacques Rousseau bereits im Jahr 1754 schrieb, „sondern ein gesellschaftlich produziertes und reproduziertes Phänomen, deren Legitimität stets umkämpft bleibt.“ Emmanuel ist beispielhaft für diesen Kampf.

Internet:

Netzwerk aus Aktivistinnen und Aktivisten aus Westafrika und Europa
www.afrique-europe-interact.net

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
steindlirene@gmail.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Perlenkette im Schrebergarten

In der hitzigen Diskussion rund um gerechte Verteilung haben sich unzählige Mythen gebildet. Eine Auswahl haben wir einem Realitätscheck unterzogen.

Harald Kolerus

Freier Wirtschaftsjournalist

Umverteilung in Österreich? Nicht notwendig, meinen viele VertreterInnen der Industrie sowie konservative SpitzenpolitikerInnen. Gezielt geschürte Mythen nähren Befürchtungen der BürgerInnen: Wird mir das mühsam Ersparte wieder aus der Tasche gezogen? Aber wie das so ist mit Mythen: Es herrscht mehr Schein als Sein.

Armes Österreich?

Schein: Österreich sei eigentlich gar nicht so reich, wie es den Anschein hat, behaupten UmverteilungsgegnerInnen gerne. Durch neue Steuern oder andere Abgaben sei daher nicht viel zu holen, das man in das Bildungssystem oder bessere Transferleistungen investieren könnte. In ihrem Positionspapier „Wohlstand, Armut & Umverteilung in Österreich“ schreibt die Industriellenvereinigung (IV): „Österreichs Privathaushalte weisen zwar einerseits nach Luxemburg das zweithöchste verfügbare Haushaltseinkommen der EU und das dritthöchste der Welt auf, aber andererseits eines der niedrigsten Bruttogeldvermögen der westlichen Welt.“ Jede Art von Vermögenssteuer sei demnach abzulehnen, weil sie dem ohnehin geringen Vermögensaufbau schade.

Sein: Reichtum besteht nicht allein aus Geldvermögen. Vielmehr muss man das

gesamte Bruttovermögen inklusive Immobilien, Fahrzeuge, andere Wertgegenstände, Unternehmensbeteiligungen und so weiter in die Betrachtung miteinbeziehen. Hier zeigt sich ein völlig anderes Bild: Die privaten Haushalte in Österreich verfügen über 1.063 Milliarden Euro. Sie sind somit wirklich nicht arm, immerhin ist dieses Vermögen dreieinhalbmal so hoch wie das österreichische BIP und fünfmal höher als die heimische Staatsverschuldung.¹ Es ist somit ein erhebliches Vermögen vorhanden, das noch dazu sehr ungleich verteilt ist: Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als zwei Drittel des gesamten Haushaltsvermögens, die restlichen 90 Prozent hingegen müssen sich mit einem Drittel begnügen (siehe „Die Vermögensschiefelage belastet vor allem die ArbeitnehmerInnen“, S. 22–23.)

Umverteilung ist leistungsfeindlich

Schein: In Österreich wird bereits genug umverteilt, und zwar über das progressive Steuersystem, lautet ein weiterer Mythos. (In Österreich betragen die Grenzsteuersätze 36,5 Prozent für Einkommen zwischen 11.000 und 25.000 Euro jährlich; 43,2 Prozent für Einkommen zwischen 25.000 und 60.000 Euro und darüber 50 Prozent.) Laut IV bezahle das oberste Prozent der EinkommensbezieherInnen im Durchschnitt fast 74.000 Euro jährlich an Einkommensteuer, die obersten zehn Prozent durchschnittlich 21.900 Euro pro Jahr. Die untersten 40 Prozent der EinkommensbezieherInnen hingegen würden keine Einkommensteuer bezahlen. Daraus leitet die IV nicht nur ab, dass sich

BUCHTIPP

BEIGEWUM (Hrsg.)
Mythen des Sparens
 Verlag VSA, 2013
 144 Seiten, € 12,20
 ISBN: 978-3-89965-555-1



Bestellung:
www.besserewelt.at

Leistung nicht auszahle, sondern auch, dass Umverteilung geradezu leistungsfeindlich sei.

Sein: Auch diese Betrachtung ist verkürzt, denn sie reduziert Umverteilung auf die Einkommen- bzw. Lohnsteuer. Es gibt allerdings viele weitere Belastungen, die von weitaus mehr Menschen in Österreich getragen werden als nur den obersten zehn Prozent der Einkommensbezieherinnen und -bezieher. Allein die Umsatzsteuer muss von allen Konsumentinnen und Konsumenten geleistet werden, ob arm oder reich. Dazu kommen die Sozialabgaben: Da Einkommen bereits ab 395,31 Euro monatlich voll kranken- und pensionsversicherungspflichtig sind, steigen ab diesem Betrag die Belastungen sprunghaft an. Denn schon ab dieser Summe müssen rund 40 Prozent an Sozialabgaben bezahlt werden.

Für die Beschäftigten ist also entscheidend, wie hoch die Gesamtbelastung ausfällt und damit, wie viel ihnen nach Abzug von Steuern und Abgaben tatsächlich übrig bleibt. Allein bei den Geldvermögen zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass das Argument vom „Hochsteuerland Österreich“ in Wahrheit ebenfalls nur ein Mythos ist.

¹ Die Zahlen stammen aus der Erhebung „Household Finance and Consumption Survey“, die 2010 in allen europäischen Staaten durchgeführt worden ist. Quelle: EZB, OeNB.



FinanzbeamtlInnen würden ihre Nase bis in den Schlafzimmerschrank stecken, malen die GegnerInnen der Vermögenssteuer als Horrorszenario an die Wand.

In Zahlen: In Österreich liegt das Medianeinkommen bei 33.000 Euro *brutto pro Jahr* (das sind ca. 2.350 Euro monatlich, inklusive 13. und 14. Gehalt), *sprich die eine Hälfte der EinkommensbezieherInnen bekommt mehr, die andere Hälfte bekommt weniger.* Von diesen 33.000 Euro werden knapp 31 Prozent an Sozialversicherungsbeiträgen und Einkommensteuer abgezogen. Hier wird die Ungleichverteilung deutlich, denn die Belastungen steigen nicht in gleichem Ausmaß wie die Einkommen. Selbst wenn man im Jahr mehr als 250.000 Euro brutto verdient (rund 18.000 Euro monatlich), beträgt die Gesamtbelastung knapp 42 Prozent – und liegt somit im Vergleich zum hohen Verdienst in einem leistbaren Rahmen.

Durch die steuerliche Begünstigung des 13. und 14. Gehalts reduzieren sich die derzeit geltenden Grenzsteuersätze im Übrigen noch einmal. Sie sinken nämlich von 36,5 auf 32,14 Prozent sowie von 43,2 auf 37,9 Prozent und von 50 auf 43,7 Prozent.

Die Mehrfachbesteuerung

Schein: Es sei unfair, durch die Erbschaftssteuer bereits versteuertes Vermögen ein weiteres Mal zu belasten.

Sein: Nicht nur Erbinnen und Erben müssen mehrmals Steuern bezahlen. „Jeder Euro wird in Österreich im Jahr an unterschiedlichen Punkten im Wirtschaftskreislauf (also mehrfach) besteuert, das entspricht dem Wesen funktionierender Steuersysteme in westlichen Hocheinkommensländern“, hält die AK Wien in einem aktuellen Thesenpapier fest. Immerhin bezahlen auch Arbeit-

nehmerInnen ihre Einkäufe oder Mieten mit bereits versteuerten Löhnen und müssen zusätzlich Umsatzsteuer berapen. Auch (Mindest-)Pensionistinnen und Pensionisten müssen mit ihrer bereits versteuerten ASVG-Pension die Miete begleichen oder Lebensmittel einkaufen und dafür nochmals Umsatzsteuer bezahlen. Hingegen kann gerade bei der Erbschaftssteuer nicht von einer Doppelbesteuerung gesprochen werden. Denn der/die Begünstigte hat für dieses einmalige – noch dazu leistungslose – Einkommen noch nie Steuern bezahlt. Somit werden die Betroffenen in diesem Fall sogar erst zum ersten Mal besteuert.

Perlenketten in Gefahr?

Schein: Gerne wird die Angst geschürt, dass sich der Staat am Schrebergarten, an Omas Perlenkette oder an der goldenen Taschenuhr des Großvaters bereichern will.

Sein: Das ist natürlich Unsinn, diskutiert wird nämlich ein Freibetrag von 500.000 Euro. Um hier betroffen zu sein, müsste schon ein „Luxus-Schrebergartenhäuschen“ oder eine ganze Schatzkiste von Perlenketten und Goldschmuck vererbt werden.

Der Staat als Spitzel?

Schein: Die stärkere Besteuerung von Vermögen führt zu einer „Schnüffelsteuer durch die Hintertür“, Finanzbeamtinnen und -beamte würden ihre Nase bis in den Schlafzimmerschrank stecken, malen die GegnerInnen als Horrorszenario an die Wand. Es würde nämlich nicht reichen,

die Vermögenswerte zu deklarieren, damit der Staat daraus die Erbschaftssteuer berechnen kann. Vielmehr müssten SteuerfahnderInnen die Richtigkeit der Aussagen auch vor Ort überprüfen.

Sein: Hausrat und persönliche Gegenstände waren auch bei der in Österreich bis 1993 existierenden Vermögenssteuer ausgenommen. Ein Blick über die Grenzen hinaus zeigt außerdem: Ausnahmen wie diese gelten auch in anderen Ländern, die eine funktionierende Vermögenssteuer haben. Ein Beispiel dafür ist die Schweiz. Dort müssen die Steuerpflichtigen zu einem jährlichen Stichtag den Bruttovermögensstand angeben. Die eidgenössischen Steuerbehörden überprüfen daraufhin, ob diese Angaben auch plausibel sind. Es würde also ausreichen, stichprobenartig vertiefende Prüfungen durchzuführen – ganz so, wie dies heute schon in Österreich bei Selbstständigen gehandhabt wird. Laut AK wäre es somit ohne hohen Verwaltungsaufwand und ohne in Schlafzimmern schnüffelnden Finanzbeamtinnen und -beamte möglich, die Bemessungsgrundlage für die Steuer zu berechnen und diese einzuheben.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.steuermysterien.at
tinyurl.com/pwg2mzf
tinyurl.com/q7ec5uc

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
harald.kolerus@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Eine Frage der Gerechtigkeit

Arbeit ist in Österreich ungleich verteilt: Ältere, Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderungen stehen öfter auf dem beruflichen Abstellgleis.

Clara Akinyosoye
Freie Journalistin

Jung, einheimisch, männlich, gut gebildet und ohne Behinderung. Wer diese Attribute für sich in Anspruch nehmen kann, hat auf dem österreichischen Arbeitsmarkt die besten Voraussetzungen. Chancen auf Arbeit, Karriere, beruflichen Aufstieg, adäquate Entlohnung. Ältere Menschen, Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderungen – sie alle haben auf dem Arbeitsmarkt mit verschiedenen Benachteiligungen zu kämpfen. Sie haben einen schwierigeren Zugang zum Arbeitsmarkt, sind öfter mit struktureller Diskriminierung konfrontiert und arbeiten häufiger im Prekariat. Noch sind die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt nicht flexibel genug, um auf sich verändernde spezifische Bedürfnisse von potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Rücksicht zu nehmen. Die Wirtschaft fokussiert stark auf quantitative Kriterien: Erfolgreich ist, wer produktiv ist, und produktiv ist, wer schnell ist, viel leistet und möglichst wenig Ressourcen benötigt. Sprich: wer mit dem geringstmöglichen Einsatz den höchstmöglichen Output erreicht.

Förderung Älterer

Doch der demografische Wandel verlangt nach anderen Kennzahlen, sagt Irene Kloimüller. Die Unternehmensberaterin beschäftigt sich mit Generationenmanagement. Eine produktive Arbeitswelt müsse die Arbeitsfähigkeit fördern und auch ältere Menschen gesund, motiviert und auf dem Arbeitsmarkt halten. Die Realität

sieht allerdings anders aus: Im Juni waren fast 74.000 Menschen über 50 Jahre arbeitslos gemeldet, etwa 23 Prozent mehr als im Vorjahr. Deren Chancen auf den Wiedereinstieg in die Berufswelt stehen schlecht.

Ab 50 gibt es eine Ausstiegsspirale, sagt Kloimüller. Unternehmen haben bisher verabsäumt, das Arbeitsumfeld so zu verändern, dass die ArbeitnehmerInnen trotz steigenden Alters gut eingesetzt werden können. Großunternehmen leiten schon Kurskorrekturen ein, doch insgesamt fehlt es noch – besonders bei Klein- und Mittelbetrieben – an Sensibilität. „Viele Unternehmen sehen nicht, was besser, sondern nur was schlechter wird. Ältere Menschen treffen etwa weitsichtiger Entscheidungen als Junge.“ Es sei gerecht, bewusste Unterschiede zu machen. Das führe zu erhöhter Produktivität und Gleichberechtigung. Ein Paradigmenwechsel, den sich Unternehmen leisten wollen müssen, findet sie. Denn viele stellen sich die Kostenfrage, wenn es heißt, eine/n teurere/n, ältere/n ArbeitnehmerIn oder zwei günstigere, junge ArbeitnehmerInnen zu beschäftigen. Die mit dem Alter steigende Einkommenskurve, das Senioritätsprinzip, erweise sich mitunter als Hürde, sagt Kloimüller.

„Der österreichische Arbeitsmarkt ist stark segmentiert und reglementiert“, sagt Gudrun Biffl, Frauenforscherin an der Donau-Universität Krems. Die Gewerkschaften seien stark, 96 Prozent aller wirtschaftlichen Arbeiten durch Kollektivverträge geregelt. Es sind Regelungen, die Frauen meist auch vor Ungleichbehandlung im Betrieb schützen

BUCHTIPP

Ulrike Hormel, Albert Scherr
(Hrsg.)

Diskriminierung

Grundlagen und Forschungsergebnisse

VS Verlag,

192 Seiten, € 19,90

ISBN: 978-3-531-16657-5



Bestellung:

www.besserewelt.at

können. Auch beim Berufseinstieg von Frauen gäbe es kaum Diskriminierungen, sagt Biffl. Schwierig werde es dann, wenn sie aus dem System herausfallen, Mütter werden. Das bedeutet für viele Frauen immer noch einen einschneidenden Bruch in ihrer beruflichen Karriere. Mehr als ein Drittel ist noch fast drei Jahre nach der Geburt ohne Arbeit. Viele finden später nur durch geringfügigkeits- oder Teilzeitjobs zurück ins Arbeitsleben. Lediglich 36 Prozent der Frauen arbeiten Vollzeit, bei Männern sind es 92 Prozent.

Frauen entlasten

Der Grund: fehlende Unterstützungsstrukturen für Frauen, der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen. Von der Frau werde auch heute noch erwartet, dass sie sich vorwiegend um die Kindererziehung kümmere, sagt Biffl. „Karrierefrau wird fast wie ein Schimpfwort gebraucht. Und Männer werden danach beurteilt, wie viel Geld sie verdienen, nicht danach, ob sie am Wochenende mit dem

Arbeit wird in Österreich über bestimmte Zirkel verteilt, wer schon von vornherein dazugehört, hat es deutlich einfacher. Andere müssen sich den Zugang hart erarbeiten oder überhaupt draußen bleiben.



Kind spielen. Es ist ein verächtliches System für beide.“

Zwar liegt der Frauenanteil auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile bei über 45 Prozent, doch von einer gleichmäßigen Verteilung der Geschlechter kann keine Rede sein. Frauen arbeiten öfters als Männer in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind häufiger prekär beschäftigt, verdienen nicht genug zum Leben und sind sozial- und arbeitsrechtlich schlechter abgesichert. Im Dienstleistungssektor, wo oft Teilzeit gearbeitet wird, sind Frauen überrepräsentiert. So nehmen sie im Gesundheitswesen 77,3 Prozent und im Beherbergungs- und Gaststättenwesen 64,4 Prozent ein.

Unflexibler Arbeitsmarkt

Auch der Wiedereinstieg nach der Karenz ist kein Garant für gleiche Karrierechancen. Fehlende Betriebsjahre für den Aufstieg in der Hierarchie oder fehlende Netzwerke erschweren Frauen den Weg zu den Top-Jobs. Arbeit werde immer noch in Zigarren- und Sportclubs verteilt, zu denen Frauen keinen Zugang haben, sagt Biffl. Das spiegelt sich auch in der **Mikrozensus**-Arbeitskräfteerhebung wider: 71,7 Prozent der Führungskräfte sind männlich. In Großunternehmen hat lediglich jede vierte Frau eine leitende Position. In kleinen Unternehmen allerdings jede Dritte.

An der Situation von Müttern auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich, dass es dem Arbeitsmarkt an Flexibilität mangelt. Wer von der Norm abweicht oder besondere Unterstützung braucht, hat es auf dem Arbeitsmarkt schwerer als andere. Das bestätigt Martin Ladstätter, Obmann von

BIZEPS, dem Beratungszentrum für Selbstbestimmtes Leben. „Menschen mit Behinderungen sind in den letzten Jahren überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.“ Tatsächlich sind die Arbeitslosenzahlen dieser Gruppe im letzten Jahr drastisch gestiegen – um 26,3 Prozent. Für Ladstätter ist der Mangel an „vernünftiger Behindertenpolitik“ dafür verantwortlich. Unternehmen sind gesetzlich dazu verpflichtet, je 25 MitarbeiterInnen eine ArbeitnehmerIn mit Behinderung einzustellen. Ansonsten ist eine Ausgleichstaxe zwischen 244 und 364 Euro pro Monat und nicht besetzte Stelle zu zahlen. „Zu gering“, wenn es nach Ladstätter geht. Man solle die Nicht-Beschäftigung zur betriebswirtschaftlich relevanten Größe machen. Der Großteil der Betriebe, aber auch Bundesländer und Interessenvertretungen kommen der erforderlichen Quote nämlich nicht nach. Sie ersparen sich dadurch etwa infrastrukturelle Anpassungen. Doch die Nicht-Einstellung von Menschen mit Behinderung ist auch auf Vorurteile auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Nutzlose Qualifikationen

Vorurteile sind ein Problem, das sie letztlich mit Menschen mit Migrationshintergrund teilen. Zahlreiche Studien haben die strukturelle Benachteiligung von MigrantInnen bereits belegt. So werden ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen wertlos, weil ihre Diplome in Österreich nicht anerkannt werden bzw. dafür langwierige, teure **Nostrifizierungsverfahren** notwendig sind. Das führt nicht zuletzt dazu, dass sie Jobs annehmen müssen, für

die sie überqualifiziert sind. Laut OECD-Studien gehört Österreich zu den Top-5-Ländern, die die Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten brachliegen lassen. Laut Statistik Austria fühlen sich 26 Prozent der Männer und 33 Prozent der Frauen, die der ersten MigrantInnen-Generation angehören, für ihren derzeitigen Job überqualifiziert.

Erst kürzlich wurde eine im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführte Studie der Universität Linz veröffentlicht, wonach Menschen mit ausländisch klingenden Namen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert würden. Die Ergebnisse sind deutlich: Wer einen ausländischen Namen hat, muss weit mehr Bewerbungen abschieken, bis er/sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wird. Besonders viel Ablehnung erfahren Menschen mit afrikanischen Wurzeln, heißt es in der Studie. KritikerInnen monieren eine Verschwendung von Know-how und Ressourcen. Es ist eine Verschwendung, die jedem Produktivitätsgedanken zuwiderläuft. Vor allem aber wirft sie die Frage auf, wie bezahlte Arbeit in unserer Gesellschaft anders bewertet werden könnte, auf dass sie gerechter verteilt werde.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/o3badwd
tinyurl.com/oxc5lby

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
clara88@gmx.net
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ohne Sozialstaat keine Umverteilung

Wem Umverteilung ein Anliegen ist, der kommt an einem gut ausgebauten Sozialsystem wie dem österreichischen kaum vorbei.

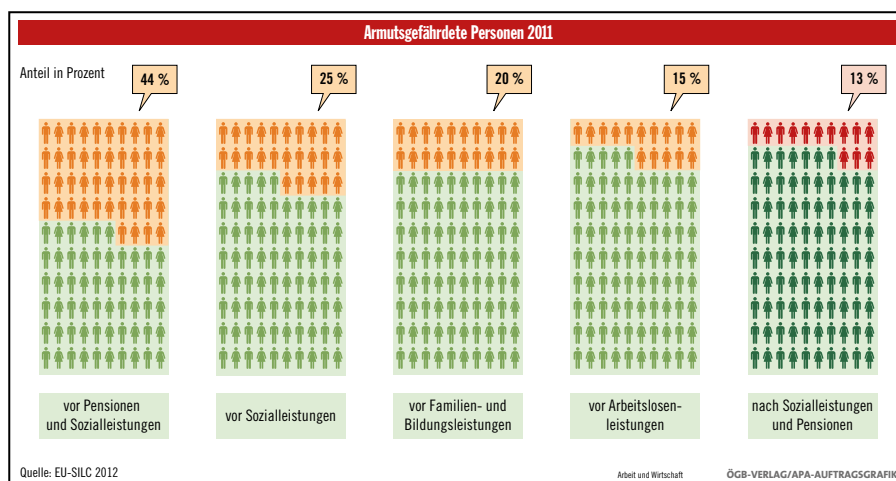
Norman Wagner

Arbeiterkammer Wien, Abteilung Sozialpolitik

Schutz vor sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität: So lassen sich die grundlegenden Aufgaben des Sozialstaates zusammenfassen. Gut ausgebaute Sozialsysteme wie das österreichische aber erfüllen noch einen weiteren wesentlichen Zweck, und zwar den gesellschaftlichen Ausgleich zu schaffen, sprich möglichst allen Menschen die Teilhabe am sozialen Leben zu gewährleisten. Teilhabe bedeutet nicht nur, das Überleben zu sichern, sondern nach den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten an der Gesellschaft Anteil nehmen zu können.

Ausgleich schaffen

Um diesen Ausgleich zu schaffen, bedarf es sozialer Umverteilung. In Österreich geschieht das über die öffentlichen Ausgaben, insbesondere die Sozialausgaben. Der österreichische Sozialstaat hat eine stark umverteilende Wirkung, die beispielsweise über die Wirkung gemessen werden kann, die Sozialleistungen und Pensionen auf die Einkommensverteilung haben. *Gäbe es in Österreich keine Sozialleistungen* und wäre die Einkommensverteilung in Österreich zur Gänze dem Markt überlassen¹, so wären ganze 44 Prozent der Men-



schen in Österreich armutsgefährdet². Anders ausgedrückt: Der Markt allein ist nicht dazu geeignet, eine einigermaßen gleiche Einkommensverteilung zu schaffen. Dazu braucht es den Sozialstaat. Einen wesentlichen Anteil an dieser haben die öffentlichen Leistungen aus der Pensionsversicherung. Sie beinhalten auch Ausgleichsleistungen für Zeiten von Kindererziehung oder Arbeitslosigkeit, die in privaten Systemen nicht berücksichtigt würden. Bezieht man diese Leistungen mit ein, reduziert sich die Armutsgefährdung schon auf 25 Prozent. Berücksichtigt man zusätzlich noch Leistungen wie Arbeitslosengeld, Familienbeihilfe oder bedarfsorientierte Mindestsicherung, reduziert sich die durchschnittliche Armutsgefährdungsrate auf 12,6 Prozent. Das bedeutet, dass der österreichische Sozialstaat – neben all seinen anderen Leistungen – die Gefahr, von Einkommensarmut betroffen zu sein, auf ein Drittel

oder zumindest die Hälfte reduziert (siehe Abbildung).

Die Bedeutung sozialstaatlicher Umverteilung ist für Frauen größer als für Männer: Ohne Sozialleistungen und Pensionen sind 48 Prozent der Frauen armutsgefährdet – immer noch 42 Prozent der Männer wären es aber auch. Noch stärker gilt dies für ältere Menschen: Über 65-Jährige sind ohne Sozialleistungen zu 89 Prozent armutsgefährdet.

Markt macht Armut

Auch AlleinerzieherInnen und Familien mit drei oder mehr Kindern haben in überdurchschnittlich vielen Fällen kein Markteinkommen in armutsvermeidender Höhe, ohne Transferleistungen wäre etwas mehr als die Hälfte armutsgefährdet. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Bildungsabschluss: Menschen mit Pflichtschulabschluss sind

¹ Markteinkommen sind jene Einkommen, die aus Erwerbsarbeit, Unternehmenserfolg und Vermögen bezogen werden.

² Armutsgefährdung laut EU-SILC-Definition bedeutet, über ein gewichtetes Einkommen von weniger als 60 Prozent des Durchschnitts (Median) aller Einkommen zu verfügen.

Der Markt allein ist nicht dazu geeignet, eine einigermaßen gleiche Einkommensverteilung zu schaffen. Dazu braucht es den Sozialstaat.

etwa vor sozialstaatlichen Transferleistungen doppelt so oft armutsgefährdet wie Maturantinnen und Maturanten: 63 Prozent im Vergleich zu 34 Prozent.

Soziale Geld- und Sachleistungen

Doch nicht alle Sozialleistungen dienen in erster Linie dem Zweck der gesellschaftlichen Umverteilung. *Tatsächlich ist nur ein kleiner Teil der Leistungen bedarfsgeprüft, sprich für Menschen in finanziellen Notlagen vorgesehen. Das betrifft in erster Linie existenzsichernde Leistungen wie die Notstandshilfe, die Ausgleichszulage oder die bedarfsorientierte Mindestsicherung.* Es tragen aber auch andere Leistungen zur Umverteilung bei: Das Arbeitslosengeld ist zwar zu großen Teilen eine Leistung, deren Höhe vom vorhergehenden Einkommen abhängig ist (Versicherungsleistung), ArbeitslosengeldbezieherInnen kommen jedoch zu einem überproportionalen Teil aus unsicheren, schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen leisten viele ArbeitnehmerInnen in gut bezahlten, sicheren Beschäftigungsverhältnissen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, auch wenn sie weit seltener eine Leistung daraus in Anspruch nehmen.

Neben Geldleistungen spielen Sachleistungen eine zentrale Rolle bei sozialer Umverteilung. Darunter fällt beispielsweise gut ausgebaute, leistbare Kinderbetreuung. Sie bietet (in der Regel einkommensschwachen) Alleiner-

zieherinnen und Alleinerziehern die Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen. Ebenfalls zu den Sachleistungen, die primär ärmere Bevölkerungsteile nutzen, gehören Sozialberatungsstellen oder öffentliche Pflegeeinrichtungen.

All diese Leistungen (und noch einige mehr) sind notwendig, um einen sozialen Ausgleich in einem wirtschaftlich hoch entwickelten Land mit einer Vielzahl unterschiedlicher Arbeits- und Lebensrealitäten zu schaffen. Dafür sind jedoch entsprechende finanzielle Mittel erforderlich. In Österreich werden Jahr für Jahr etwa 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Sozialleistungen (ohne Bildungsausgaben) aufgewendet. Ähnlich verhält es sich in anderen Ländern mit gut ausgebauten Sozialsystemen wie Frankreich, Deutschland oder Schweden. Dabei handelt es sich um gut investiertes Geld, denn ohne ausgebauten Sozialstaat wäre eine Gesellschaft mit vergleichsweise wenig ausgegrenzten Menschen wie die unsere nicht möglich.

Sozialstaat in der Defensive ...

Doch der Sozialstaat befindet sich in der Defensive, und dies nicht erst seit den mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbundenen Sparpaketen der letzten Jahre. Spätestens seit den 1990er-Jahren wird soziale Sicherheit zunehmend als finanzielle Last und weniger als gesellschaftliche Errungenschaft diskutiert. Die letzte erhebliche finanzielle Ausweitung sozialstaatlicher Aufgaben in Österreich – die Einführung des Bundes-

pflegegeldes – liegt bereits über 20 Jahre zurück.³ Die Ironie dabei ist, dass der Sozialstaat gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit mit hoher Arbeitslosigkeit und steigender Armut das Ziel von Sparmaßnahmen ist, obwohl er gerade dann besonders dringend benötigt wird. Immerhin sorgt er dafür, dass die Einkommen der betroffenen Menschen durch eine Krise wie die aktuelle nicht allzu stark sinken und damit auch die Kaufkraft nicht einbricht. Gerade in der momentanen Situation wäre es dringend notwendig, das Sozialsystem auszuweiten – und nicht zu kürzen.

... aber mit Potenzial

Dabei ist das Umverteilungspotenzial in Österreich keineswegs ausgereizt: Soziale Umverteilung findet hierzulande praktisch zur Gänze über (Sozial-)Staatsausgaben statt. Die Staatseinnahmen (Steuern, Gebühren, Sozialversicherungsbeiträge) haben insgesamt praktisch keine umverteilende Wirkung. Eine Besteuerung von Vermögen beispielsweise könnte hier einen Beitrag leisten.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/qbuj5no

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
norman.wagner@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

³ Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2010 ist zweifelsfrei ein bedeutender sozialpolitischer Fortschritt, eine wesentliche Systemumstellung oder Erweiterung ist sie jedoch nicht.

Mythos Bettelmafia

*Für bettelnde Menschen sind Almosen zumeist die einzige Einkommensquelle.
Ein Plädoyer für das Geben.*

Gabriele Müller
Freie Journalistin

Demütig die Hand ausstrecken, vielleicht leise „Bitte“ sagen ist erlaubt. Wird man als bettelnde Person von Passantinnen und Passanten beschimpft, ist es besser, ruhig zu bleiben. „Schleich dich“, habe einmal einer zu ihm gesagt, „geh arbeiten!“ Da habe er zurückgeschimpft, erzählt Ciprian. Er habe Hunger gehabt, sagt er, sei müde gewesen und nicht sehr gut gelaunt. Die Polizei habe ihn mitgenommen, er hätte eine Strafe bezahlen sollen. Schließlich habe man ihm das Kleingeld abgenommen, circa zehn Euro in Münzen. Eigentlich ist Ciprian nicht zum Betteln nach Österreich gekommen und jetzt bettelt er auch nicht mehr. Er verkauft die Zeitung „Global Player“ vor einem Billa-Supermarkt. Alle paar Monate fährt er nach Hause in die rumänische Kleinstadt Pitești, wo seine Frau und seine vier Kinder leben. Er ist stolz, dass wenigstens zwei von ihnen zur Schule gehen können. Obwohl es hart sei und er selbst manchmal nicht esse, um zu sparen. Fünf Euro zahlt er pro Nacht für ein Quartier, in dem er mit Menschen aus den Armutsregionen Europas, Afrikas und Asiens wohnt. Die Menschen hier seien freundlich, wenn auch nicht alle, meint er und zeigt auf seine große Zahnücke. Beschimpft werde er schon noch ab und zu, doch gebe er keine Antwort mehr.

Stereotyp Mafia

Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens werde die Bettelmigration verstärkt wahrgenommen, schreibt Teresa

Wailzer in ihrer Diplomarbeit „Merk. Würdig.Arm. Betteln aus unterschiedlichen Perspektiven“: „Die Stereotype des rechtspolitischen Diskurses unterscheiden sich kaum von der Wahrnehmung der PassantInnen und Geschäftsleute. Bettler aus Osteuropa gelten als ‚falsche‘ Arme, da mafiöse Strukturen dahinterstecken sollen. Sie werden als aggressiv und aufdringlich empfunden, die Betroffenen haben Angst vor Polizeikontrollen.“

Wer in Österreich bettelt, müsste Jus studiert haben, denn die Rechtslage ist unübersichtlich. Erst 2012 hatte der Verfassungsgerichtshof das allgemeine Bettelverbot als unzulässig erachtet. Stilles Betteln sei ein Zeichen persönlicher Armut und ein Appell an die Hilfsbereitschaft und die Solidarität von Menschen, erklärten die Höchstrichter. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass ein Verbot stillen Bettelns keinem zwingenden sozialen Bedürfnis entspreche. Doch bestehen zahlreiche Verbote auf Länderebene, die der behördlichen Willkür Vorschub leisten, meinen VertreterInnen der Bettellobby und Menschenrechtsexpertinnen und -experten.

Gesetzesdschungel

So verbietet das Landessicherheitsgesetz in der Steiermark das aufdringliche Betteln mit einem Strafraum von bis zu 2.000 Euro, in Kärnten drohen dafür nur 700 Euro Strafe, in Niederösterreich 1.000 Euro. Eine nähere Definition, was unter „in aufdringlicher oder aggressiver Weise“ zu verstehen ist, bleibt auch das Wiener Landes-Sicherheitsgesetz schuldig. Dieses belegt das „Delikt“ mit einer Geldstrafe von

700 Euro bzw. einer Ersatzfreiheitsstrafe von einer Woche. Seit der Verschärfung der Gesetze steigen die Anzeigen wegen verbotenen Bettelns stetig an. 2013 wurden in Wien mehr als 1.600 Strafverfügungen verhängt, recherchierte die Journalistin Maria Sterkl für ihren Artikel in der „Zeit“, „Bitte, leise betteln!“

Die Strafen seien willkürlich und teilweise rechtswidrig, meint Ferdinand Koller, Pädagogischer Leiter des Vereins Romano Centro und Mitarbeiter der Bettellobby. Kaum ein Bettler oder eine Bettlerin könne die hohen Beträge bezahlen, die Ersatzfreiheitsstrafe wiederum bedeutet naturgemäß Verdienstentgang.

Die Verfassungsrechtlerin Barbara Weichselbaum ortet zwei Ziele in den jüngsten Gesetzesnovellierungen: Eines sei es, das bestehende Bettelverbot weiter zu verschärfen, das andere, die „störungsfreie“ Nutzung des öffentlichen Raums zu garantieren. Schließlich reichen Straßenverkehrsordnung und Sicherheitspolizeigesetz aus, um aggressives Verhalten oder den oftmals unterstellten Menschenhandel zu ahnden. Beim Verbot des gewerbsmäßigen Bettelns orten die Expertinnen und Experten einen eklatanten Widerspruch. Einerseits sei es verboten, sich durch „Betteln eine fortlaufende Einnahmequelle zu verschaffen“. Verfolgte man diese Logik stringent, dürfte jeder/jede Bettelnde nur einen einzigen Menschen um Almosen bitten, will er oder sie vor Strafe absolut sicher sein. Auch was den Tatbestand „organisiertes“ Betteln betrifft, herrscht Unklarheit. Ist etwas erlaubt, das einer tut, dürfte es nicht verboten sein, wenn es drei tun, meint

Immer mehr Menschen sind gezwungen zu betteln, um zu überleben. Nicht Banden zwingen sie dazu, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse.



Ferdinand Koller. Weist Blickkontakt unter mehreren Bettlerinnen und Bettlern auf organisiertes Vorgehen hin? Ist der Bus, mit dem die Armutsmigrantinnen und -migranten aus Rumänien, Bulgarien und anderen Ländern bisweilen anreisen, gar Teil organisierter Kriminalität?

Geh arbeiten

„Geh doch arbeiten“ ist einer der Sätze, den Astrid mehrmals am Tag zu hören bekommt. Sie hat orange-rotes Haar, mehrere Piercings und einen leichten Hautausschlag. Mit mehreren anderen Punks und einem (freundlichen) Pitbull-Mischling sitzt sie vor dem Supermarkt beim Wiener Franz-Josefs-Bahnhof, ihre grünen Augen sind wach und traurig zugleich. Seit einem Kreuzbandriss ist die ehemalige Altenpflegerin arbeitslos. Besonders die abfälligen Kommentare älterer Menschen schmerzen sie innerlich sehr. „Ja“, sagt sie, sie habe viel Scheiße gebaut. Jetzt schläft sie auf der Straße und will von dort weg. Einmal, mit 15, wollte die jetzt 29-Jährige frei sein. Sie hatte sich diese Freiheit anders vorgestellt. Jetzt will sie nicht mehr schnorren, sondern arbeiten.

Flora G. schnorrt nicht, sie bettelt. Ihr Sohn bräuchte nach einer Kinderlähmung dringend eine Beinprothese. Die kostet 4.800 Euro, einen Betrag, den sich die 37-Jährige auch bei strengsten Sparmaßnahmen nicht leisten wird können. Schließlich bezahlt auch sie für das Quartier an einen örtlichen Vermieter rund 200 Euro pro Monat, der Tagesverdienst beträgt um die zwanzig Euro.

Die Meinung der Geschäftsleute in der Wiener Schottenpassage ist durchwegs negativ. Es seien zu viele, sie gehörten sicher einer Mafia an. Eine bettelnde Frau mit einem kleinen Kind auf dem Schoß bringt eine Passantin auf, die auf die Straßenbahn wartet. In allen Bundesländern mit Ausnahme des Burgenlands ist das „Mitführen unmündiger Minderjähriger“ beim Betteln untersagt. Der Verdacht auf Menschenhandel, berichtet Teresa Wailzer, habe sich jedoch nur bei knapp einem Prozent (drei von über 300) der aufgenommenen Kinder bestätigt. Ihrer Meinung nach wird die Komplexität des Problems zu wenig beachtet: „Die Verdrängung marginalisierter Gruppen aus dem öffentlichen Raum trägt nicht automatisch zur Verhinderung von Kinderhandel bei.“

Betteln, um zu überleben

Immer mehr Menschen sind gezwungen, zu betteln, um zu überleben. Nicht Banden zwingen sie dazu, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse. „Polizei, Stadtverwaltung und Verkehrsbetriebe arbeiten eng zusammen, um diese Menschen zu vertreiben und mit horrenden Verwaltungsstrafen einzudecken“, ist Teresa Wailzer, Obfrau des Vereins Goldenes Wiener Herz, überzeugt. Die Spendenkampagne, die bis zum 1. September 2014 unter dem Titel „Stell dich nicht so an – stell mich an!“ läuft, soll Bettlerinnen und Bettlern eine Stimme geben. Wailzer: „Es geht darum, dass die Betroffenen selbst zu Wort kommen und auf Augenhöhe mit den Passantinnen und

Passanten sprechen und ihnen erzählen können, wie es ihnen geht und wie die Gesetzgebung derzeit aussieht.“

Für Marlena Ramnek ist eine Gabe an BettlerInnen mehr als Almosen. Es ist eine Umverteilung ohne gesetzliche Ansprüche, um zu einem Bruchteil des Geldes zu kommen, den andere einstecken, sagt die Ethnologin, die seit Jahren in der Sozialarbeit tätig ist. Es würde sich etwas ändern, es gäbe Arbeitsprojekte, leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt und andere pädagogische Voraussetzungen. „Vielleicht ist Schnorren und Betteln auch die geheime Rache an den Reichen. Warum sollen sich die in Sicherheit und ungestört fühlen?“

Internet:

www.goldeneswienerherz.at

Siehe wissenschaftliche Arbeiten zum Thema Betteln: www.bettellobby.at

Diplomarbeit (2009) „Betteln in Österreich“ von Ferdinand Koller

Diplomarbeit „Betteln als Beruf.

Wissensaneignung und Kompetenzerwerb von Bettlerinnen in Wien“, Marion Thuswald
Diplomarbeit „Merk.Würdig.Arm.

Betteln aus unterschiedlichen Perspektiven. Über Stereotype, Vorurteile und Selbstbilder rumänischsprachiger BettlerInnen in Wien“
2014, Teresa Wailzer

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Armut jenseits der griechischen Grenze

Eine geringe Staatsverschuldung und eine harte Währung kennzeichnen die Wirtschaftspolitik Bulgariens. Die Zeche bezahlen die Menschen.

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker. Der Autor bereiste in den letzten 25 Jahren rund zehnmal unterschiedliche Regionen Bulgariens.

Das Magazin der „Bulgaria Air“ gibt sich (zweck-)optimistisch: Die Hauptstadt Sofia würde sich in den nächsten Jahren zur Topdestination entwickeln. Schließlich sei Sofia die billigste Metropole Europas. Die andere Seite dieser Medaille fasst die konservative „Wirtschaftswoche“ zusammen: „Die Armut dominiert in Bulgarien.“ Während in Griechenland bereits rund ein Drittel der Bevölkerung als armutsgefährdet gilt, betrifft das in Bulgarien inzwischen die Hälfte der Menschen. „Sparen“ und „Schuldenbremse(n)“ waren und sind demgegenüber die einzigen Rezepte im Umgang mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Gleichzeitig hat das Steuersystem durch hohe Mehrwertsteuern auf alltägliche Güter die Masse der Bevölkerung zusätzlich belastet. Reiche hingegen wurden mittels Flat Tax entlastet. Nach einem Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft gehört Bulgarien zu jenen Ausnahmestaaten, in denen die reichsten 20 Prozent von Steuern und Transfers netto profitieren.¹

Der Lew ist hart, aber oft unerreichbar

Eine Studie der **Friedrich Ebert Stiftung** beschreibt den Wirtschaftskurs des Landes als Politik, die sich seit über 20 Jahren lediglich den Zielen Privatisierung, sogenannter Stabilität bzw. einfach (neoliberalen) „Reformen“ verschrieben hat.² Die

staatliche Verschuldung ist extrem niedrig, der bulgarische Lew seit langer Zeit hart wie der Euro. Bezahlt wurde diese Stabilität aber mit der dramatischen Entwertung des sogenannten „Humankapitals“. Der Durchschnittslohn liegt bei 800 Lew im Monat, das sind 400 Euro. Jede fünfte Person muss mit nur 120 Euro pro Monat auskommen. Die Preise für Lebensmittel oder Bekleidung erreichen demgegenüber Westniveau. Als „Antwort“ auf die internationale Krise hat sich die öffentliche Hand seit 2008 noch weiter zurückgezogen. Dadurch verdoppelte sich die Arbeitslosenrate auf fast 13 Prozent. Bei einem Mindesttagessatz von vier Euro Arbeitslosengeld oder durchschnittlich 150 Euro Sozialhilfe für eine fünfköpfige Familie ist ein Jobverlust freilich oft gleichbedeutend mit einem Bettlerchicksal.

Proteste gegen „das System“

Das Scheitern der neoliberalen Transformation drückt sich auch in der dramatischen Abwanderung aus. Bulgarien hat inzwischen ungefähr die Bevölkerungsanzahl der 1950er-Jahre – allerdings mit einem um rund 50 Prozent höheren Altersdurchschnitt. Für junge und besser ausgebildete Schichten ist Migration aber nicht mehr das einzige massenhaft genutzte Ventil gegenüber den unhaltbaren Zuständen. Bemerkenswerterweise waren Umweltfragen der Ausgangspunkt für seit sieben Jahren wiederkehrende Proteste, die vor allem auf den Straßen Sofias stattfanden. Deren TrägerInnen begreifen sich selbst vor allem als „hart arbeitende Mitte“ der Gesellschaft und sehen als

BUCHTIPP

Dimitré Dinev:
Engelszungen
Verlag Deuticke, 2003
598 Seiten, € 24,90
ISBN: 978-3216307057



Bestellung:
www.besserewelt.at

Hauptproblem Bulgariens noch immer das vermeintlich „sozialistische Erbe“ des Landes. In diesem Sinne steht nicht die Sparpolitik in Europa oder gar Kritik am Kapitalismus im Zentrum dieser Proteste. Vielmehr wird die Korruption und in diesem Kontext ein angeblich noch immer zu großer Einfluss des Staates als zentrales Feindbild fokussiert. Gegenüber sozialen Fragen – also Tariflöhnen, Pensionen, Sozialleistungen – herrscht bei diesen Protesten in der Regel Ignoranz vor.

Korruption ist nur Teil des Problems

Korruption ist ein immer wiederkehrendes Thema, wenn es um osteuropäische Länder geht. Tatsächlich wies Bulgarien in puncto Korruption 2013 – nach Griechenland – die zweitschlechtesten Werte in der gesamten EU auf.³ Der Aufstieg der kleinen und großen Oligarchen fand während der Privatisierungsprozesse der großen Staatsgesellschaften

¹ Vgl.: Judith Niehues, Staatliche Umverteilung in der Europäischen Union, März 2013.

² FES, Fighting poverty in Bulgaria, November 2013.

³ cpi.transparency.org/cpi2013/results/



Im Winter 2012/13 führten Strompreiserhöhungen zu sozialen Unruhen, die von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wurden.

statt. Vor allem diese Transformation wurde von den europäischen Gremien eingefordert und von internationalen Konzernen *und* den neuen bulgarischen Eliten zur Sicherung der wichtigsten Marktsegmente genutzt. Die aktuellen Privatisierungsprozesse im Nachbarland Griechenland zeigen übrigens ähnliche Begleiterscheinungen wie in Bulgarien. 2013 musste der Chef der griechischen Privatisierungsbehörde, Stelios Stavridis, nach einem Korruptionsfall zurücktreten. Aber auch andere Aspekte unterstreichen, dass die bulgarische Volkswirtschaft durchaus grundlegendere bzw. auch mit anderen Staaten vergleichbare Probleme als „nur“ die Korruption hat. So weist beispielsweise die Handelsbilanz Bulgariens – trotz Billiglöhnen – ein permanentes Defizit aus. 2013 betrug dies 3,617 Milliarden Euro. Dem stehen pro Jahr lediglich 700 Millionen Nettotransfers aus EU-Töpfen gegenüber, die zudem tatsächlich zu einem großen Teil im Korruptionssumpf der Eliten versickern dürften.

Politische Instabilität

Extrem instabil zeigt sich auch das politische System des Landes. Erst im Mai 2014 trat ein Bündnis aus der zumindest offiziell „sozialdemokratisch/links/grün“ orientierten „Koalition der Bulgaren“ und der Partei der türkischen Minderheit an, die sich gleichzeitig von der rechts-extremen und antisemitischen Partei ATAKA stützen ließ. Bereits kurz vor

dem Sommer musste diese Regierung aufgrund einer Bankenkrise den Weg für Neuwahlen im Herbst 2014 frei machen. Zuvor wurden allerdings auf Empfehlung der EU noch 1,6 Milliarden Euro in das Finanzsystem des Landes gepumpt, welches zu 85 Prozent in ausländischer Hand ist. Für Bulgarien ist das umgekehrt eine astronomische Summe, die den Sparkurs erneut verschärfen könnte. Laut Umfragen erwartet aber ohnehin kaum jemand in Bulgarien noch irgendetwas Positives von „der Politik“.

Kaum organisierter Protest

Im Winter 2012/13 führten Strompreiserhöhungen nicht nur zu etlichen Todesfällen durch Erfrieren. Mindestens sieben ArbeitnehmerInnen bzw. Arbeitslose verbrannten sich aus Protest. Soziale Unruhen folgten, unterstützt von großen Teilen der Bevölkerung. Der Widerstand gegen die Preispolitik der internationalen Energiekonzerne – zu denen auch die österreichische EVN gehört – war schließlich so groß, dass die Regierung zurücktreten und deren Nachfolgekabinett in die Tarifgestaltung eingreifen musste. Trotz dieses punktuellen Erfolges ist aber organisierter sozialer Protest momentan fast kaum vorhanden. Die bulgarischen Gewerkschaften, die solche Bewegungen nachhaltiger gestalten könnten, zählen selbst zu den Opfern der neoliberalen Transformation. Trotz eines vergleichsweise hohen Organisationsgrades von 20 Prozent kämpfen sie mit enormen strukturellen und politischen Problemen. So hat die Schließung von ehemals staatlichen Großbe-

trieben in den letzten 15 Jahren zu einer Reduktion der Mitglieder um mehr als die Hälfte geführt. Gewerkschaftlicher Widerstand konzentrierte sich demgegenüber auf die wenigen Bereiche, in denen trotzdem eine gewisse Organisationskraft aufrechterhalten werden konnte. Zuletzt (2011/12) waren das vor allem der Bergbau und das Eisenbahnwesen. Aber auch hier werden von den bulgarischen Gewerkschaften staatliche Streikverbote für ganze Gruppen von Beschäftigten und direkte Angriffe auf Gewerkschaftseigentum thematisiert.⁴ Die entscheidende Frage lautet somit, ob die bulgarischen Gewerkschaften selbst aus dieser Spirale nach unten ausbrechen können. Es kann in diesem Kontext wohl nur darum gehen, anschlussfähig gegenüber kommenden Protestbewegungen zu sein bzw. selbst die Initiative zu übernehmen. Gleichzeitig wird es auch an den Gewerkschaften liegen, das politische System des Landes zumindest ein Stück weit (mit) zu erneuern. Griechenland bzw. die aktuelle Rolle der griechischen Gewerkschaften erscheint hier bemerkenswerterweise geradezu als strategisches Vorbild.

Internet:

Mehr Infos unter:

Friedrich Ebert Stiftung:
tinyurl.com/m5ajh6r

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
john.evers@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁴ Vgl.: tinyurl.com/mqb54eo

Revival für ein Reizthema

Arbeitszeitverkürzung – das bedeutet mehr Verteilungsgerechtigkeit für die Allgemeinheit und für die ArbeitnehmerInnen ein Plus an Lebensqualität.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Für rund ein Drittel aller Beschäftigten gehören Überstunden zum Alltag. Insgesamt 16 Prozent arbeiten sogar mehr als 45 Stunden wöchentlich, nicht selten auch abends zu Hause und am Wochenende – oft freiwillig und zum Teil unbezahlt. Aus Pflichtbewusstsein, für die Karriere oder aus Angst um den Arbeitsplatz.

Überstunden wirken sich zwar finanziell günstig aus, doch abseits von Leistungspositionen sinkt die Arbeitszufriedenheit schon ab zwei Stunden Mehrarbeit pro Woche¹. Nach mehr als sieben Stunden Arbeit steigt etwa die Unfallgefahr deutlich an. Bei 60 Wochenstunden oder durch Wochenendarbeit ist das Risiko für Beschwerden wie Schlaf-, Verdauungs- und Kreislaufstörungen um das Vierfache erhöht.

Trotz oder wegen der Krise?

Seit jeher deuten UnternehmerInnen den Ruf nach Arbeitszeitverkürzung als Hirngespinnst völlig realitätsfremder Träumer, die das Wohlergehen der Nation gefährden. In Wahrheit haben aber weder die Einführung des Achtstundentages noch der freie Samstag oder die fünfte Urlaubswoche Wirtschaftskrisen verursacht. Und auch die aktuelle Situation ist keineswegs so trist wie oft kolportiert. „Seit Jahren“, so ÖGB-Sekretär

Bernhard Achitz, „nehmen die Unternehmer immer mehr Geld aus ihren Unternehmen heraus, statt in mehr Jobs und gesündere Arbeitsplätze zu investieren.“ Mit einem Anstieg um mehr als 100 Prozent zwischen 2002 und 2012 ist die durchschnittliche Gewinnauszahlung an die EigentümerInnen 3,6-mal stärker gestiegen als der durchschnittliche Bruttobezug je Beschäftigten (AK-Wertschöpfungsbarometer).

Österreich hat die Krise verhältnismäßig gut überstanden, nicht zuletzt dank Kurzarbeit: „Empirische Untersuchungen zeigen merkbliche Beschäftigungseffekte einer Verkürzung der Arbeitszeit“, so AK-Experte Markus Marterbauer in der Zeitschrift WISO.² Wobei die mit Arbeitszeitverkürzungen unvermeidlich einhergehenden Produktivitätssteigerungen die positiven Beschäftigungseffekte um bis zu zwei Drittel reduzieren. Nach Berechnungen des WIFO bewirkt die Verkürzung der Arbeitszeit um zehn Prozent ein Beschäftigungsplus um etwa vier Prozent. Sofern der Lohnausgleich (nur) im Ausmaß des Produktivitätsanstiegs erfolgt, bedeutet das zwar keinen vollen Lohnausgleich, aber die Lohnstückkosten bleiben konstant. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verschlechtert sich nicht.

Arbeitszeitverkürzung kann ihre Beschäftigungswirkungen allerdings nur dann voll entfalten, wenn die Ausweichmöglichkeiten in der Arbeitszeitgestaltung gering sind. Der Anstieg von Teilzeitarbeit, vor allem aber die starke Flexibilisierung der Arbeitszeit durch lange Durchrechnungszeiträume, die

BUCHTIPP

Oskar Negt:
**Lebendige Arbeit,
enteignete Zeit**
Campus Verlag, 1987
272 Seiten, € 11,10
ISBN: 978-3-593-33316-8



Bestellung:
www.besserewelt.at

steuerliche Begünstigung von Überstunden und die Zunahme von All-in-Verträgen hat die Ausweichmöglichkeiten für Unternehmen seit den 1970er-Jahren sukzessive erhöht. Heute arbeiten längst nicht nur leitende Angestellte mit All-in-Verträgen, sondern auch VerkäuferInnen, Reinigungspersonal etc.

Kürzere Arbeitszeit gewünscht

32 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen würden selbst dann gerne kürzer arbeiten, wenn sie Gehaltseinbußen dafür in Kauf nehmen müssten. Die seit 2013 in manchen Branchen mögliche Option „mehr Freizeit statt Lohnerhöhung“ wurde in der Elektroindustrie von zehn Prozent der Beschäftigten – quer durch alle Alters- und Einkommensgruppen – gewählt. Generell fällt die Reduktion der Arbeitszeit immer dann leichter, wenn das Einkommensniveau hoch ist. Die Unternehmen sind eher zu Verhandlungen über den Lohnausgleich bereit und für die Beschäftigten gewinnen immaterielle Werte wie etwa mehr Zeit für die Familie an Bedeutung.

¹ Arbeitsklima-Index der AK Oberösterreich, tinyurl.com/lqvkwc

² Markus Marterbauer: Mit Arbeitszeitverkürzung zu wünschenswerter Arbeitskräfteknappheit; Auszug aus WISO 2/2011, Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.



Überstunden und All-In-Verträge: Im Alltag vieler Beschäftigter heißt es Ausweitung der Arbeitszeit statt Arbeitszeitverkürzung. Dabei würde die Mehrheit lieber weniger Stunden mit Arbeit verbringen.

Mögliche Maßnahmen:

» Abbau (unbezahlter) Überstunden: Rund 69 Mio. Mehr- bzw. Überstunden wurden 2011 nicht abgegolten. Diese Umgehung gesetzlicher und kollektivvertraglicher Regeln bedeutet nicht nur weniger Geld für die Beschäftigten, sondern auch Einbußen für die Sozialversicherung. Überstunden müssen unattraktiver werden; beim ÖGB-Bundeskongress 2013 entstand die Idee einer Arbeitsmarktgabe von einem Euro pro Mehr- bzw. Überstunde.

» Arbeitszeitverkürzung durch kollektivvertragliche Vereinbarungen vor allem für Berufsgruppen, bei denen der Bedarf hoch ist bzw. die Rahmenbedingungen günstig sind (z. B. das Einkommen entsprechend hoch ist). Dies gilt etwa für ältere Arbeitskräfte, am Bau, in der Pflege etc.

» Leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche: Die dafür erforderliche 25-jährige Betriebszugehörigkeit wird durch die verstärkte Fluktuation von Beschäftigten selten erreicht. Vor allem Frauen würden hier besonders profitieren.

» Verlängerte Ausbildungszeiten und Weiterbildung verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und können die Lebensarbeitszeit verringern.

» Innovative Kinderbetreuungsmodelle als Mittel gegen den Gender Gap: Derzeit ist die Verteilung von Arbeit (und Ein-

kommen) zwischen Männern und Frauen alles andere als fair. Frauen leisten mit 66 Prozent den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit, während das Verhältnis bei der Leistung bezahlter Arbeit umgekehrt ist. Hier liegen die Männer mit 61 Prozent deutlich vorne. In Österreich gäbe es kaum Initiativen, die eine egalitäre Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern anpeilen, kritisiert die Soziologin Claudia Sorger. Sie verweist auf Schweden, wo die Arbeitszeitreduktion beider Elternteile zur gerechteren Aufteilung der Kinderbetreuung durch einen Steuerbonus unterstützt wird.³

Mehr Lebensqualität

Weitere erfreuliche Konsequenzen:

» Durch die tatsächliche Reduktion der Arbeitszeit steigt die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und die Unfallgefahr sinkt. Und: Wer weniger arbeitet, lebt gesünder. So reduzieren etwa starke RaucherInnen ihren Zigarettenkonsum deutlich.⁴

» Wer weniger arbeitet, hat mehr Zeit für die Familie, für (Persönlichkeits-)Bildung oder für Freiwilligentätigkeit.

» Bei an sich guter Wirtschaftslage ist mit positiven Effekten durch mehr Konsumation (von Dienstleistungen) in der gewonnenen Freizeit zu rechnen.

» Möglicher negativer Effekt: Obwohl der Großteil der Beschäftigten mit kürzeren Arbeitszeiten zufriedener ist, fühlen sich durch die Arbeitsverdichtung manche stärker unter Druck.

Die letzte umfangreiche gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erfolgte in Österreich von 1970 bis 1975. Die Wochenarbeitszeit wurde von 45 auf 40 Stunden gekürzt, der Urlaubsanspruch auf vier Wochen erhöht. 1985 wurde unter Sozialminister Dallinger die fünfte Urlaubswoche eingeführt. Dallinger, von Medien und politischen Gegnern unter anderem als „wildgewordener Sozialutopist“ und „Minister für Drohung und soziale Unruhe“ bezeichnet, war ein engagierter Verfechter der Arbeitszeitverkürzung. Er war überzeugt, dass die 35-Stunden-Woche spätestens 1990 Wirklichkeit werden würde. Tatsächlich wurde seit 1985 die (Lebens-)Arbeitszeit vor allem durch das Sinken des Pensionsantrittsalters reduziert. In einzelnen Branchen wurde die Arbeitszeit mittels Kollektivvertrag herabgesetzt. Heute sind etwa in weiten Teilen der Industrie und des Gewerbes sowie im Handel 38- bzw. 38,5-Stunden-Wochen üblich. Nach wie vor stehen Arbeitszeitverkürzungen bei KV-Verhandlungen auf der Agenda. In der Metallindustrie (38,5-Stunden-Woche) soll das Thema heuer allerdings ausgespart werden. Hier gibt es wie etwa auch in der Elektronikindustrie seit 2013 die Möglichkeit, Ist-Lohn-Erhöhungen gegen Freizeit „einzutauschen“.

Internet:

Arbeitszeit FAIRkürzen, Arbeit FAIRteilen:
www.ug-oegb.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

³ Claudia Sorger (2014): Wer dreht an der Uhr? Geschlechtergerechtigkeit und gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik; Verlag Westfälisches Dampfboot.

⁴ Taehyun Ahn (2013): Reduction of working time: Does it lead to a healthy lifestyle? School of Economics, Sogang University.



Angleichung

„Knapp ist tot.“

„Der Chef? Was ist denn mit ihm? Hat er einen Herzinfarkt, weil ihm wer ein paar Hunderter zu wenig bezahlt hat für die letzte Waffenlieferung? Ein Raubüberfall? Er hat doch immer sein Bargeld im Tresor.“

„Weiß man nicht. Er wurde erschossen. An seinem Schreibtisch.“

„Dann kann er wenigstens keine Rehböcke mehr töten“, zischte eine junge Frau. Christine war die neue Praktikantin und bekennende Tierschützerin. Man würde sie vermutlich nicht länger behalten – und sie würde wohl auch nicht bleiben. Mit welchem Motiv sie sich überhaupt bei einem Waffenerzeuger beworben hatte und dass man sie genommen hatte, war undurchsichtig, so lautete die allgemeine Meinung unter Kolleginnen und Kollegen. Auch jetzt sahen die Umstehenden sie nur pikiert an. In der Kaffeeküche wurde es eng, Getuschel und Gerüchte wogten wie Meereswellen, brandeten über der Tür auf und schwappten über die Anwesenden hinweg.

„Ist die Polizei schon da?“, fragte Liane, die Chefbuchhalterin, und ver-

suchte, sich zur Kaffeemaschine durchzudrängen. Irgendwo fiel klirrend eine Tasse zu Boden.

„Natürlich.“ Nicola hatte verweinte Augen, sie war erst seit Kurzem zu Knapps Assistentin aufgestiegen. „Vor-erst darf noch niemand das Chefbüro betreten.“

„Nana“, machte Christine und drehte den Wasserhahn auf, um ein Glas damit zu befüllen, „sieht ja aus, als hätte die ein persönliches Verhältnis mit dem Chef gehabt.“

„Du hast's nötig!“, rief Gewerkschafterin Robinia. „Beruhigt euch, Leute, bitte. Noch wissen wir gar nichts.“

Mittlerweile betraten die Polizisten das Chefbüro. Der Tote saß vornübergebeugt an seinem Schreibtisch, der Kopf auf der Marmortischplatte, die Arme auf dem Tisch. Neben ihm auf dem Boden lag die Flinte, es war tatsächlich seine eigene. Fingerabdrücke fanden sich nicht darauf. Als Todesursache wurde ein Schuss aus nächster Nähe festgestellt, Verletzungen, Projektil und Flinte passten zusammen. Als Todeszeitpunkt wurde ein Zeitraum zwischen 22 Uhr und 1 Uhr früh ermittelt.

BUCHTIPP

Anni Bürkl:

Göttinnensturz

Berenike Roithers vierter Fall
Verlag Gmeiner, 2013
282 Seiten, € 10,30
ISBN: 978-3-8392-1419-0



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Die Ermittler ließen sich die Aufnahmen der Überwachungskameras zeigen; doch diese waren um 20.01 Uhr ausgeschaltet worden. Der Security-Mann war selbst überrascht davon. Im Kalender des Toten fand sich ein letzter Termin am Abend seines Todes, mit Robinia Huber, Gewerkschafterin. Knapps Assistentin Nicola bestätigte diesen Besuch. Sie habe Robinia ins Büro zu Knapp geführt, da habe er natürlich noch gelebt. Dann habe der Chef sie nach Hause geschickt.

Bei der Überprüfung der Firmenbankkonten und von Knapps privaten Bankverbindungen wurden mehrere Zahlungen an neun Mitarbeiter entdeckt, die in der Nacht durchgeführt worden waren, nach dem vermuteten Todeszeitpunkt.

Man befragte also die Chefbuchhalterin Liane Berger.

„Einige Angestellte haben größere Zahlungen erhalten. Was wissen Sie darüber?“

„Nun, es gab einige Mitarbeiter, die extra Prämien bekommen sollten, eine Gewerkschafterin hat das so mit der Geschäftsleitung vereinbart.“

„Ich habe hier eine Liste“, sagte der Polizist, „derzufolge handelt es sich um neun Leute, die noch vor Kurzem zur Kündigung angemeldet werden sollten, laut Gewerkschafterin. Wir können jedoch keine Kündigungsschreiben finden.“

„Nun“, Liane stützte sich mit den Ellbogen auf ihrem Schreibtisch ab, „eine Weile sah es so aus, als müssten wir Mitarbeiter abbauen. Die Wirtschaftslage war nicht besonders gut. Mittlerweile hat sich aber alles wieder geändert, die wirtschaftliche Situation der Firma ist viel besser, wir haben neue Kunden gewonnen. Somit können und wollen wir nicht auf diese Mitarbeiter verzichten. Daher wurde auch nie eine Kündigung ausgesprochen. Die Details kennt vermutlich nur unsere Gewerkschafterin, Robinia Huber.“

Also wurde als Nächste Robinia befragt, was es mit den Vorgängen auf sich habe.

„Sie hatten gestern einen Termin mit dem später Verstorbenen. Vermutlich waren Sie die Letzte, die ihn lebend getroffen hat.“

Die Gewerkschafterin nickte und seufzte.

„Das ist natürlich furchtbar. Ich hatte etwas Wichtiges mit dem Chef zu besprechen. Es gab Unstimmigkeiten über gewisse Dinge, über Kündigungen und Gelder. Ich konnte schließlich in der Verhandlung mit Roman Knapp tatsächlich erreichen, dass diese neun Mitarbeiter nicht gekündigt werden und sogar eine Sonderzahlung für ihre Leistungen bekommen. Ich habe ihn dazu gebracht, es als Wiedergutmachung zu sehen für die harte langjährige Arbeit dieser Leute. Immerhin hatten sie alle jahrelang erfolgreich für das Unternehmen gearbeitet. Es geht

dabei um Leute, die in besonderen Situationen stecken. Tibor Becks Haus zum Beispiel – das ist einer der Techniker – wurde beim Hochwasser letztes Jahr überflutet, ihm blieb nichts. Mit der Prämie kann er es halbwegs wiederaufbauen. Simone Haller wiederum hat fünf Kinder und ist Alleinerzieherin, zudem ist ihr Gehalt als Versandmitarbeiterin sehr niedrig. Wir haben endlich Leuten geholfen, statt sie zu feuern.“

„Verstehe. Das muss ein toller Sieg für Sie gewesen sein.“

„Schon, ja.“

Die Gewerkschafterin lächelte verhalten.

„Auf den Videoaufnahmen sehen Sie nicht so aus. Wie haben Sie Knapp zu dieser Zahlung überredet? Er gilt laut bisherigen Aussagen nicht gerade als freigiebig.“

„Die Geschäfte laufen gut, sogar besser als zuletzt. Und wir brauchen die Mitarbeiter. Wir sind auf sie angewiesen, um die Aufträge zu erfüllen und alle Bestellungen zu liefern. Ich habe Knapp klargemacht, dass Prämien helfen werden, die Produktion anzukurbeln, ganz einfach. Weil sie die Sorgen dann los sind und produktiver sein können.“

„Und das hat er so geschluckt?“

„Mit meinem Verhandlungsgeschick, ja.“

„Wie hast du ihn nur so weit gebracht, diese Zahlungen zu genehmigen, Robinia?“ fragte Simon seine Freundin Robinia am selben Abend. Simon arbeitete im selben Betrieb wie sie in der Kundenabteilung.

„Ist das nicht egal? Wichtig ist, dass er es getan hat. Freuen wir uns über unseren Erfolg.“

„So einfach lässt sich Knapp normalerweise nicht darauf ein, was von seinen Millionen rauszurücken.“

„Normalerweise nicht, aber das war eine besondere Situation.“

„Wie ist das Gespräch verlaufen? Oder muss ich es selbst rausfinden?“

Robinia und er hatten ständig solche Spiele laufen, wer etwas früher rausfände.

„Ich hatte ihn fast so weit, er hatte schon zugestimmt, dann hat er einen Rückzieher gemacht. Aber dass er ausgerechnet mit der Tierschützerin ein Verhältnis hat – das hätte er sich selbst früher überlegen müssen. Ich habe ihm klargemacht, wenn er dieser Christine Firmengeheimnisse verrät, braucht er keine Prämien mehr zahlen ... dann ist die Firma am Ende. Er wäre vor dem Aufsichtsrat erledigt gewesen, und dort sitzen immerhin seine Söhne und Schwiegertöchter. Ich habe den Knapp mit Christine beim Turteln beobachtet. Mehrmals. Sie hatten ihr Stelldichein in einem kleinen Häuschen in der Nähe, wo ich jogge. Ich habe sie ein wenig belauscht. Nein, nicht absichtlich, natürlich nicht! Wo denkst du hin!“

Robinia lächelte fein.

„Nur so zufällig habe ich so einiges mitgehört, was Knapp seiner jungen Freundin verraten hat. Fast hat es sich angehört, als würde Christine den Alten für irgendwelche Aktionen zugunsten von Federvieh oder Pelzverwertungstieren rekrutieren. – Na, und das habe ich Knapp dann gesagt. Also ist er auf meine Umverteilungsidee eingestiegen. Dass sich Knapp aus Angst danach selbst erschossen hat, dafür kann ich nichts. Immerhin hat Rashid jetzt das Geld für die OP seiner Schwiegermutter in Afghanistan und Greta kann ihre Kinder zur Schulsportwoche anmelden.“

Robinia zuckte lächelnd die Achseln.

„Ist doch schön, oder?“

Anni Bürkl ist Journalistin, (Krimi-)Autorin und Lektorin.

Ihr jüngstes Buch trägt den Titel „Göttinnensturz“ und ist Teil einer Krimireihe rund um Teelady Berenike Roither, erschienen im Gmeiner Verlag.
www.annibuerkl.at

Sozak 61

Christian Illitz war Teilnehmer des 61. SOZAK-Lehrgangs und im Zuge seines SOZAK-Europapraktikums im Jahr 2012 am Stow College in Glasgow.

Christian Illitz

*Jugendsekretär der Gewerkschaft
PRO-GE Wien*

Im Rahmen der SOZAK 61 durfte ich Glasgow besuchen und dort einen Monat lang die gewerkschaftliche Bildungsarbeit begleiten. Ich war im Stow College untergebracht und konnte hier viele Shop Stewards kennenlernen, wie GewerkschafterInnen dort genannt werden, und auch einige Betriebe besuchen.

Verhandlungen nur auf Betriebsebene

Eine schwierige Aufgabe war, die Unterschiede der Gewerkschaftssysteme zu erörtern. In Großbritannien ist die gewerkschaftliche Bildung in das staatliche Bildungssystem integriert. Hat man drei vorgeschriebene Kurse absolviert, bekommt man ein Diplom, das einer Studienberechtigung gleichzusetzen ist. Das wäre auch für Österreich eine interessante Idee.

Es ist auch nicht so leicht, die richtige Bedeutung der Begrifflichkeiten zu finden. So ist Collective Bargaining nicht mit unseren Kollektivvertragsverhandlungen gleichzusetzen. Die Lohnverhandlungen finden in Großbritannien nicht für eine ganze Branche oder das ganze Land statt. Vielmehr wird auf Betriebsebene verhandelt, allerdings auch nur, wenn in besagtem Betrieb mehr als die Hälfte der Beschäftigten Mitglied einer Gewerkschaft sind. Einzig im öffentlichen Dienst kann die Gewerkschaft landesweite Verhandlungen führen.

Sehr überrascht waren meine schottischen Kollegen von unserem Kündigungsrecht. Sie konnten sich nicht vor-

stellen, dass es in Österreich keinen so starken Kündigungsschutz gibt wie bei ihnen. In Großbritannien können ArbeitnehmerInnen, die über ein Jahr beschäftigt sind, nicht mehr gekündigt werden, außer der Betrieb kann es wirtschaftlich begründen. Selbst dann kann er aber nicht eine bestimmte Person kündigen, sondern muss Kriterien erarbeiten, z. B. dass alle nach einem bestimmten Eintrittsdatum beschäftigten MitarbeiterInnen das Unternehmen verlassen müssen. Somit ist es nicht möglich, nur die teuren oder störenden MitarbeiterInnen loszuwerden.

Großbritannien ist in vielen Punkten gespalten, viele dieser Verwerfungen sind auf Religionen zurückzuführen und sind sehr tief verwurzelt. Das merkt man unter anderem am Geld: Wales, England, Nordirland und Schottland haben jeweils eigene Geldscheine. Das war für mich sehr überraschend. Ein oft genanntes Thema war auch immer wieder das Referendum 2014, bei dem sich entscheiden wird, ob Schottland ein Teil des Vereinten Königreichs bleibt oder eigenständig wird. Hier ist auch die Arbeiterbewegung gespalten.

Die unterschiedlichen Positionen sind vielfältig und reichen von religiösen über nationalistische bis hin zu wirtschaftlichen Gründen. Bei den Beschäftigten der Shipyards am Clyde River war die Stimmung für den Verbleib bei Großbritannien sehr stark. Denn hier werden die Kriegsschiffe der Royal Navy gebaut. Die Unabhängigkeit Schottlands wäre eine Gefahr für die Arbeitsplätze, denn die Schiffe werden nur auf britischem Boden gebaut.

Im schottischen Parlament durfte ich von einem außergewöhnlichen Projekt erfahren. Die Gewerkschaft hat gemeinsam mit den Arbeitgebern und der Regierung ein Projekt geschaffen, dessen Ziel die Bildung der Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb ist. Die Arbeitgeber stellen die Räumlichkeiten und einen Teil der Arbeitszeit zur Verfügung, der Staat bezahlt die LehrerInnen, die Gewerkschaft organisiert die Leute und finanziert mit.

Breit gefächerte Lerninhalte

Die Lerninhalte sind breit gefächert und reichen vom PC-Grundkurs über Sprachkurse bis hin zu Schlüsseldienst-Kursen für HausmeisterInnen. Von diesem Projekt profitieren hauptsächlich die Gewerkschaftsmitglieder, allerdings kann auch der Arbeitgeber besser gebildete MitarbeiterInnen gut brauchen. Selbst der Staat hat einen Nutzen aus der Aktion, denn im Falle der Arbeitslosigkeit können besser gebildete Personen leichter wieder eine Beschäftigung finden. Außergewöhnlich waren auch die Uhrzeiten: Der Kurs findet statt, wenn die Mitglieder Zeit haben. So müssen die LehrerInnen oft bei Schichtwechsel beginnen, das kann um fünf Uhr in der Früh sein oder um zehn Uhr am Abend. Hier sieht man: Wenn alle ein Ziel verfolgen, dann gibt es kein Hindernis für mehr Bildung.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
gsg-betriebsrat@stiegl.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

ZUR PERSON

Robert Wilson

Alter: 47

Wohnort: Schottland

Erlerner Beruf: Schlosser, Mechaniker

Firma: Mahle Engine Systems

Gewerkschaft: Unite the Union, www.unitetheunion.org

Seit wann im (Euro-)BR? 2013



BUCHTIPP

SOZAK (Hrsg.)

Hinterm Horizont geht's weiter

ÖGB-Verlag, 2012

304 Seiten, € 24,90

ISBN: 978-3-7035-1542-2

**Bestellung:**www.besserewelt.at**Wie ist dein Familienstand?**

Ich bin verheiratet, wir haben zwei Kinder im Alter von 13 und 17 Jahren.

Monatliches Einkommen?

£ 1.480,00

Was bedeutet dir Arbeit?

Die Möglichkeit, die Rechnungen zu bezahlen und die eigene Lebenssituation zu verbessern.

Deine Meinung über die Wirtschaft in Schottland?

Schlecht! Die Regierung scheint vergessen zu haben, dass es die arbeitenden Menschen sind, die den Unterschied machen.

Welche Bedeutung hat Gewerkschaft für dich?

Sie gibt mir die Möglichkeit, Menschen dabei zu helfen, sich Gehör zu verschaffen, und meinen Arbeitsplatz zu sichern.

Und die EU?

Bei Recht, Gesundheit und Sicherheitsstandards leistet die EU immer wieder gute Arbeit für Europa. Wenn es aber um die Wirtschaft geht, entspricht die Politik nicht meinen Erwartungen.

Dein Lieblingsland in Europa?

Griechenland.

Warum?

Die Menschen und das Wetter.

Was bringt der europäische Betriebsrat?

Man lernt, besser zu verstehen, wie die Kolleginnen und Kollegen in anderen europäischen Ländern arbeiten und wie sie Probleme lösen.

Wie viel Urlaub hast du und wo bringst du ihn?

35 Tage: 14 Tage fahren wir weg, den restlichen Urlaub verbringen wir zu Hause.

**Deine Wünsche für die Zukunft?**

Dass meine Kinder eine bessere Arbeitswelt erleben und einen besseren Lebensstandard als ich erreichen.

INFO & NEWS

SchottlandFläche: 78.772 km²

EinwohnerInnen: 5,3 Millionen

Staatsform: Konstitutionell-parlamentarische Monarchie (Teil des Vereinigten Königreichs), eigenes Landesparlament und Landesregierung mit Sitz in Edinburgh

Staatsoberhaupt: Königin Elisabeth II., Minister für Schottland

Währung: Pfund Sterling

BIP pro Kopf 2012: € 29.424

Aktuelle Durchschnittskosten

1 Liter Benzin: € 1,70 (August 2014)

1 Kilo Brot: € 2,10

1 Liter Milch: € 1,30

½ Liter Bier: € 2,00

1 Kilo Apfel: € 2,30

1 Kinokarte: € 10,70

Unabhängigkeitswunsch

Im Jahr 1999 bekam Schottland sein eigenes Parlament. Seitdem sind das schottische Parlament und die Regionalregierung für die meisten Aspekte der Innenpolitik verantwortlich. Im September 2014 entscheiden die schottischen WählerInnen über den Verbleib beim Vereinigten Königreich oder die Gründung eines eigenen Staats.

Arbeit & Wirtschaft

... AUF DEN
BLOG GEBRACHT

Der blog.arbeit-wirtschaft.at ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informations- und Diskussionsforum. Auch der Blog hat sich aus Anlass des Besuchs von Thomas Piketty in der AK Wien intensiv mit den Themen Vermögensverteilung und Ungleichheit beschäftigt. Deshalb finden Sie hier nicht wie gewohnt eine Auswahl der meistgelesenen Artikel, da Sie diese Inhalte in der vorliegenden Ausgabe finden. Vielmehr möchten wir Sie auf spannende Beiträge zu anderen Themen aufmerksam machen:

- » Männer und Gleichstellung: Blockierer oder Verbündete
- » Killing the Financial Transaction Tax
- » Multinationale Großkonzerne prellen die öffentliche Hand: IKEA als Paradebeispiel

MÄNNER UND GLEICHSTELLUNG: BLOCKIERER ODER VERBÜNDETE?

Sozialwissenschaftlerin Nadja Bergmann wirft die Frage auf, ob Männer neue Verbündete für eine gemeinsame Gleichstellungspolitik sein können. Anlass ist eine neue Publikation mit dem Titel „Bewegung im Geschlechterverhältnis? Zur Rolle der Männer in Österreich im europäischen Vergleich“. Darin wird die Rolle der Männer im Geschlechterverhältnis in den Bereichen Bildung, Aufteilung unbezahlter Arbeit, Erwerbsarbeit, Gesundheit, Gewalt und Politik in den letzten Jahren skizziert.

Eins gleich vorweg: Nicht alle Männer profitieren automatisch von ihrem Geschlecht. Außerdem bringen gängige Bilder von „Männlichkeiten“ viele Nachteile mit sich. Jüngere Männer suchen immer mehr nach neuen Rollenmodellen. „Hier bereichert die kritische Männerforschung den Diskurs um weitere Elemente und Fragen.“ Gerade bei der Arbeitszeit zeichnet sich eine Änderung der Geschlechterverhältnisse ab: Bei Männern lasse sich eine „langsame, aber stetige Arbeitszeitverkürzung“ feststellen „bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeits-

zeit bei Frauen und damit eine schrittweise Annäherung der Arbeitszeitmuster von Frauen und Männern“. Österreich stelle dabei eine Ausnahme dar.

Das Fazit der Sozialwissenschaftlerin: „Besonders bereichernd ist vor allem die Frage, ob die sogenannte ‚Vollzeitnorm‘ wirklich das ist, was ‚die Männer‘ wollen? Und ob wirklich von einer ewigen ‚männlichen Verhaltensstarre‘, wie Andreas Heilmann es treffend nannte, auszugehen ist oder ob nicht vielmehr von einem immer stärkeren Interesse an neuen geschlechtergerechten Erwerbsarbeits-/Lebensmodellen von Frauen und Männern auszugehen ist, das von der politischen und sozialpartnerschaftlichen Ebene noch zu wenig unterstützt und aufgegriffen wird?“

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/kkmgmlh

KILLING THE FTT

Sie sollte ein wirkungsvolles Instrument werden, um jene Spekulationen einzubremsen, die zur jüngsten Finanzkrise geführt haben. Zugleich sollte sie dafür sorgen, dass auch SpekulantInnen ihren Beitrag zu den staatlichen Budgets leisten, in die durch die Krise große Löcher gerissen wurden. Sah es zunächst so aus, als würde zumindest eine Gruppe von EU-Ländern die Finanztransaktionssteuer einführen, erlebten die BefürworterInnen inzwischen einen schwerwiegenden Rückschlag, wie Stefan Schulmeister in seinem Artikel anklagt.

Als Antwort auf eine breite Kampagne von NGOs und SozialpartnerInnen in ganz Europa startete die Finanzlobby eine Gegenkampagne, um das Projekt zu diskreditieren. „Mit Erfolg“, wie Schulmeister festhält. „Noch nie wurde so eindrucksvoll demonstriert, wie Demokratie funktioniert in Zeiten der Finanzalchemie.“ Schulmeister fordert angesichts dessen eine „Generalmobilmachung“ der Zivilgesellschaft für die Finanztransaktionssteuer.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/kl7b258

MULTINATIONALE GROSSKONZERNE PRELLEN DIE ÖFFENTLICHE HAND: IKEA ALS PARADEBEISPIEL

In seinem Artikel macht Philipp Gerhartinger auf die Steuervermeidungspraktiken einiger Großkonzerne aufmerksam und stellt die Frage nach deren Legitimität. Multinationale Konzerne nutzen dazu ihre hochkomplexen Strukturen. Mit vielfältigen Methoden verlagern sie Gewinne in Steueroasen, um sie der Besteuerung zu entziehen, oder nutzen undurchsichtige Ausnahmebestimmungen und Lücken an den Schnittstellen nationaler Steuerjurisdiktion, um Steuern kleinzurechnen. So werden Nationalstaaten wichtige Steuerbeiträge vorenthalten, obwohl beispielsweise deren Infrastruktur Grundlage der Wirtschaftstätigkeit dieser Konzerne ist.

Zahlreiche Konzerne, wie Apple, Google, Amazon und Starbucks, sind für diese Praktiken bereits bekannt. Gerhartinger greift das Beispiel IKEA auf und stützt seine Ausführungen auf ein Papier von Attac, das sich mit den komplexen Strukturen des Möbelherstellers ausführlich auseinandersetzt. Der Beitrag bietet einen tiefen Einblick in ein scheinbar kaum durchschaubares Konglomerat. Zurück bleibt der Eindruck, dass es sich bei der Ansässigkeit in Steueroasen wie der Schweiz und Liechtenstein sicher um keinen Zufall handelt und dass die effektiven Steuersätze letztendlich erschreckend niedrig sind.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/p96tkc5

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:
blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook:
[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft)

Lohnsteuer runter!

Dieses Schwerpunktheft von Arbeit&Wirtschaft zum Thema Ungleichheit trifft den Nerv der Zeit. Wir leben in einer sehr reichen Gesellschaft. Die Vermögen der privaten Haushalte sind in den letzten Jahrzehnten erfreulicherweise stetig gestiegen, sie betragen in Österreich mit 1.250 Milliarden Euro etwa das Vierfache der jährlichen Wirtschaftsleistung, so eine Schätzung der Universität Linz auf Basis der Daten des **Household Finance and Consumption Survey** der Europäischen Zentralbank. Allerdings liegt dieses Vermögen in den Händen weniger: Die obersten fünf Prozent der Haushalte besitzen mehr als 60 Prozent davon. Österreich weist das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aller 28 EU-Länder auf. Doch der Anteil leistungsloser Vermögenseinkommen steigt laufend, jener der Leistungseinkommen aus Arbeit geht zurück. Gleichzeitig finanzieren wir unseren Staatshaushalt in immer größerem Ausmaß durch Abgaben auf Arbeit, während Österreich bei den Steuern auf Vermögensbesitz zu den Schlusslichtern in der EU gehört.

Lohnsteuer-Tendenz steigend

Trotz des schwachen Anstiegs der Lohn-einkommen steigt das Aufkommen an Lohnsteuer kräftig, heuer beträgt es bereits mehr als 25 Milliarden Euro. Damit übersteigt es erstmals jenes der Mehr-

wertsteuer, das wegen der schwachen Konsumnachfrage kaum wächst. Steuern auf Vermögen machen hingegen in Österreich nur 1,4 Prozent aller Abgaben aus, während der Anteil im Durchschnitt der EU-Länder bei mehr als fünf Prozent liegt. Das ist sozial ungerecht und wirtschaftlich falsch.

Leistung honorieren

Wir brauchen ein Steuersystem, das die Leistung der ArbeitnehmerInnen honoriert und so Anreize zu Arbeitsaufnahme bietet, statt sie wegzusteuern. Wir brauchen ein Steuersystem, das die unteren und mittleren konsumfreudigen sozialen Schichten entlastet und so für Nachfrage und Beschäftigung sorgt. Wir brauchen ein Steuersystem, das den stark steigenden Reichtum an der Finanzierung des Sozialstaates gerecht beteiligt und so für soziale Stabilität sorgt. Wir brauchen ein Steuersystem, das einen Beitrag zu einer gerechten Verteilung unseres Wohlstandes leistet, aus sozialen wie wirtschaftlichen Gründen.

Gleichzeitig sind wir uns dessen bewusst, dass ein guter Sozialstaat österreichischer Qualität auf einer soliden finanziellen Basis stehen muss. Wir erteilen jenen konservativen Professoren und Wirtschaftsforschern eine klare Absage, die zunächst einer drastischen Senkung der gesamten Abgabenlast in Österreich das Wort reden, um dann

„ein Zurückschrauben der Ansprüche an den Sozialstaat“, also Sozialabbau begründen zu können. Die österreichischen ArbeitnehmerInnen haben über Jahrzehnte diesen Sozialstaat aufgebaut. Wir werden ihn auch verteidigen. Der Wohlstand unserer Gesellschaft und die hohe Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft belegen, dass der Sozialstaat finanzierbar ist, wenn wir die Weichen richtig stellen.

Belastung verringern

Allerdings muss die Art seiner Finanzierung überdacht werden. Was liegt näher, als die rasch wachsenden Vermögen stärker zu beteiligen? Das schaffen auch andere Länder! Was liegt näher, als die übermäßige Belastung der ArbeitnehmerInnen zu verringern? Das gelingt auch in anderen Ländern! Deshalb fordert der ÖGB eine kräftige Senkung der Lohnsteuer, von der alle ArbeitnehmerInnen, aber auch die Pensionistinnen und Pensionisten profitieren sollen. Wir wollen daher einen fairen Beitrag von Millionenvermögen, das ist sozial gerecht und wirtschaftlich sinnvoll. Auch weil es die Ungleichheit verringert und damit Demokratie und sozialen Frieden sichert.

Wenn Sie die Kampagne unterstützen möchten, können Sie hier online unterschreiben: www.lohnsteuer-runter.at.

Afrique-Europe-Interact: transnational organisiertes Netzwerk, gegründet 2010; die AktivistInnen – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene – kommen vor allem aus Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden. Ihre Schwerpunkte sind: Land Grabbing, Aktionen gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen sowie die dramatischen Konsequenzen einer von Tuaregs und islamistischen Gruppen getragenen Rebellion im Norden Malis. (Seite 26)

Balzac, Honoré de: französischer Schriftsteller (1799–1850), sein Hauptwerk ist der aus rund 90 Werken bestehende unvollendete Romanzyklus „Die göttliche Komödie“. (Seite 14)

Bourdieu, Pierre: französischer Soziologe (1930–2002), beschäftigte sich vor allem mit Kulturosoziologie. Nach Bourdieu gibt es für die menschliche Freiheit viele Begrenzungen, unter anderem durch unbewusste verinnerlichte Faktoren, Illusionen, durch sozioökonomische Strukturen, historische Gegebenheiten, Geschlecht, Nationalität und Weltanschauung. Innerhalb seiner Grenzen hat jeder Mensch einen individuellen Handlungsspielraum, der umso größer ist, je komplexer die Gesellschaft organisiert ist. (Seite 14)

College-Park-Professor: Bezeichnung für Gastprofessoren, die vorübergehend an der University of Maryland lehren, in der Regel aber ihre (bezahlte) Haupttätigkeit nicht dort ausüben. (Seite 16)

Coltan (Koltan): hauptsächlich in Zentralafrika abgebautes Erz, aus dem u. a. das Metall Tantal gewonnen wird, das für die Elektronikindustrie wichtig ist. Coltan zählt – neben Zinnerz, Gold und Wolframit – zu den sogenannten „Konfliktmineralien“, mit denen die jahrelangen bewaffneten Konflikte in Zentralafrika finanziert wurden. Diese Mineralien dürfen seit 2010 von US-Unternehmen nicht mehr eingesetzt werden. Das Verbot greift allerdings nur schlecht, die Sanktionsmöglichkeiten sind beschränkt. (Seite 26)

Crouch, Colin: britischer Politikwissenschaftler und Soziologe, geb. 1944, wurde international bekannt mit seinem Werk „Postdemokratie“, in dem er unter anderem Wahlen mehr als von Wirtschaftsbossen mit Unterstützung von PR-ExpertInnen veranstaltete Shows denn als echte Willenskundgebung der Bevölkerungsmehrheit bezeichnete. In seinem neuen Buch „Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit“ (2013) schreibt Crouch über die Rolle der Sozialdemokratie für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. (Seite 8)

Defensio (Verteidigung): Präsentation der zentralen Ergebnisse einer wissenschaftlichen Arbeit für einen akademischen Abschluss mit anschließender Diskussion mit der Prüfungskommission. (Seite 16)

Demokratische Republik Kongo: Staat in Zentralafrika (1971–1997 Zaire), Hauptstadt Kinshasa; die mehr als 70 Mio. Einwohner lassen sich in rund 200 Ethnien unterteilen. 1997 bis 2002 war der Kongo in den sogenannten Afrikanischen Weltkrieg verwickelt. Vor allem im Osten des Landes dauern Krieg und Terror bis heute an. Nach langjähriger Ausbeutung – unter anderem durch die belgischen Kolonialherren – (Bürger)Kriegen und ständiger Bevölkerungszunahme zählt die DR Kongo heute zu den ärmsten Ländern der Welt. Gemeinsam mit Niger war die DR Kongo 2013 auf dem letzten Platz im Human Development Index der UNO. (Seite 26)

Friedrich Ebert Stiftung: Die FES wurde im Jahr 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen, sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. 1933 wurde sie vom NS-Regime verboten, 1947 wiederbegründet und ist heute in über 100 Ländern weltweit aktiv. (Seite 36)

Frontex: European Agency for the Management of Operational Coordination at the External Borders of the Member States of the EU, seit 2005 tätige Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Hauptsitz in Warschau. Im Oktober 2013 gab Frontex-Direktor Ilkka Laitinen zu, dass Frontex jährlich mehrmals Flüchtlingsboote im Mittelmeer abgedrängt und Flüchtlinge auch unter Androhung von Gewalt ohne Asylprüfungsverfahren abgeschoben hatte. Die diesen „Push-back-Aktionen“ zugrunde liegende EU-Verordnung hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon 2012 verurteilt und für nichtig erklärt. (Seite 10)

Graduate Center of the City University of New York (CUNY): 1961 gegründete staatliche Hochschule in Manhattan. (Seite 16)

Household Finance and Consumption Survey: Untersuchung der EZB, um Informationen zur Struktur der Vermögensbestandteile und Verbindlichkeiten der Haushalte im Eurowährungsgebiet zu erlangen. Zudem wurden Daten erhoben, um Finanzanlage- und Konsumentscheidungen der Haushalte analysieren zu können. Erhoben wurde überwiegend im Jahr 2010 in mehr als 60.000 Haushalten in 15 EU-Staaten. www.hfcs.at (Seite 45)

inferior: minderwertig, unterlegen (Seite 13)

Johns Hopkins University: Die heutige Elite-Universität in Baltimore war 1876 die erste (private) Hochschule in den USA, an der nach dem Vorbild deutscher Hochschulen Lehre und Forschung vereint waren. (Seite 16)

Kollektivismus: Anschauung, die mit Nachdruck den Vorrang des Gemeinwohls vor dem Recht des Einzelnen betont; kollektive Wirtschaftslenkung mit Vergesellschaftung des Privateigentums. (Seite 11)

Land Grabbing: Aneignung von Land durch wirtschaftlich oder politisch mächtige Akteure. Betroffen sind riesige Anbauflächen in Ländern des globalen Südens, der ehemaligen Sowjetunion und in osteuropäischen Ländern. Diese werden gekauft oder gepachtet (mitunter auch mit illegitimen oder illegalen Methoden in Besitz genommen), um Nahrungsmittel oder Pflanzen für Agrartreibstoffe anzubauen, forstwirtschaftliche Produkte zu erzeugen oder um natürliche Ressourcen auszubeuten. Trotz gegenteiliger Versprechen führt der neue Landtausch immer wieder zu Zwangsenteignungen, Vertreibungen und Zerstörung kleinbäuerlicher Lebensgrundlagen. Gewaltsame Konflikte um Land und Ressourcen nehmen zu. (Seite 26)

Maghreb: Bezeichnung für die nordafrikanische Region, in der sich heute Tunesien, Algerien, Marokko, Libyen und Mauretanien befinden, die durch ihre Geografie und Geschichte viele Gemeinsamkeiten haben. (Seite 27)

Matthäus-Effekt: These der Soziologie, nach der Erfolge immer neue Erfolge nach sich ziehen. Der Begriff bezieht sich auf eine Stelle aus dem Matthäusevangelium. (Seite 15)

Mikrozensus: statistische Erhebung, bei der pro Quartal 22.500 Haushalte in ganz Österreich befragt werden, wobei jeder dieser Haushalte fünf Quartale hindurch in der Stichprobe bleibt. Der Mikrozensus wird von der Statistik Austria in Form persönlicher und telefonischer Interviews durchgeführt. Die Befragten werden per Zufall ausgewählt. Er dient dazu, die Ergebnisse der Volkszählung möglichst effizient zu überprüfen und falls nötig zu korrigieren. (Seite 31)

Nostrifizierung (Nostrifikation): offizielle Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen und Prüfungen; auch: Einbürgerung. (Seite 31)

Proksch, Anton: österreichischer Gewerkschafter und Politiker (1897–1975), von 1956 bis 1966 Bundesminister für soziale Verwaltung. (Seite 11)

Tito: jugoslawischer Politiker (1892–1980), eigentlich: Josip Broz, sein Pseudonym nahm er 1934 an, als er als Mitglied des Politbüros der kommunistischen Partei in den Untergrund ging. Im Zweiten Weltkrieg führte Tito die kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer an. Von Kriegsende 1945 bis zu seinem Tod war Tito Staatsoberhaupt Jugoslawiens. (Seite 17)

Vignetten (Vignettes): in der Literatur: impressionistische, meist kurze, filmschnittartige Szenen, die auf einen Moment fokussieren oder einen kurzen Eindruck über eine Figur, eine Idee oder einen Ort vermitteln. Diese Vignetten finden sich insbesondere bei Theaterstücken und Drehbüchern, aber auch in Erzählungen. (Seite 17)

Verlag des Österreichischen
 Gewerkschaftsbundes GmbH
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien
 Telefon: +43 1 405 49 98-132
 Fax: +43 1 405 49 98-136
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

PERSPEKTIVEN FÜR SOZIALEN FORTSCHRITT

Sozialinvestitionen haben eine Mehrfachdividende



Sozialpolitik in Diskussion Band 16

Adi Buxbaum (Hrsg.)

2014 || 100 Seiten || EUR 10,-

ISBN: 978-3-99046-093-1

Nach dem Scheitern des vorherrschenden Austeritätscurses in Europa sind progressive Antworten auf die aktuellen und anstehenden sozialpolitischen Herausforderungen gefragt. Fortschritte in der Sozialpolitik stehen keineswegs in Konkurrenz zu wirtschaftlichem Fortschritt oder Wirtschaftswachstum – im Gegenteil: an Themen wie Kinderbetreuung, überbetriebliche Lehrausbildung, schulische Tagesbetreuungsangebote etc. wird aufgezeigt, dass mit zielgerichteten Investitionen in den Sozialstaat nicht nur soziale Probleme adäquat adressiert werden, sondern dass damit auch ein signifikanter Beitrag zur nachhaltigen Budgetkonsolidierung geleistet werden kann. Zu einer dauerhaften Entlastung der öffentlichen Haushalte kommt es insbesondere, wenn strukturelle Probleme gelöst und positive Wachstums- und Beschäftigungsimpulse gesetzt werden. Evident ist auch, dass Nichthandeln – und damit die Inkaufnahme des Fortbestehens von Problemen – in aller Regel eine sehr teure Variante ist, mit massiven individuellen und gesellschaftlichen Langzeitschäden und entsprechenden Folgekosten.

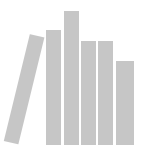
BESTELLUNG

VERSANDKOSTENFREI im Themenshop des ÖGB-Verlags:

www.arbeit-recht-soziales.at

Mail: bestellung@oegbverlag.at | Telefon: +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags, 1010 Wien, Rathausstraße 21



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

LOHNSTEUER RUNTER!

DAMIT NETTO **MEHR GELD** BLEIBT



Jetzt unterschreiben!
www.lohnsteuer-runter.at

Vorname, Nachname	PLZ	Unterschrift
Vorname, Nachname	PLZ	Unterschrift
Vorname, Nachname	PLZ	Unterschrift
Vorname, Nachname	PLZ	Unterschrift

DIE UNTERSCHRIEBENEN LISTEN ÜBERMITTELN:

Per Post in einem Kuvert an: **ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien**
(Tipp: in das Briefmarkenfeld „Porto zahlt Empfänger“ schreiben.)

Persönlich beim nächsten ÖGB (siehe www.oegb.at/bundeslaender)

ÖGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW